Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack. Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf.— Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 129

Nr. 33. **Magdeburg, Mittwoch den 9. Februar 1910.** **21. Jahrgang.**

Preußisches Volk, wehre dich!

Der Säbel! Der Säbel!

Wie auf die Französische Revolution „der Degen Bonapartes", so und mit noch viel stärkerer innerer Folgerichtigkeit folgt auf die Wahlreformvorlage Bethmann-Hollwegs der Säbel des Schutzmanns. Am Sonnabend wurde die Vorlage veröffentlicht, und schon am Sonntag gab es in Breslau, wo die Arbeiter diesmal am frühesten aufgestanden waren, blutige Köpfe. Der Appell an die brutale Waffengewalt ist nicht nur „der letzte Grund der Könige", sondern auch der erste Grund der Minister, der sofort in Anwendung gebracht wird, wenn sie mit ihrem Verstand am Ende sind. In dieser Lage befindet sich heute Herr von Bethmann-Hollweg; da er sein schändliches Machwerk nicht mit Argumenten verteidigen, die Empörung des Volkes nicht durch Erfüllung seiner gerechten Forderungen besänftigen kann, ist er bereit, der Kritik mit dem Säbel in der Faust entgegenzutreten und erregte Stimmungen durch Aderlässe zu beruhigen.

Bethmann-Hollweg leidet an dem allgemeinen Fehler aller unfähigen Reaktionäre, daß er den Schutzmannssäbel für das Allheilmittel der Politik hält. Vielleicht hat es einmal in Preußen Zeiten gegeben, in denen dieser Aberglaube aller Polizeiminister in dem Verhalten des Volkes eine scheinbare Bestätigung fand. Diese Zeiten sind aber vorüber. Das preußische Volk verachtet solche Polizeikünste, es ist aber nicht so feig, sich vor ihnen ins Mauseloch zu verkriechen. Die Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken setzen jeden Tag ihr Leben und ihre Gesundheit den schwersten Gefahren aus, um den Profit des Kapitals zu mehren, und den Ihren zu Ende der Woche ein paar Silberstücke nach Hause zu bringen. Außerdem haben sie zum großen Teile militärische Erziehung genossen, sie wissen, daß sie bereit sein müssen, für das Vaterland zu sterben, wenn man sie unter die Fahnen ruft, wissen, daß Feigheit im Krieg eines der schlimmsten militärischen Verbrechen ist, und schon in der Volksschule haben sie allerlei nützliche Sprüche gelernt, wie: „Tue recht und scheue niemand", oder „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". So wollen auch die Arbeiter recht tun und niemand scheuen, und wie immer sie es mit ihrem Gotte halten, vor dem Schutzmann werden sie sich nicht fürchten, solange sie wissen, daß sie im Rechte sind. Die Arbeiter gehen nicht auf Raub und Mord aus, sie wollen keinem Menschen körperlich etwas zuleide tun, keine Sache widerrechtlich beschädigen, sie wollen nichts als freie Bahn auf der Straße, um der Stimmung, die heute Millionen des preußischen Volkes beseelt, Ausdruck zu geben. Diese Stimmung ist von der Regierung selbst geschaffen: nie ist ein geduldiges, friedliebendes Volk frecher verhöhnt worden, und nie hat eine in ihrer Tiefe verletzte und erregte Bevölkerung in höherem Maße die Tugend der Disziplin und die Kunst der Selbstbeherrschung geübt als es die preußische bisher stets getan hat.

Die preußischen Arbeiter sind keine Skandalmacher und keine Raufbolde, sie sind aber auch keine Feiglinge. Ein Versuch der preußischen Polizeiregierung, mit dem Säbel in der Hand an den gemeinsten Instinkt, an die Feigheit, zu appellieren, wird den gewünschten Erfolg nicht haben, und die Verantwortung für die Folgen dieses Versuchs werden mit vernichtender Gewalt auf ihre Urheber zurückfallen.

Die Arbeiter wollen freie Bahn auf der Straße, und wenn Herr von Bethmann-Hollweg nicht schon längst von allen guten Geistern verlassen wäre, dann würde er seiner Polizei die Anweisung geben, sich so zu verhalten, wie sie es am Sonntag in Braunschweig getan hat, nicht aber so wie in Breslau, wo der berüchtigte, niemals aufgefundene Handabhacker noch immer sein Wesen zu treiben scheint. Mit solchen Künsten, wie sie einst an dem armen Biewald geübt wurden, und wie man sie am Sonntag in Breslau wieder versucht hat, kann man einen Staat von 40 Millionen Einwohnern im Herzen Europas nicht regieren. Man kann mit ihnen auch nicht den Sieg des gleichen Wahlrechts in Preußen aufhalten und am allerwenigsten der Sozialdemokratie Abbruch tun, sondern man wird höchstens auf diese Weise Gesinnungen, die man nicht liebt und die man für gefährlich hält, zur Frühreife bringen und ihren baldigen vollen Sieg vorbereiten. Da gilt immer das Wort: „Unsre Gegner arbeiten nur für uns." Und am sichersten tun sie es mit dem Säbel in der Hand! —

* * *

Das Ende des Pluralwahlrechts.

Die schwerste Schuld an dem gegenwärtigen verfahrenen und gefährlichen Stande der Dinge in Preußen trägt die nationalliberale Partei.

Diese hat durch ihre Abkehr vom Reichstagswahlrecht, dessen Einführung in Preußen gerade sie früher gefordert hatte, die Bildung einer positiven Reformmehrheit im Abgeordnetenhaus unmöglich gemacht. Die Parteien, die die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts fordern, haben zwar im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, sie sind jedoch kraftlos, weil die einen dahin, die andern dorthin streben. So haben die junkerlichen Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts, obgleich sie selbst unter diesem Wahlrecht die Minderheit bilden, ein leichtes Spiel.

Während Freisinn, Polen und Zentrum, dieses wenigstens in seiner überwiegenden Mehrheit, unter dem Drucke der Wählermassen an der Forderung des Reichswahlrechts festhielten, wofür selbstverständlich trotz ihrer weitergehenden Forderungen auch die Sozialdemokraten stimmten, sonderten sich die Nationalliberalen ab und verlangten die Einführung eines Pluralwahlrechts. Zu dieser Forderung kamen sie aus zwei verschiedenen Gründen: erstens war ihnen als Vertretern der Großbourgeoisie die Bevorrechtung von „Besitz und Bildung" ohnehin sympathisch, dann aber glaubten sie, daß die Forderung des Pluralwahlrechts am ehesten auf Verwirklichung zu rechnen habe. Sie wurden in diesem Glauben durch die Haltung des Fürsten Bülow bestärkt, und als die Thronrede vom 20. Oktober 1908 eine stärkere Berücksichtigung „der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses" in Aussicht stellte, witterten sie Morgenluft.

Es war ein Traum, „und nicht einmal ein schöner"! Der Block ist entzwei, und das Pluralwahlrecht ist erledigt. Mit grausamer Schärfe wird in der Begründung zur Vorlage Bethmann-Hollwegs das Phantom zerstört, dem die Nationalliberalen jahrelang nachjagten. Das Pluralwahlrecht wird dort für abgetan erklärt, weil es keinen Maßstab liefert, um den Wert des Wählers für den Staat zu bemessen. Wörtlich wird gesagt:

> An der Unmöglichkeit der Auffindung objektiver Maßstäbe für die Bemessung dieses Wertes der Wähler scheitert jeder Versuch der Verwirklichung eines solchen Systems in einem Staate von den Größenabmessungen, der historischen Entwicklung und der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse Preußens. . . . Ein Mehrheitsstimmenrecht mit nur wenigen umfassenden Pluralitätsgruppen aber würde den gleichen Anfechtungen wie das Klassensystem ausgesetzt sein, und diese Angriffe würden gegen ein solches System mit mehr Grund erhoben werden können, als gegen das Klassensystem. Das Pluralwahlrecht bewertet in Wirklichkeit die Wähler nach Merkmalen verschieden, deren billige und gerechte Wirkung gegenüber dem einzelnen oft bezweifelt werden kann. Legt es das politische Uebergewicht in die Hand der höhern Wählerschichten, so kommt vermutlich die breite Masse der Bevölkerung nicht zu ihrem Recht, ein schwach entwickeltes Pluralwahlrecht aber unterscheidet sich in seinen Wirkungen nicht wesentlich von einem Wahlrecht mit gleichen Stimmen.

Es ist bitter für die Nationalliberalen, daß sie sich das jetzt sogar von dem Begründer einer erzreaktionären Wahlrechtsvorlage sagen lassen müssen, und es ist ein geringer Trost für sie, daß er mit seiner vernichtenden Kritik nicht nur ihren Lieblingsgedanken, sondern auch seinen eignen Wechselbalg trifft. Sie mögen sich heute mit tiefer Verlegenheit der Zeit erinnern, da sie ihre Pluralrechtsforderung — gegenüber der angeblich „utopischen" Forderung des gleichen Wahlrechts — als ein Wunder realpolitischer Weisheit priesen.

Das nationalliberale Pluralwahlrecht ist begraben und wird nicht wieder auferstehen. Und so gibt es für den wirklichen Realpolitiker nur zwei Möglichkeiten: Entweder ewiger Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts oder allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht.

Für den ewigen Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts sind die Junker.

Für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist das Volk.

Ein drittes dazwischen gibt es nicht mehr! Entweder mit den Junkern oder mit dem Volke! So steht die Entscheidung in der großen Schicksalsstunde der politischen Parteien.

Wehe der bürgerlichen Partei, die sich zum Judas und Verräter in diesem weltgeschichtlichen Kampfe hergibt! Indem sie sich gegen das gleiche Recht wendet, wird sie nicht diesem, sondern nur sich selber das Todesurteil sprechen!

* * *

„Das Veto der Lords"

spielt auch in den preußischen Wahlrechtsbetrachtungen bürgerlicher Blätter eine überaus große Rolle. Immer wieder muß man lesen, daß diese oder jene Forderung des Volkes unerfüllt bleiben muß, weil die Mirbach, Manteuffel, Buch, Itzenplitz, Zitzewitz und sonstigen preußischen Granden dafür nicht zu haben sind. Der Beweis, daß Herrenhäuser nicht imstande sind, Wahlreformen aufzuhalten, ist aber schon vor bald 80 Jahren gerade in England geliefert worden. Damals bestanden dort ganz ähnliche Zustände wie jetzt in Preußen, die Bevölkerung schmachtete unter dem Drucke der Korngesetze, und das Unterhaus war dank einer widersinnigen Wahlkreiseinteilung und des schamlosen Terrorismus der Landlords total verjunkert. Im Jahre 1831 gelang es, eine bürgerliche Whig-Mehrheit zu bilden, die eine zuvor verworfene Wahlrechtsvorlage des Premierministers Lord Grey annahm. Das war am 19. September 1831. Am 8. Oktober wurde die Vorlage aber vom Oberhaus verworfen. Eine Reihe von Tumulten und Volksaufständen war die Folge, und England schien unmittelbar vor dem Ausbruch einer Revolution zu stehen. Unter dem Drucke dieser Bewegung nahm das Oberhaus eine zweite Lesung vor, die jedoch zu abermaliger Verwerfung führte. Lord Grey schlug nun dem König Wilhelm 4. einen Peersschub vor, und nahm, da der halsstarrige König auf diesen Vorschlag nicht einging, seine Entlassung. Nun sollte der Herzog von Wellington eine neue Regierung bilden, kam aber gar nicht mehr dazu. Der Volkssturm wurde immer bedrohlicher und richtete nun seine Angriffe direkt gegen den König. Ueberall wurden die königlichen Abzeichen weggerissen und der König selbst konnte sich, als er sich einmal auf die Straße von London wagte, aus der Flut der Beschimpfungen und Verwünschungen kaum retten. Wilhelm 4. sah sich nun genötigt, Lord Grey wieder zu berufen, und begann nun diesen um „Abänderungen" zu bitten, aber Grey blieb fest. Schließlich, als der Majestät die Erinnerung an seinen französischen Kollegen Karl 10. nahegelegt worden war, der kurz zuvor während der Junirevolution seinen Thron in auffallender Eile verlassen hatte, siegte die bessere Ueberlegung. Um 12 Uhr mittags am 18. Mai 1832 kam Lord Grey aus dem Zimmer des Königs in den Ministerrat zurück und hielt ein Papier in Händen, das ihn ermächtigte, ohne jede Beschränkung der Zahl „so viel neue Mitglieder des Oberhauses zu ernennen, als nötig sind, um das Wahlreformgesetz im Oberhaus durchzubringen".

So weit kam es jedoch gar nicht. Ein paar Tage später wurde die Reformbill, die der Entwicklung der bürgerlichen Freiheit die Gasse öffnete, vom Oberhaus angenommen mit einer Mehrheit von 84 Stimmen.

Sollte in Preußen wirklich die Wahlreform am Herrenhause scheitern müssen, wenn das Volk geschlossen das freie Wahlrecht fordert? —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 8. Februar 1910.

Die Justiz vor dem Abgeordnetenhaus.

Die Fortsetzung der Justizdebatte im Abgeordnetenhaus brachte am Montag eine mehrstündige Rede unsres Genossen Dr. Liebknecht, der mit Gründlichkeit und Sachkenntnis eine scharfe Kritik an der preußischen Justiz übte. Die Rede nahm über drei Stunden in Anspruch und erregte wachsenden Unwillen nicht nur auf der Rechten und im Zentrum, sondern auch bei den Parteien, die sich liberal zu nennen pflegen. Sie suchten durch laute Privatgespräche und unangebrachte Zwischenrufe unsern Redner zu stören, der sich in der freilich undankbaren Aufgabe nicht irremachen ließ, den wahren Charakter unsrer Justiz bloßzulegen. Wenn unsre Redner in den Parlamenten mit der Länge ihrer Reden die Reden der bürgerlichen Abgeordneten auch wirklich hier und da übertreffen, so geschieht das wirklich nicht zum Vergnügen unsrer Vertreter. Sie sind vielmehr zur eingehenden Abwehr all der

Angriffe gezwungen, die von allen bürgerlichen Parteien gegen uns gerichtet werden. Es ist deshalb ganz unangebracht, was durch den nationalliberalen Abg. Dr. Krause (Königsberg) geschah, über die lange Rede Liebknechts zu witzeln und zu höhnen und sie zu vergleichen mit der geringen Stärke unsrer Fraktion im Abgeordnetenhaus. Es ist keine anständige Art und es ist vor allen Dingen keine liberale Art, die sozialdemokratische Fraktion nur nach ihren wenigen Köpfen im Abgeordnetenhaus zu beurteilen. Hinter unsern Vertretern steht die große Mehrheit des preußischen Volkes, und nur das schändliche gegenwärtige Wahlrecht hindert uns an einer angemessenen Parlamentsvertretung. Das sind ja angenehme Aussichten für die Haltung, die die Liberalen im Wahlrechtskampf einnehmen werden. Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, stellte dieser so liberale Herr Dr. Krause in Aussicht, daß die Abgeordnetenhausmehrheit in der Behandlung unsrer kleinen Fraktion eine Aenderung eintreten lassen werde. Unter dem Beifall der Pfaffen und Junker stellte er es so hin, als ob das Abgeordnetenhaus nur aus Gnade und Barmherzigkeit unsre Redner zum Worte lasse. Nun, wir werden den Maßnahmen dieser bürgerlichen kompakten Majorität mit derselben Gelassenheit entgegensehen, mit der wir den Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen uns aufnehmen.

Die Rede Liebknechts selbst behandelte alle wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Rechtspflege und brachte schätzenswertes Material zu den bevorstehenden Reformen, das Liebknecht aus seiner langjährigen Tätigkeit als Anwalt an Berliner und auswärtigen Gerichten gesammelt hat. Die vorjährige Verteidigung des Königsberger Schandsäulenurteils nannte Liebknecht die Belobigung eines der schlimmsten Exzesse der Klassenjustiz, und auch aus dem verflossenen Jahre konnte er eine große Zahl von Urteilen anführen, die mit den Grundsätzen des Rechtes ebensosehr mit dem Volksbewußtsein in krassem Widerspruch stehen. Er konnte sich bei seiner Kritik auf die Ausführungen zahlreicher Fachleute und hervorragender Rechtslehrer berufen, so wiederholt auf das Zeugnis des Geheimrats von Liszt. Leider schweigt sich dieser bekannte Strafrechtslehrer in seiner Eigenschaft als preußischer Abgeordneter über diese großen Reformfragen völlig aus und begnügte sich auch diesmal wieder mit einer trocknen Rede über die Mängel bei der Ausbildung unsrer jungen Juristen. Wir verkennen die Wichtigkeit dieser Frage durchaus nicht. Aber viel wirksamer wäre es, wenn Herr von Liszt Veranlassung nehmen würde, seine bekannten Ideen vom Verbrechen als sozialer Erscheinung von der Abgeordnetenhaustribüne herab zu verkünden.

Den konservativen Wunsch, die Großgrundbesitzer möchten ihre Söhne mehr als bisher dem Richterstand zuführen, verwarf Liebknecht, weil das zu einer Feudalisierung des Richterstandes und zu einer Stärkung der ohnehin schon zu großen Macht der Junker über die Bureaukratie führen würde. Die beste Bekämpfung der Kriminalität bleibt nach wie vor die Hebung der sozialen Lage des Volkes. Liebknecht schloß mit einem Hinweis auf den kommenden Wahlrechtskampf, in dem die Justiz ihre Feuerprobe zu bestehen haben werde. Es werde sich zeigen, ob sie eine Institution zum Schutze von Freiheit und Bürgerrecht oder ein Unterdrückungsmittel für die große Mehrheit des Volkes sein werde. Justizminister Beseler lehnte es einfach ab, auf die Fragen Liebknechts zu antworten, und die Abgeordnetenhausmehrheit spendete ihm dafür unter Verkennung ihrer parlamentarischen Würde freudig Beifall. In diesem Kesseltreiben gegen die Sozialdemokratie durfte natürlich Herr Strosser nicht fehlen, der sich erneut für die Einführung der Prügelstrafe ins Zeug legte. Am Donnerstag steht die sogenannte Wahlrechtsvorlage auf der Tagesordnung. —

Pluralwahlrecht.

Ein konservatives englisches Blatt gedenkt mit Anerkennung zweier Brüder, die zusammen 30 Stimmen bei der Parlamentswahl abgegeben haben. Es sind zwei Kaufleute, W. W. und J. W. Walker. W. W. Walker gab zuerst in 3 Tagen 9 Stimmen, dann an weiteren 4 Tagen noch 8 Stimmen ab. Er legte zu diesem Zweck über 2100 Kilometer mit der Bahn und 177 Kilometer mit dem Automobil zurück. Insgesamt verfügten beide Brüder, kraft ihrer zahlreichen Niederlagen in vielen Kreisen, über 50 Stimmen, waren also noch bescheiden, nur 30 davon abzugeben. Man rechnet, daß dieses Mehrstimmenwahlrecht, das unter Umständen für ein Landgut drei Stimmen und dem Inhaber mehrerer Besitzungen eine Reihe Stimmen einräumt, den Konservativen rund eine halbe Million Stimmen eingebracht habe. Sind doch auch die Wähler der Londoner Geschäftsstadt, die mit erdrückender Mehrheit konservativ gewählt hat, und der Universitäten, die auch fast nur unionistische Vertreter entsenden, fast ausnahmslos Mehrstimmenwähler, die noch an mindestens einem andern Orte ihr Wahlrecht ausüben. Mit Hilfe des Automobils, das diesmal eine ungeahnte Bedeutung gewonnen hat, konnte dieses Wahlunrecht der Privilegierten fast vollständig ausgenutzt werden.

Dazu kam ein System von Wahlbeeinflussung durch Einschüchterung, Freibier und sonstige Bestechung, wie man es seit den Reformgesetzen nicht mehr für möglich gehalten hätte. —

Das siegreiche Trustkapital.

Den verschiedenen Trusts ist der Kampf, den die Regierung der Vereinigten Staaten seit Roosevelt gegen sie zu führen vorgibt, bisher vortrefflich bekommen. Keinen Zoll ihres Machtgebiets haben sie aufgeben brauchen, sie konnten im Gegenteil vielfach gerade während des Kriegszustandes noch vorhandene empfindliche Konkurrenz ohne Störung verschlingen. In der letzten Zeit der Präsidentschaft Roosevelts nahm der Stahltrust eine Fusion mit einem entgegenkommenden Werke vor und sicherte sich sogar durch vorherige Unterhandlungen, daß Roosevelt dieser Transaktion keine Schwierigkeiten bereite. Nach dieser Tat setzte Roosevelt seinen rednerischen Feldzug gegen die Trusts fort. Sein merkwürdiges Entgegenkommen gegen den Trust ließ er später damit entschuldigen, daß der Milliardär Morgan gedroht hatte, im Weigerungsfalle die damals schwierige Situation auf dem Geldmarkt noch zu verschärfen.

Selbst der am meisten verfolgte Petroleumtrust, die Standard Oil Company, hat den Trustkrieg so gut überstanden, daß seiner Herrschaft dabei die letzte bedeutende unabhängige Petroleumgesellschaft in den Vereinigten Staaten unterworfen wurde. Vor kurzem wurde berichtet, daß die Pure Oil Co. in mehreren deutschen Städten unter der Firma „Pocol" Tochtergesellschaften errichtet, die nach dem Muster der Standard Oil Company und ihrer deutschen Tochtergesellschaft, der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Petroleum in kleinen Mengen direkt an die Konsumenten verkaufen. Damit soll aber nur eine Scheinkonkurrenz gegen den Petroleumtrust geschaffen werden, denn die Pure Oil Co. ist jenes Petroleumunternehmen, das lange seine Unabhängigkeit der Standard Oil Co. gegenüber behauptete, aber schließlich doch im Hafen des Trustes landete.

Jetzt wird gemeldet, daß die Standard Oil Co. eine wesentliche Ausbreitung ihrer Organisation vornimmt. Sie hat nach der „Voss. Ztg." in Auckland auf Neuseeland eine Tochtergesellschaft errichtet und soll mit der russischen Baku-Naphtha-Gesellschaft wegen deren Uebernahme und mit der griechischen Regierung wegen Uebernahme des griechischen Petroleum-Monopols verhandeln. Es bleibt dem amerikanischen Trust nur noch übrig, eine Einigung mit den österreichischen Petroleumraffinerien über den Exportabsatz herbeizuführen, dann ist sein Weltmonopol geschlossen und mächtiger als es je gewesen ist. Daß er auch das letzte Ziel erreicht, dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, denn die österreichische Regierung zeigte sich nur bestrebt, die Beherrschung der österreichischen Petroleumindustrie durch die Standard Oil Co. in den österreichischen Landen selbst zu verhindern, aber sie wird den österreichischen Petroleumraffinerien keine Hindernisse in den Weg legen, wenn sie unter günstigen Bedingungen eine Beilegung des Preiskampfes auf dem deutschen Markt erzielen können.

Wie diese Darstellung erkennen läßt, haben amerikanische Trusts in neuerer Zeit ihren Einfluß nicht nur in europäischen Ländern verstärkt, sondern im Heimatland gelang es ihnen in einem noch viel größern Umfang. Aber die bürgerliche Presse Deutschlands hat wahrlich am allerwenigsten Veranlassung, darüber zu spotten, daß die amerikanische Regierung ihrer Kriegsansage gegen die Trusts keine entsprechenden Taten folgen läßt. Wahr ist, daß die amerikanische Regierung Beunruhigungsfeldzüge durch Prozesse und Untersuchungen gegen die Trusts führt, um den Anschein zu erwecken, als wolle sie ihre Versprechungen erfüllen und die Trustallmacht brechen. Ernstlich wird und kann sie nicht daran geglaubt haben, mehr erreichen zu können. Sie wird auch nie den Wunsch gehabt haben, der Trustgewalt wirklich zu Leibe zu gehen. Eine solche Aufgabe ließe sich praktisch nur durch die Verstaatlichung der großen Verkehrsinstitute und Industrien lösen, aber dazu verspüren die Regierungsmänner in der Union, die durchaus trustecht sind, nicht die mindeste Neigung. Eifriger als die amerikanische Regierung besorgt die deutsche Regierung die Geschäfte des Syndikatskapitals. In Amerika schikaniert man die Trusts, in Deutschland werden sie nicht nur sorgsam gehätschelt, sondern durch die Gesetzgebung werden dort, wo das Kapital Monopole aus eigner Kraft noch nicht erlangen konnte, solche Monopole zwangsweise errichtet. Dem privaten Fuselmonopol folgte die Kontingentierung der Brauereien und Streichholzfabriken. Jetzt schickt das Reich sich an, dem Kalikapital ein neues Monopol zu schenken. Im Dienste des Syndikatskapitals marschiert Deutschland in der Welt voran. Aber auch nur in diesem Dienste! —

Der Sozialismus in Portugal.

Der belgische Genosse Leon Furnemont, der auf einer Propagandareise einige Tage in Portugal zugebracht hat, erzählte einem Mitarbeiter des „Peuple" interessante Einzelheiten von der Arbeiterbewegung jenes wirtschaftlich wenig entwickelten Landes. Die Partei ist nur schwach organisiert. Bei F.s Ankunft war das Erscheinen des Parteiblattes unterbrochen, da der leitende Redakteur in Haft war. Es besteht eine Genossenschaft, die auf sozialistischem Boden steht, ohne formell der Partei angeschlossen zu sein. Sie unterhält ein Kolonial- und Ellenwarengeschäft, betreibt eine Bäckerei und hat einen großen Saalbau errichtet.

Mehr noch als in Spanien besteht dort eine enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Republikanern und Freidenkern. In der vom Verein „Freier Gedanke" einberufenen, von 3000 Arbeitern, Studenten, Aerzten, Professoren und vielen Damen besuchten Versammlung forderte der Vorsitzende der republikanischen Partei, Magalhães Lima, der den Vorsitz führte, auf zur Gründung einer kräftig organisierten sozialistischen Partei.

Das große Interesse der Bevölkerung an der Versammlung unsres belgischen Genossen, des Sekretärs der internationalen Freidenkervereinigung, zeigte sich darin, daß er nachts um 2 Uhr von einer Menge von 2000 Arbeitern und Republikanern am Bahnhof empfangen, und daß der Bericht über seine Rede, in der er die Solidarität der sozialistischen, der republikanischen und der freidenkerischen Gedanken gefeiert und die Revision des Ferrer-Prozesses gefordert hatte, von beiden republikanischen Zeitungen sehr ausführlich gebracht wurde. Der Führer der Republikaner hatte in jener Versammlung die belgische Arbeiterpartei gefeiert. —

Deutschland.

Liberale Einigung. Mit der linksliberalen Einigung befaßte sich am 6. Februar der Landesausschuß der Deutsch-freisinnigen Partei in Bayern bei seiner Tagung in Nürnberg. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Einigung der drei Gruppen zu einer liberalen Linkspartei begrüßt und das vorliegende Programm und der Organisationsentwurf gutgeheißen werden. Für Bayern wird davon die Klärung der Verhältnisse und die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zur nationalliberalen Partei im Kampfe gegen einen gemeinsamen Gegner erhofft. Vorstand und geschäftsführender Ausschuß wurden beauftragt, die nötigen Vorarbeiten zur Fusion der linksliberalen Parteien Bayerns zu treffen, und den geeinigten Parteien Vorschläge für die nötige organisatorische Grundlage zu unterbreiten. —

Der Deutsche Bauernbund, der nach der Erledigung der Reichsfinanzreform gegründet worden ist, um dem von den ostelbischen Agrariern beherrschten Bund der Landwirte Terrain abzugewinnen, hat in Württemberg bereits soweit festen Fuß gefaßt, daß dort Sonntag ein Landesverband gegründet werden konnte, der die bestehenden Ortsgruppen zusammenfaßt. Vom 1. April an wird der Bundesverband eine eigne, wöchentlich erscheinende Zeitung herausgeben. —

Die Alldeutschen und der Reichskanzler. Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes hat am Sonntag in Berlin zu dem bekannten Schreiben der rheinisch-westfälischen Alldeutschen Stellung genommen und dieses Schreiben nach Form und Art mißbilligt. Gleichwohl teilt dieser Ausschuß dem Reichskanzler mit, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen mit der Leitung der auswärtigen Politik nicht einverstanden sei. —

Deutsch-schwedische Handelsabmachungen. Zwischen dem Deutschen Reich und Schweden wird demnächst ein Uebereinkommen abgeschlossen werden, wonach der deutsch-schwedische Handelsvertrag provisorisch verlängert wird. Der Vertrag würde mit Ablauf dieses Jahres ohne weiteres erlöschen. Die Handelsvertrags-Verhandlungen gestalten sich dadurch etwas schwierig, weil Schweden ebenfalls zum Hochschutzzollsystem übergehen will und mit dem Abschluß eines neuen Vertrags bis zur Durchführung dieses Systems zu warten gedenkt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. Februar 1910.

Sozialdemokratischer Verein.

Die ordentliche Generalversammlung am Montag den 7. Februar im „Sachsenhof" wurde gegen 9 Uhr vom Vorsitzenden, Genossen Klühs, eröffnet. Dieser widmet dem verstorbenen Genossen Leßner (London) einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Bekanntgegeben wird, daß Ende dieser Woche eine allgemeine Flugblattverbreitung stattfindet, zu der die Anwesenden aufgefordert werden, mitzuhelfen. Ebenso ersucht Genosse Klühs, die am Sonntag vormittag im „Luisenpark" stattfindende Demonstrationsversammlung zahlreich zu besuchen.

Zum ersten Punkt:

Halbjahrsbericht des Vorstandes

nimmt Genosse Holzapfel das Wort. Neben dem Bierkrieg haben sich noch eine ganze Anzahl wichtiger Ereignisse abgespielt. In 13 Vorstands-, 4 Funktionär- und 3 gemeinsamen Sitzungen mit dem Kartellvorstand wurden die engern Parteigeschäfte erledigt. In 5 Generalversammlungen und einer großen Anzahl von Bezirksversammlungen wurden 19 Vorträge gehalten. Mehrere öffentliche Frauenversammlungen brachten eine Anzahl neuer Mitglieder für den Verein. Daneben war auch die schriftliche Agitation im letzten Halbjahr sehr lebhaft. Gegen den Steuerraub und die Bierverteuerung, bei der Stadtverordnetenwahl in Buckau und für die Reservisten und Rekruten sind insgesamt gegen 255 800 Stück Flugblätter verbreitet worden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 4904.

Bei Besprechung der Stadtverordnetenwahl in Buckau spricht Genosse Holzapfel sein Bedauern darüber aus, daß nach einer aufgenommenen Statistik eine ganze Anzahl qualifizierter Arbeiter der Wahl ferngeblieben seien, andre sogar den gelben Kandidaten gewählt hätten. Hier hat eine ruhige, zielbewußte Agitation einzusetzen, um solche Vorkommnisse zu verhindern.

Die Parteitagskommission hat bereits sechs Sitzungen abgehalten. Die von der Partei ausgehenden Bildungsbestrebungen sind kräftig unterstützt, die Parteibibliothek ist fleißig benutzt worden. Allgemeinen Anklang haben die von der Partei arrangierten Ausflüge gefunden. Wenn seit der Krise 1908 ein gewisser Stillstand im Mitgliederbestand eingetreten sei, so müsse die jetzt kommende ernste Zeit kräftig zur Gewinnung neuer Mitglieder ausgenutzt werden.

Hierauf gibt Genosse Giesecke den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen im letzten Halbjahr belaufen sich auf 24 514,65 Mark, die Ausgaben auf 12 769,73, bleibt ein Bestand von 11 744,93 Mark.

Im Auftrage der Revisoren beantragt Genosse Frenzel, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Dies geschieht einstimmig.

Genosse Nitsch erstattet Bericht von der Kommission, die eingesetzt war, um die an einzelne Funktionäre gezahlten Entschädigungen zu überprüfen. Auf Antrag der Kommission wird beschlossen, diese Auslagenentschädigung für die Bezirksführer und die beiden Beisitzer im Vorstand auf 6 Mark monatlich festzusetzen. Auf Antrag vom Bezirk Buckau wird beschlossen, den Wahlbezirks-Obmännern für jede Sitzung 50 Pfennig Entschädigung zu gewähren.

Nach einer kurzen Debatte über die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl in Buckau erstattete Genosse Brandes den

Bericht vom Preußentag.

Redner beschäftigt sich vor allem mit dem preußischen Wahlrecht. Wie ein roter Faden hätte sich die Frage über dieses Wahlmonstrum durch die Verhandlungen gezogen. Die Aufmerksamkeit, mit der die gesamte Oeffentlichkeit gerade diesen Teil der Verhandlungen verfolgt habe, sei als ein Erfolg der unablässigen Agitation der sozialdemokratischen Partei zu bezeichnen. Nach einer Kritik an dem Verhalten der übrigen politischen Parteien und der bürgerlichen Presse in dieser Frage meint Redner, daß die Zeit, wo man sich auf Resolutionen gegen das Wahlunrecht beschränkt hätte, vorüber sei. Um den Uebermut der Junker zu brechen, müßten stärkere Mittel in Anwendung gebracht werden, die natürlich auch Opfer kosten. Den Demonstrationen müsse in Zukunft eine größere Wucht innewohnen als bisher.

Ueber die Tätigkeit der Fraktion im Landtag hätte nur eine Stimme des Lobes auf dem Preußentag geherrscht. Nachdem Genosse Brandes das Kommunalprogramm, den Schnapsboykott und die Rede Liebknechts über die preußische Verwaltung besprochen, fordert er die Anwesenden auf, im Kampf um das Wahlrecht, der jetzt erst eigentlich beginne, einhellig ihren Mann zu stehen.

Genosse Klühs hält es nach seiner persönlichen Ansicht für angebracht, die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern. Die Parteitage in Jena und Mannheim hätten sich bereits damit beschäftigt. Ebenso hätte der Preußentag einen Beschluß gefaßt, alle Mittel anzuwenden, um in der Wahlrechtsfrage zu einem Erfolge zu kommen. Das, was jetzt die Regierung dem Volke biete, dürfe man sich unter keinen Umständen gefallen lassen. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo die Frage des Demonstrationsstreiks in den Werkstätten und Fabriken diskutiert werden müsse. Die uns noch fernstehenden Kreise müssen für diese Frage interessiert werden. Ob diese Waffe in Anwendung kommen soll oder nicht, darüber müssen nunmehr diejenigen entscheiden, die eventuell dabei ihre Haut zu Markte tragen müssen. Redner wünscht, daß die Parteileitung nach dieser Richtung hin eine allgemeine Aufforderung ergehen lasse. (Rufe: Sehr richtig!) Vielleicht kommen auch andre Mittel der Abwehr in Frage, z. B. die Steuerverweigerung, die Kündigung der Sparkassenkonten usw. Die geplante Verschlechterung muß mit aller Energie abgewehrt werden. Allerdings dürfen wir uns nicht darüber unklar sein, daß wir auf einen Schlag das von uns gewünschte und gewollte Wahlrecht nicht bekommen, es muß von Etappe zu Etappe erkämpft werden. Zwei Veränderungen sind bereits zu verzeichnen, die andern müssen folgen. Um die Junker aus ihrer Domäne, dem preußischen Landtag, herauszubringen, müssen wir uns in Zukunft darauf einrichten, daß wir überall dort, wo wir nicht selbst die Mandate erobern können, auf jeden Fall die erbittertsten Feinde des Volkes, die Junker, hinauswählen helfen. Nicht mit Hilfe von Kompromissen, sondern auf Grund der klaren Erkenntnis, daß man von dem Junkerparlament keine wirklichen Reformen erwarten kann.

Genosse Holzapfel bespricht die gegenwärtige Wahlvorlage der Regierung, die ein wahres Monstrum sei. Die Isolierung der

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 33. Magdeburg, Mittwoch den 9. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Preußischer Landtag.

17. Sitzung.

Berlin, 7. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Beseler.

Die zweite Lesung des Justizetats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Es ist sehr bedauerlich, daß wir den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs hier als ein Ausnahmegesetz gegen das kämpfende Proletariat charakterisieren können. Wir haben auch schon so viel an der gegenwärtigen Justiz zu kritisieren, daß es vollkommen genügt. Wir Sozialdemokraten halten die Rechtspflege für die höchste und edelste Aufgabe eines Staates. Wie weit wir in Preußen davon entfernt sind, haben wir täglich vor Augen. Wir Sozialdemokraten stellen mit Bedauern fest, daß die preußische Justizverwaltung nicht einmal gewillt ist, diese große Aufgabe zu erfüllen. An den Richterstellen sollte nicht gespart werden, denn aus der Ueberlastung der Richter rühren viele Mißstände her, wenn sie nicht gerade auf dem Gebiete der Klassenjustiz liegen. Wir haben noch keine Antwort darüber vom Minister erhalten, ob es wahr ist, daß für besonders große Objekte besondere Kammern eingerichtet werden sollen. Ein solcher Plan würde nichts weiter sein als ein neuer Versuch, die

wohlhabenden Schichten zu bevorzugen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige stehen wir sympathisch gegenüber. Geld dafür gibt es genug, es liegt sogar auf der Straße, und der Staat müßte es nur da holen, wo es ist. Im übrigen erkennen wir an, daß die Justizverwaltung uns Sozialdemokraten nicht in der Weise entgegentritt wie andre Ressorts. Wir stehen dem Justizressort wenigstens mit einer relativen Sympathie gegenüber, namentlich im Vergleich zum Kultusministerium. Die ordentlichen Gerichte geben relativ noch die besten Garantien für die Sicherung der Volksrechte. Ich will mit diesen Worten sagen, daß wir Sozialdemokraten das Gute, wo es zu finden ist, auch anerkennen. Wegen dieser gelegentlichen erfreulichen Erscheinung wollen wir uns aber nicht hinwegtäuschen lassen über den Durchschnittszustand. Es gibt Richter, die auch auf dem Richterstuhl ihrer politischen Ueberzeugung die Zügel schießen lassen. Ein Berliner Gericht hat einmal anerkannt, daß die sächsische Justiz die Sozialdemokraten als mindern Rechts behandle. Was wir Sozialdemokraten als Klassenjustiz ansehen, geht zwar nicht aus dem bösen Willen einzelner Richter hervor, sondern beruht auf sozialen Grundlagen. (Sehr richtig!) Gegen diese Richter soll durchaus nicht vorgegangen werden, das würde ein Eingriff in ihre Unabhängigkeit sein, aber der Richterstand muß es sich gefallen lassen, daß er öffentlich kritisiert wird. Leider hat der Justizminister im vergangenen Jahre das Königsberger Schandsäulen-Urteil als vollkommen richtig bezeichnet. Er hat damit einen der schlimmsten Exzesse der Klassenjustiz in seiner amtlichen Eigenschaft gelobt und so zu weitern Exzessen aufgefordert. Man sagt nun, daß eine scharfe Justiz wegen der zunehmenden Kriminalität notwendig ist. Aber schon der freikonservative Abgeordnete Viereck hat im vorigen Jahre betont, daß eine Zunahme der Prozesse infolge des wirtschaftlichen Niedergangs eingetreten ist 73,9 Prozent aller Verbrechen sind außerdem auf den Alkoholismus zurückzuführen. Der erfreuliche Rückgang darin ist auf die segensreiche Arbeit des Proletariats zurückzuführen. Ein uns durchaus nicht nahestehender Richter hat das sogar rühmend hervorgehoben. Wie viele Verbrechen hat nicht der Zolltarif verursacht! (Sehr richtig!) Diejenigen, die eine solche Politik fördern, sind die wahrhaft Schuldigen an einer großen Zahl der schweren Verbrechen. (Lärm rechts.)

Ein Irrtum ist es auch, daß mit der Religion gegen die Verbrechen viel anzufangen ist. Die Kirche hat gerade dort die stärkste Macht, wo das soziale Verständnis am geringsten ist und infolgedessen die größere Kriminalität herrscht.

Die Höhe der Strafen steht oft in gar keinem Verhältnis zur Schwere des Vergehens. Eine Frau erhielt wegen eines

Forstdiebstahls im Werte von 40 Pf. 1 Jahr Gefängnis.

Häufig werden solche Vergehen aus Not begangen, um ins Gefängnis zu wandern. Wie jammervoll müssen die Verhältnisse liegen, wenn das Gefängnis als ein Paradies angesehen wird. (Abg. von Pappenheim (kons.) lacht.) Herr von Pappenheim, es ist kein gutes Zeichen, daß Sie über meine Worte lachen. (Erneutes Lachen des Abg. von Pappenheim. Schlußrufe und Lärm rechts.) Ich kann mir nicht helfen; wir Sozialdemokraten müssen unsre Wünsche zur Justizverwaltung hier vorbringen. Die Weltfremdheit der Richter ist auch von dem Staatsanwalt Dr. Wulffen zugegeben worden, der gesagt hat, daß die Gerichte nur zu leicht geneigt sind, dem Angeklagten die niedrigsten und schmutzigsten Motive zu unterstellen und daß sie das den Angeklagten auch fühlen lassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Gerichte hegen auch oft eine wenig freundliche Gesinnung gegen die Psychiater. Der konservative Abgeordnete Böhmer hat aus Anlaß des Falles Schönebeck erklärt, durch das Verhalten der Psychiater in dieser Sache sei das Vertrauen in ihre Zuverlässigkeit erschüttert worden. Der Fall beweist aber weiter nichts, als daß verschiedene Instanzen über die geistige Zurechnungsfähigkeit der Frau von Schönebeck verschiedener Auffassung gewesen sind. Häufig liegen bei einem ganz einfachen Tatbestand drei verschiedene Ansichten aus drei Instanzen vor. Man könnte so zu sehr scharfen Urteilen über die Justiz kommen. Wir meinen, daß gerade auf dem Gebiete der Psychiatrie im Volke noch immer Vertrauen vorhanden ist. Manche Richter haben eine Abneigung gegen die Psychiater, weil diese vielfach für den Angeklagten eintreten. Die Beziehungen zwischen Anwaltstand und Richterstand sind keine guten, sie erklären sich aus einem Mißtrauen gegen den Anwaltstand. (Sehr richtig! links.) Ein Landgerichtsrat in Berlin schrie einmal einen Zeugen mit den Worten an:

Sie Rindvieh, Sie Hornochse,

Sie bilden sich wohl ein, Sie sind ein Verteidiger? (Hört, hört!) Die geplante Justizreform ist getragen von dem Mißtrauen gegen den Anwaltstand. Professor v. Liszt hat sich darüber nicht gerade schmeichelhaft geäußert. Der Anwalt ist relativ unabhängig von allen Staatsgewalten, das sichert ihm das Vertrauen des Volkes, aber auch das Mißtrauen der Regierungsgewalten. Die geringe Achtung gegenüber den Anwälten geht sogar so weit, daß man in Berlin Klappsitze als Sitzgelegenheit herstellte, wie sie in Gefängnissen üblich sind. (Zuruf: Hier sitzen wir ja auch so! Große Heiterkeit.) Als Grund für die Klappsitze wurde angegeben, daß ein Angeklagter vielleicht einen Stuhl auf die Richter werfen könnte. (Heiterkeit.) Ich halte es auch nicht für richtig, daß ein Referendar als Offizialverteidiger bei einer Kammer bestellt wird, bei der er beschäftigt und von der er somit in gewisser Weise abhängig ist. Häufig folgen außer dem Referenten und dem Vorsitzenden die übrigen Richter der Verhandlung gar nicht, ja sie beschäftigen sich mit andern Arbeiten. In Breslau hat sich ein Rechtsanwalt hierüber einmal beschwert. Ihm wurde geantwortet, daß es sich gar nicht vermeiden lasse, daß Richter während der Verhandlungen kurze Verfügungen treffen. Immerhin wurde hinzugefügt, daß die Richter während der Hauptverhandlung sich jeder größern Nebenbeschäftigung enthalten sollen. In Berlin hat sogar einmal ein Richter aus Zeitmangel das Urteil bereits angefangen, ehe die Verhandlung überhaupt begonnen hatte. (Hört, hört!)

Höchste Empörung muß es erwecken, daß die Gerichte zwar Beweisanträgen des Angeklagten öfter stattgegeben, daß die Angeklagten aber in Haft genommen werden, wenn durch diese Beweisanträge eine Vertagung notwendig wird. Die Gerichtsärzte werden häufig über Gebühr hinaus als Universalmediziner und Spezialisten für alles betrachtet. Das Gesetz über die

Entschädigung unschuldig Verurteilter

wird zu fiskalisch gehandhabt. Der Richter soll das tun, was recht und billig ist, um die Finanzen des Staates hat er sich nicht zu kümmern. Der Abg. Strosser sagte im vorigen Jahre, mein Freund Leinert habe einer doppelten Moral das Wort geredet, er wolle nur Rechte für die Arbeiter, aber nicht für die Arbeitgeber. Im Reichstag hat aber selbst der nationalliberale Abgeordnete Dr. Heinze anerkannt, daß so etwas wir Klassenjustiz in der Tat existiert, und der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen) sagte, daß der

Kapitalismus der heimliche Kaiser

unsrer Justiz sei. Die Politik ist aus dem Gerichtssaal leider nicht zu entfernen. Leider zeigt man im Gerichtssaal kein Verständnis für die Psychologie der Arbeiterschaft. Die Pflicht der Solidarität sehen die Richter häufig als geradezu verbrecherisch an. Jeder Wohlhabende hat in der Justiz bessere Chancen als der Unbemittelte. Die Klassenjustiz äußert sich schon in der Art der Behandlung des Angeklagten. Die Zulassung zum Referendariat ist Sache der absoluten Willkür. Ohne einen aufrechten Mann, den frühern Kultusminister Falk, wäre ich niemals Referendar geworden. Sie hätten das natürlich nicht bedauert. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Böhmer wünschte, daß die Junker zur Hebung des Ansehens des Richterstandes ihre Söhne ihnen zuführen sollten. Eine solche Feudalisierung des Richterstandes wäre höchst gefährlich. Bedauerlich ist es auch, daß allzuviel Staatsanwälte in Richterstellen aufrücken. Der zum Reichsgerichtsrat beförderte Landgerichtsdirektor Oppermann trug eine solche persönliche Gehässigkeit in die Verhandlungen, daß sie stets nur in ein Gefühl der Empörung darüber ausklangen.

Wirklich unabhängig sind die Richter nicht.

Jeder Richter, der oppositionelle Gesinnungen energisch vertäte, würde disziplinarisch gefaßt werden. Der Richterstand würde im Volk erst dann volles Vertrauen finden, wenn ein Richter auch einmal als Sozialdemokrat auftreten könnte. Nur durch die Abgrenzung der Befugnisse der Verwaltungsbehörden gegenüber der Justiz kann diese wirklich auf einen höhern Standpunkt gehoben werden. Früher haben die Gerichte die Streikposten fast stets freigesprochen. Durch den unausgesetzten Ansturm der Polizei hat sich jetzt selbst das Kammergericht die Hände binden lassen. Auch im Zivilprozeß macht sich die Klassenjustiz geltend. In Kiel ist ein Arbeitgeber, der Knaben unter 16 Jahren bis zu 18 Stunden beschäftigt hatte, mit 10 Mark bestraft worden, während der Amtsanwalt nur 4 Mark beantragt hatte. Anderseits ist ein Kind wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports mit einem Jahr Gefängnis bestraft worden. Wir aber warten heute noch auf die Anklageerhebung gegen die Bonner Borussen! Bedauerlich ist es, wie der Beleidigungsparagraph gehandhabt wird. Das Wort Streikbrecher gilt als Schimpfwort, ja sogar das Wort „arbeitswillig". Mein Parteigenosse Niebuhr in Halle wollte einen Vortrag über Jugendorganisation halten: er wurde zur Verhütung dieses Verbrechens verhaftet. Sieben Worte am Grab eines befreundeten Genossen sind vom Kammergericht schon als Rede aufgefaßt worden. Ueberall, wo der Klassenkampf schärfer geworden ist, bildet sich ein politisches Richtertum heraus. In Hannover sind die Kammern Ritter und Jensch als besonders gefährlich betrachtet. In der Tat haben viele Angeklagte das Gefühl — und mit einem gewissen Rechte —, daß sie hier Wölfen vorgeworfen werden, nicht aber Menschenseelen, die über sie menschlich urteilen. (Unruhe.)

Auf dem Gebiete des Strafvollzugs und der Strafvollstreckung haben wir noch viele Wünsche. Wir

fordern, daß die Richter vom Volke gewählt

werden. Die beste Bekämpfung der Kriminalität ist die Beseitigung ihrer Ursachen, und ein Wohnungsgesetz wäre deshalb zur Beseitigung der Verbrechen viel wichtiger als jede Strafgesetzreform. Wir verlangen die Sozialisierung der Justiz, die Hebung der sozialen Lage des Volkes und eine weitherzige Sozialpolitik. Die Aufforderung des Herrn von Heydebrand zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie macht uns nicht angst. Wir wissen, welcher gewaltige

außerparlamentarische Kampf für das preußische Volk

bevorsteht. In diesem Kampfe wird die Justiz eine Feuerprobe auszustehen haben und wir werden sehen, ob sie bei Konflikten, die sich bei dieser unerhörten Provokation der Staatsregierung ereignen können, sich erweist als eine Institution, die Freiheit und Bürgerrecht schützt, oder ob sie sich dazu hergeben wird, ein Unterdrückungsmittel, ein brutales Machtmittel zu sein zur Unterdrückung der großen Mehrheit des Volkes. Wir wollen nicht schon heute sagen, daß wir kein Vertrauen zur Justiz haben, damit wir uns auch keinen Illusionen hingeben. Wenn sich die Justiz bewähren sollte, so würde sie etwas getan haben, was dazu beitragen könnte, ihre Popularität in energischem Maße zu vermehren. Wir stehen mit Gelassenheit der Klassenjustiz gegenüber. Wir sind gewohnt, mit allen Feinden den Kampf rücksichtslos aufzunehmen ohne Scheu. Wir werden, wenn die Justiz weiterhin eine politische Klassenjustiz bleibt, auch den Kampf gegen diese Klassenjustiz weiter mit allem Nachdruck und bis zu dem für uns absolut siegreichen Ende führen. (Lachen und Unruhe rechts.)

Stadt-Theater.

Magdeburg, 7. Februar.

Die Lehrerin. Eine ungarische Dorfkomödie von Alexander Brody. Die gute Absicht der Direktion, dem Magdeburger Theaterpublikum auch einmal „sozial" zu kommen, ihm so etwas wie eine Satire auf die Moralbegriffe beruflicher Sittenrichter zu bieten, ist sehr zu loben. Zwar werden wir derohalben in die ungarischen Lehmebenen versetzt, allwo die Agrarier und ihre Trabanten wirtschaften wie preußische Ostelbier auf ihren Rittergütern, aber die Reise würde gewiß niemand gereuen, wenn sie sonst nur lohnend wäre. Das ist nicht der Fall, trotzdem wir in der Lehrerin eine Sozialistin kennen lernen, ein Gewächs, das an preußischen Schulen selbst in dieser verkrüppelten Form nicht gedeiht. Denn Fräulein Szusa Harváth ist Anhängerin eines sozialen Staates mit einem König oder Kaiser an der Spitze.

Vorläufig muß sie aber erkennen, daß in Ostelbien — nein, in Ungarn — weder Kaiser noch König etwas to seggen hebben, sondern nur der Grundherr und sein Söhnchen, der Notar, der Stuhlrichter und noch einige Schmarotzer am Königtum, die alle ihr Amt als Deckmantel ihrer Gelüste auf das hübsche, wehrlose Mädchen mißbrauchen. Das Fräulein ist aber gar nicht auf Kopf und Mund gefallen, sie läßt die ganze Bande ablaufen und wird dafür von ihren erfolglosen Anbetern im Namen der guten Sitte und der heiligen katholischen Kirche mit Schimpf und Schande davongejagt.

So etwas kann bei uns ja auch geschehen. Nun aber kommt das ungarische Wunder. Der größte Wüstling des Dorfes ist durch die Tugend der schönen Szusa besiegt worden, er gibt eine Opernsängerin nicht nur, sondern sogar das Trinken auf und bietet ihr sein Herz und seine — Millionen an und sie nimmt alles. Allerdings erst, nachdem sie vor dem Publikum ihre ganze große Seele ausgeschüttet und mit gen Himmel erhobenen Augen irgend etwas Rührendes deklamiert hat. Aschenputtel wird Königin.

Es wäre ungerecht, wollte man Brodys Arbeit damit abtun, daß man sie als einen altfränkischen Gouvernantenroman in neuer Hülle beiseiteschiebt. Es steckt ernstes Wollen darin, heißes Bemühen, den kleinen Tyrannen, die das ungarische Dorfvolk knechten, prügeln und treten, die die Männer der Arbeit aus der Heimat jagen und ihre Mißwirtschaft mit nationalen Phrasen verbrämen, zu zeichnen in ihrer ganzen Niedertracht und Gemeinschädlichkeit. Aber am Können fehlt es.

Schwer und schleppend zieht sich durchweg die Handlung hin, moralinsaure Vorträge hemmen das Fortschreiten und der Zuschauer kommt sich vor, wie ein Wandrer, der in der unendlichen Pußta jede Orientierung verloren hat und nicht mehr weiß, wo hinaus. Er sinkt ins Gras und seufzt resigniert: „Mag nun kommen, was will, ich halte still."

An der Aufführung war mit Fleiß gearbeitet worden. Wer freilich der Meinung ist, daß die Ungarn noch immer in verschnürten Röcken, krachledernen Hosen oder in mehr oder weniger saubern Schafpelzen einherstolzieren, der irrt sich. Man geht dort in ganz modernen Salonschwenkern, ja ein Zigeunerprimas läuft im Zylinderhut herum und drechselt Komplimente wie ein Graf. Solche ungekämmte Burschen, wie sie Nikolaus Lenau in seinen „Drei Zigeunern" verewigte, trifft man dort nur noch in Jahrmarktsschaubuden, wenn wir der Regie glauben dürfen. Nur die Frauen und Mädchen tragen noch Nationalkostüm.

Henriette Berg versuchte mit vielem Fleiße der Idealfigur des Verfassers Leben zu geben. Soweit das überhaupt möglich ist, kann der Versuch als gelungen gelten. Im Notar und Schulkurator stellte Gustav Roos einen faunischen Lüstling auf die Bretter, dessen Geilheit höchstens noch durch seine Niedertracht in den Schatten gestellt wurde. Leider glaubt das Publikum von diesem Künstler immer etwas „Komisches" erwarten zu können und lacht auch dort, wo die Sache bitter ernst ist.

Wenzel Hoffmann spielte den Lehrer Zoltan Tuza, der sonst immer des Duckens gewohnt durch das Beispiel seiner tapfern Kollegin auch Mut bekommt und den Bauern den Bettel vor die Füße wirft. Auch er wird wunderbar belohnt, denn außer einer Bibliothekarstelle auf dem Schlosse Stephan Hegedüs' bekommt er noch des Kantors Tochter, die muntere Käthe — von Ninni Heuser dargestellt — zur Frau. Mit Stephan Hegedüs, Erbe von neun Gütern, fand sich Paul Herlt gut ab und Max Hehe gab den schneidigen, charakterlosen Stuhlrichter, der in Ungarn so etwas wie bei uns ein Assessor zu sein scheint. Von den übrigen Mitwirkenden nenne ich noch Hugo Andresen als Hegedüs senior, Oskar Mummert als Pfarrer und Kurt Maedicke als Kantor. Die Vertreter der kleinern Rollen trugen das Ihrige zum Gelingen des Ganzen bei. Wenn trotzdem „Die Lehrerin" hier nicht festen Fuß fassen sollte, an den Darstellern liegt es nicht.

wr.

Tonkünstler-Verein.

Magdeburg, 7. Februar.

Der 7. Kammermusik-Abend brachte Kompositionen von Johannes Brahms. Wer Brahms auch als Laie verstehen oder besser empfinden will, muß sich absondern können von der Außenwelt, die Augen schließen und hören, nur hören. Gar bald wird er hineingeführt werden in eine große, weite Friedenswelt, wo die Stürme des Lebens nur im Bilde zu spüren sind, aber eine warme, sonnige Ruhe weht. Gar weit wird die Brust und gar festtäglich der Sinn. Auch der heutige Abend bildete eine solche Wandrung, und zwar war es zuerst die Klaviersonate Nr. 3 in F-Moll, die zur Führerin wurde in Brahms' Land. Luise Gmeiner aus Berlin spielte sie. Ich habe selten mit so viel Empfindung Brahms spielen, mit so viel Verständnis für seine Eigenart die Brahmssche Lyrik wiedergeben hören. Es blieb kein Rest, selbst bei dem schwierigen Presto des Schlußsatzes, nur technisch genommen. Aber wieviel Poesie entfaltete die Künstlerin, z. B. im Scherzo, besonders in dem tiefgehenden Andante, das von seliger Herzen zwei spricht. Luise Gmeiner ist eine Brahmsspielerin, der man in dem Lebensalter erst eine zweite zur Seite stellen soll. Das war Brahms, der Versonnene, Weltentsagende. Eine vollwertige Nachfolgerin erstand der jungen Künstlerin in Lucie Brandt, welche eine Auslese zartester Blüten aus dem umfangreichen Strauße des großen Lyrikers sang. Ein schön ausgeglichener Sopran wurde unterstützt durch gute Vortragsmanieren, und auf diesem sichern Fundament thronte ein reifes Verstehen für die zarte Muse im Liede des Meisters. Eine Zugabe war unausbleiblich, und diese ehrte gleichzeitig Professor Kauffmann als Begleiter, der, wie ich hörte, auch der Lehrer der Sängerin ist. Der Abend schloß mit dem Sextett in B-Dur (Opus 18) für je zwei Violinen, Bratschen und Celli. Gespielt wurde es sauber und sorgfältig von den Herren Koch, Thiele, Dietze, Lohse, Petersen und Stutz.

gr.

Sven.

Von Otto König.

Pastor Christian Erichson, der Vorstand des christlichen Jünglingsvereins, hob sein Antlitz von den gefalteten Händen, auf denen es im Gebet gelegen, und die Hände vom Tisch. Oskar Strinnholm, der Sekretär, und der Kandidat Olaf Dalin, der Leiter der Jugendabteilung, die beide in ihrer Andacht nur auf dieses Zeichen gewartet hatten, taten im Augenblick desgleichen. Der Pastor lehnte sich zurück, hob seine Augen zur Zimmerdecke auf und begann: „Geliebte Brüder! Sehr werte Herren! So laßt uns denn beginnen im Namen Jesus! Herr Kandidat, ist Karl Witt in sich gegangen?" Der Kandidat machte eine verlegene Gebärde und wurde rot. „Haben Sie mit ihm gebetet? — „N—ja, Herr Pastor!" — „Wie lange?" — „Ich glaube . . . ich dachte, es käme auf die Zeit nicht an. Ich glaube überhaupt nicht, daß . . . bei derartigen Verfehlungen, die ja auch auf einer krankhaften Veranlagung beruhen können . . ."

Vizepräs. Dr. Krause: Sie haben im Verlauf Ihrer Rede die Bemerkung gemacht, bei vielen Strafkammern wäre es so, daß die Angeklagten mit einem gewissen Rechte das Gefühl haben könnten, Wölfen vorgeworfen zu werden, nicht aber vor Menschen stehen. Diese Bemerkung ist im hohen Grade geeignet, den Richterstand zu beleidigen und zu verletzen. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung. (Beifall.)

Justizminister Beseler.

Der Abgeordnete Liebknecht ist immer heftiger und leidenschaftlicher geworden, er hat das Gebiet der Rechtspflege fast ganz verlassen und hat eine rein politische Rede gehalten, die offenbar für Außenstehende berechnet war. Es war eine Agitationsrede, und ich lehne es ab, überhaupt darauf zu antworten. (Lebhafter Beifall rechts.) Es waren viele Fälle darin, die ich gar nicht kenne, es waren schwere Beleidigungen, deren schwerste der Herr Präsident ja bereits gerügt hat. Ich lehne es auch ab, darauf einzugehen. Wenn aber der Herr Abgeordnete Liebknecht auf künftige Ereignisse in einer etwas drohenden Form hingewiesen hat, bei denen die Justiz eine Feuerprobe bestehen wird, so glaube ich, wir können der weitern Handhabe der Rechtspflege durch unsre Gerichte mit der ganzen Bevölkerung vertrauensvoll entgegensehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Strosser (kons.):

Der Abgeordnete Liebknecht hat die geschmackvolle Bemerkung gemacht, ich hätte im Vorjahr eine hahnebüchene Bemerkung gegen seinen Fraktionskollegen Leinert gemacht. Ich überlasse es dem Urteil des ganzen Hauses mit Ausschluß der Sozialdemokraten, die ja ohnehin nicht da sind, ob meine Rede oder die Rede, die Herr Liebknecht gehalten hat, hahnebüchen ist. (Beifall rechts.) Seiner Rede haben sich ja seine Fraktionsgenossen von Anfang an entzogen (Abg. Liebknecht: Sie haben Wichtigeres zu tun!), sie haben es uns überlassen, diese Rede anzuhören. (Lachen rechts.) Im übrigen lehne auch ich es ab, auf seine Rede einzugehen. Die Anwendung der Prügelstrafe, das möchte ich gegen andre Vorredner bemerken — haben wir stets nur für die allergrößten Verbrechen, für die allerschlimmsten Roheitsdelikte, gefordert. Wir wünschen unter keinen Umständen, daß bei der Rechtsprechung Klassenunterschiede irgendeine Rolle spielen. Unbegreiflich ist das Verhalten der Justiz im Falle Schönebeck. Entweder ist die Frau geistig zurechnungsfähig, dann muß gegen sie vorgegangen werden, oder sie ist unzurechnungsfähig, dann muß sie in einer Irrenanstalt sicher untergebracht werden. In den weitesten Volkskreisen hat die Behandlung dieser Affäre große Empörung erregt.

Abg. Dr. Bell (Ztr.):

Die Rede des Herrn Liebknecht war eine schwere Geduldsprobe für die Arbeitswilligen in diesem Haus. Auf sie einzugehen, halte ich für überflüssig. Das Vertrauensverhältnis zwischen Richtern und Anwälten besteht trotz mancher Entgleisungen auf beiden Seiten. Es ist mir nicht bekannt, ob es immer noch Personalakten bei den Gerichten gibt; wenn sie bestehen, dann sollten sie den Beteiligten zur Einsichtnahme zugänglich sein. Das Prinzip der Oeffentlichkeit des Verfahrens wollen wir nicht antasten, aber es wäre doch Ehrenpflicht der Presse, die Berichterstattung so zu gestalten, wie es der Würde der Gerichte entspricht. Die sensationelle Zuspitzung der Berichte müßte aufhören.

Abg. Dr. Krause (Königsberg, natl.):

Schon der Kollege Strosser hat darauf hingewiesen, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion die Rede ihres Genossen Liebknecht mitangehört habe. Darauf hat der Abgeordnete Liebknecht dazwischen gerufen: „Sie haben Wichtigeres zu tun." Sehr richtig. Sie mögen getan haben, was immer, es war jedenfalls wichtiger. (Heiterkeit.) Die Rede war ermüdend und langweilig trotz aller wirklichen oder gemachten Leidenschaftlichkeit. Trotzdem muß sie in mehreren Punkten bekämpft werden. Vor allem hat der Abgeordnete Liebknecht den Richtern den schweren Vorwurf gemacht, daß sie den Angeklagten Motive unterstellen. Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie. Wenn er behauptet, daß die Richter den Angeklagten Motive unterstellen, so unterstellt er selbst ihnen doch Motive, deren Vorhandensein er nicht beweisen kann. Ueberhaupt sieht er die ganze Rechtsprechung durch eine unglaublich einseitig gefärbte Brille an. Selbst bis in die vierte Dimension hat er sich verstiegen; denn anders ist es nicht zu verstehen, daß er Dinge weiß, die in den Beratungszimmern vorgegangen sein sollen. Von den Richtern selbst hat er es sicher nie erfahren. Schon der Herr Minister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es eine Agitationsrede war. Sie wird wohl sehr bald

gedruckt und als Flugblatt verteilt

werden. Derartige Flugblätter sind ein Fluch für das Volk. Ich betrachte die Rede als eine krasse Provokation gegen dieses Haus. Wir haben bisher mit fast übertriebener Objektivität die kleine sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses behandelt und ihr immer Gelegenheit gegeben, zum Worte zu kommen. Im Hinblick auf die Rede des Abgeordneten Liebknecht werden wir es uns aber überlegen müssen, ob wir nicht eine Revision unsrer Geschäftspraxis in Zukunft vornehmen. (Zust. rechts u. b. d. Natl.) Unsre Anwaltschaft ist durchaus auf der Höhe. Dagegen stehen die Anwälte finanziell nicht gut da. Für die Anstellung von Assessoren darf nur der Charakter und die Tüchtigkeit maßgebend sein. Die Vorwürfe gegen den Richterstand sind meist unbegründet.

Abg. v. Liszt (Fosp. d. Freis. Vp.) weist auf Mängel in der Ausbildung der jungen Juristen hin.

Justizminister Dr. Beseler: Herr Cassel hat mit Unrecht meinen Vater gegen mich auszuspielen versucht. Jene Aeußerung für das Laienrichtertum war in dem Buche nur referierend wiedergegeben. Bei gesetzgeberischen Fragen werden wir die Anwälte in Zukunft hören. Der Gesetzentwurf betreffend die Entlastung des Reichsgerichts liegt dem Bundesrat vor.

Abg. Eckert (freikons.) beklagt, daß die übergroße Mehrzahl der Amtsanwälte nur widerruflich angestellt wird.

Justizminister Dr. Beseler: Die Strafprozeßreform wird auch die Amtsanwaltschaftsfrage regeln.

Das Haus vertagt sich, nachdem der Titel „Ministergehalt" bewilligt ist.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Wahlrechtsvorlage.

Schluß 4¾ Uhr. —

Kongreß der französischen Partei.

Am 6. Februar wurde in Nimes (sprich Nihm), im äußersten Süden Frankreichs, der siebente Kongreß der geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet. Die Partei ist jung, die jüngste der sozialistischen Parteien Europas — und zugleich alt, als politische Bewegung, älter als alle andern sozialistischen Bewegungen. Dieser zwiespältige Charakter gibt ihr und ihren Kongressen eine eigenartige Prägung. Wir finden in ihr scharf abgegrenzte Richtungen, wie sie den frühern sozialistischen Lagern entsprechen, Tendenzen, die sich nur allmählich verwischen. Wir finden — zugleich mit einer stark ausgeprägten Voreingenommenheit in taktischen Fragen — eine überraschende Vernachlässigung der prinzipiellen Fragen und eine noch größere Unerfahrenheit in Organisationsfragen. Die französische Partei hat heute noch kein Programm und ihre innere Organisation ist unbeholfen und numerisch schwach. Sie wird sich erst auf dem bevorstehenden Kongreß ein bestimmtes Programm geben, aber auch nur für die Agrarforderungen und ohne es so zu nennen. Der Titel des von der Agrarkommission ausgearbeiteten Programms lautet: „Denkschrift der bäuerlichen Forderungen."

Die Agrarfrage ist für die französische Partei von vitaler Bedeutung. Die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, die äußerlich ihren kleinbäuerlichen Charakter erhalten hat. Die Partei muß also mit einer großen Bevölkerungsmasse rechnen, die scheinbar zur besitzenden Klasse gehört, in Wirklichkeit aber schon depossediert ist, unter äußerst dürftigen Verhältnissen lebt und die gegen die industrielle Arbeiterschaft und deren sozialistische Forderungen verhetzt wird.

Diese komplizierte Situation, die der Partei unter Umständen gefährlich werden kann, zwang sie, sich ein Agrarprogramm zu schaffen. Für die industrielle Bevölkerung bestehen weder die gleichen theoretischen Unklarheiten noch die gleichen taktischen Schwierigkeiten. Deshalb befindet sich die französische Partei in der merkwürdigen Lage, ein spezielles Agrarprogramm aufzustellen, ehe sie imstande ist, ein allgemeines Parteiprogramm zu formulieren.

Nächst dieser Frage wird die Taktik bei den nächsten Kammerwahlen im Mai d. J. den Hauptpunkt der Verhandlungen bilden. Die Frage ist dringend — ihrethalben wurde der Parteitag um 6 Wochen verlegt — und kompliziert. Bekanntlich unterscheiden sich in Frankreich die Stichwahlen von den Hauptwahlen nur dadurch, daß zur Wahl nicht mehr die Mehrheit notwendig ist, sondern der Kandidat als gewählt gilt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Das führt dazu, daß verwandte Parteien in der Stichwahl zugunsten des meistbegünstigten Kandidaten unter ihnen ihre eignen Kandidaten freiwillig zurückziehen. Diese Praxis wurde bisher in der Regel zwischen den bürgerlichen linksrepublikanischen Parteien und der sozialistischen Partei gegen die Rechte und das Zentrum — Progressisten, etwa Nationalliberale — geübt. Seit den letzten allgemeinen Wahlen haben sich die politischen Gegensätze zwischen den Radikalen, eben weil diese regierende Partei sind, und der sozialistischen Partei, die notwendig Oppositionspartei ist, sehr zugespitzt. Die frühere Regel ist immer mehr Ausnahme geworden. Anderseits sind jedoch die bürgerlichen Oppositionsparteien, Rechte und Zentrum, politisch von den Sozialisten am weitesten entfernt. Nun kommt noch hinzu, daß die meisten Radikalen der Einführung der Proportionalwahl, die die Stichwahlfrage mit einem Schlage lösen würde, weil sie die Stichwahlen überflüssig macht, ablehnend gegenüberstehen, während die Rechte und das Zentrum für die Wahlreform eintritt. Die sozialistische Partei hat jedoch ein dringendes Interesse daran, die Proportionalwahl durchzuführen. Es ist zweifellos für sie sehr mißlich, bei den Hauptwahlen die Radikalen zu bekämpfen, in der Stichwahl jedoch für sie einzutreten. Es ist ihr aber auch politisch unmöglich, die Kandidaten der Rechten zu unterstützen, einzig, weil diese für die Wahlreform eintritt.

Seither war die Resolution des Kongresses von Chalons für die Stichwahltaktik der Partei maßgebend. Diese Resolution macht es den Parteiorganisationen zur Pflicht, überall eigne Kandidaten aufzustellen und läßt ihnen freie Hand, zwischen der Haupt- und der Stichwahl über ihre Taktik zu entscheiden. Der Kongreß von Nimes wird diese Resolution voraussichtlich ändern oder einen Zusatz anhängen, der einerseits das Eintreten für einen reaktionären Kandidaten und anderseits für einen Gegner der Wahlreform verhindert.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung wird es jedenfalls bei der Frage der Genossenschaften und ihrem Verhältnis zur Partei kommen. Hier stehen sich drei Auffassungen gegenüber. Ein Teil verlangt die völlige Neutralität der Genossenschaften, ein andrer Teil tritt wohl für deren Autonomie ein, will ihnen aber eine sozialistische Färbung geben. Schließlich verlangt ein dritter Teil den materiellen Anschluß der Genossenschaften an die Partei, wie es in Belgien üblich ist und auch im Norden Frankreichs vorkommt.

Was die übrigen Fragen betrifft, erweckt noch die Stellungnahme zur Altersversicherung, worüber wir bereits berichtet haben, größeres Interesse. Die Gegensätze sind da sehr zugespitzt und es wird darüber wahrscheinlich zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen kommen. Die Debatte wird hoffentlich das Gute haben, daß sie mit dem schweren Uebelstand aufräumen wird, daß die sozialistische Kammerfraktion bei den Abstimmungen sich in zwei oder drei Gruppen spaltet.

Die Organisation der Partei hat im Jahre 1909 wieder nur geringe Fortschritte gemacht. Die Zahl der entnommenen Mitgliedskarten betrug 57 977 (1908 56 963), die der verkauften Beitragsmarken 452 572 (439 156), die Einnahmen der Zentralkasse aus Mitgliederbeiträgen 37 153 Frank (36 208). Während einzelne Organisationen schöne Fortschritte aufweisen, zeigen andre, bedeutende Industriezentren, starke Rückschritte auf, die bei der Schwäche der Organisation um so empfindlicher sind. So sank im Seinedepartement die Zahl der entnommenen Karten von 8150 auf 7876, in den Departements Haute-Vienne (Limoges), Tarn (Carmaux), Nord (Lille-Roubaix) und Gironde (Bordeaux) traten gleichfalls Mitgliederrückgänge ein. Dagegen weisen Marseille, Toulon, Grenoble, Montceau-les-Mines und das vornehmlich landwirtschaftliche Departement du Gard (Nimes) sehr schöne Fortschritte auf. Im ganzen haben 39 Föderationen zugenommen, 2 sind stationär geblieben und 38 weisen Rückschritte auf. Die Gesamteinnahmen der Zentralkasse betrugen 1909 netto 128 894 (106 269) Frank, die Ausgaben 103 122 (90 358) Frank und der Kassenbestand am Jahresschluß 71 766 (50 461) Frank. Unter den Einnahmen figurieren an erster Stelle die Beiträge der Abgeordneten mit 67 250 Frank. Der Umsatz der Buchhandlung betrug im ganzen 13 153 Frank. Unter den Ausgaben kommt an erster Stelle die Agitation mit 33 000 Frank. Diese Zahlen allein genügen, um die numerische Schwäche aufzuzeigen. Hier vor allem müßte der Kongreß einsetzen. Jr.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Eine „politische" Gewerkschafts-Versammlung. In Emmerich a. Rh. fand im November 1909 eine Gewerkschaftsversammlung statt mit dem Thema „Gewerbegerichtswahlen". Die Polizei erblickte in der Abhaltung der Versammlung eine Uebertretung des § 5 des Reichsvereinsgesetzes und beglückte den Versammlungsleiter mit einem Strafbefehl von 20 Mark oder 4 Tagen Haft. Hiergegen wurde Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde der Angeklagte freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Aus der Verhandlung sind einige interessante Momente hervorzuheben. Ein Schutzmann bekundet als Zeuge, daß er deshalb zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Versammlung politisch sei, weil der Referent aufgefordert habe, bei der Wahl zum Gewerbegericht nur Kandidaten der freien Gewerkschaften zu wählen, außerdem habe der Referent die französischen Bürgermeister für unfähig erklärt, in Arbeiterstreitigkeiten Recht zu sprechen. Der Amtsanwalt, ein Polizeikommissar, erklärte die freien Gewerkschaften für sozialdemokratisch, die überhaupt nur politische Angelegenheiten besprechen. Das Gericht konnte sich aber diesen Auffassungen nicht anschließen. Aber die Strafverfügung ist allein wieder ein netter Beweis für die loyale Handhabung des liberalen Reichsvereinsgesetzes. —

Der Gemeindevorstand als Kontrolleur schwarzer Listen. Vor kurzem berichteten wir, daß die Stickmaschinenbesitzer in Schreiersgrün i. V. beschlossen hatten, 16 am Stickerstreik beteiligt gewesene Sticker innerhalb 3 Jahren in ihre Betriebe nicht mehr einzustellen bei einer Konventionalstrafe von 200 Mark, welche der Gemeinde zufallen sollen. Das betreffende Schrift-

---

„Lieber junger Freund! Noch allzu unerfahren sind Sie in den Werken des Heils!" Der Prediger sah mitleidig durch seine goldgefaßten Brillengläser auf den jungen Theologen, der dem Blick auswich, sich zusammennahm und noch einmal begann: „Ich dächte, Herr Pastor, daß vom pädagogischen und vom psychologischen Standpunkt in solchen Fällen eine freundliche, taktvoll vernünftige Aufklärung . . ."

„Aber, Herr Kandidat," unterbrach der Pastor streng, während der Sekretär seine weißlichen Augen verdrehte, die Hände faltete und: „So—oooh!" machte. „Aber, Herr Kandidat," sagte der Prediger, „glauben Sie einem alten Mann" — Erichson war höchstens fünfzig Jahre, aber er kokettierte gern mit der Würde eines Patriarchen —, „glauben Sie einem alten Manne, dem der Herr in seiner Gnade vergönnt hat, manche Segensarbeit zu tun an der lieben Jugend. Mit solchen — wie soll ich nur sagen — mit solchen modernen Grundsätzen, solchen unfruchtbaren Vernünfteleien werden Sie wenig Erfolg haben im Weinberg des Herrn. In solchen Fällen hilft nur Ernst, heiliger Ernst und bittere Strenge. Der heilige Name Jesus muß in das verderbte Herz gepflanzt werden. Das sei Ihre Aufgabe. Jesus, der König, wird das Herz des unglücklichen Knaben zum Guten leiten. Er wird die Arbeit tun (dabei hob der Pastor die Augen verzückt zur Zimmerdecke), nicht Sie." Dabei blickte er den armen Dalin, der ganz in sich zusammenbrach, vernichtend an. „Herr Strinnholm, haben vielleicht Sie etwas in dieser traurigen Sache veranlaßt?" — Der Sekretär schlug die Augen, legte die linke Hand auf die Brust, neigte sich auf seinem Stuhl und sprach: „Ich habe versucht, meine schwachen Kräfte in den Dienst meines Herrn und Heilands zu stellen!"

„Was haben Sie veranlaßt?"

„Ich habe mit ihm im heißen Gebet zu Jesus gefleht!"

„Sehr gut! Und was sonst?"

„Ich habe ihm eine etwas scharfe Geißel verordnet!" sagte der Sekretär mit einem irren, geilen Flackern im Auge. „Und auch diese — Strafe selbst vollzogen," setzte der Kandidat unwillig hinzu. „Ich weiß nicht, was Prügel in solchem Falle . . ."

Ein brillengläserner Blick des Pastors machte ihn verstummen. Erichson lehnte sich zurück, verschränkte die Arme, [illegible] den Kandidaten, der seufzend in sich versank, mit hochgezogenen Brauen wie erstaunt an und sprach dann ganz sanft: „Wollten Sie vielleicht etwas bemerken, Herr Kandidat? . . . Nicht? . . . Das freut mich? . . . Herr Strinnholm, ich danke Ihnen. Fahren Sie so fort. Der Segen des Herrn ruht auf ernster Arbeit, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Und so wird auch unser verirrtes Schäflein Axel Witt gerettet werden. Das walte Gott! . . . Doch noch ein andres beschäftigt mich tief im Herzen. Es handelt sich um Waja, um Sven Waja."

Ein wackrer Junge, der macht mir rechte Freude!" sagte Dalin; aber er war gleich wieder still, denn der Pastor hatte ihm wieder einen mit Salbung gepanzerten Blick zugeworfen und der Sekretär verdrehte die Augen und machte: „So—oooh!"

„Also es handelt sich um Sven Waja," fuhr der Pastor fort. „In ihm scheint sich die Erbsünde geltend zu machen. Sein Vater war ein Arbeiter auf der Reederei, so einer von diesen interkonfessionellen Organisationen, seine Mutter — ich bemerke, daß die Kirche von dieser — Verbindung nichts weiß, Sie verstehen mich, meine Herren! —, die Mutter also war ein Aufwartemädchen in jenem Bar in der Seestraße. Sie kennen ja, ich meine natürlich vom Hörensagen, dieses — Etablissement, diese sündige Stätte weltlicher Lustbarkeit. Nun also: Diese Eltern sind nun — gottlob — tot. Sie starb gleich nach ihm; aber" — und dabei wurde Erichsons Stimme dröhnend und drohend wie die eines alttestamentarischen Propheten — „Sven Waja ist Ansichtskartenverkäufer in diesem selben Nachtlokal. Meine Herren, das muß anders werden! . . ." — „Herr Pastor," hub der Kandidat an. „Der Junge ist auf sich selbst gestellt, sein Vormund, ein armer Kutscher auf dem Dal-Elf, kann und will sich um ihn nicht kümmern. Also muß er verdienen, er hat doch für ein Schwesterchen zu sorgen und dort im Bar verdient er schön."

„Das ist's ja eben, Herr Kandidat! Das muß anders werden! Wir können nicht zulassen, daß eine der jungen Seelen, die der Herr Jesus unsrer Obhut anvertraut hat, ihr täglich Brot aus dem Pfuhle des Lasters holt." — „Gewiß nicht!" rief der Sekretär. „Erst unlängst hat mir Frau Geheimrätin Geijer, deren liebes Söhnlein wir zu den Unsern zählen dürfen, geklagt, daß es ihr schwer würde, ihr Kind noch weiter hierher zu schicken, wenn es genötigt sei, Umgang zu haben mit einem Knaben, der berufsmäßig seine Nächte in jenem Babel verbringt."

„Aber Herr Pastor!" rief der junge Theologe und sprang von seinem Sitze, „was ereifert sich denn gerade die Geheimrätin Geijer über Svens Beruf so sehr? Wenn ich nicht irre, hat die Firma Geijer einen nicht unbedeutenden materiellen Anteil an jenem Vergnügungsetablissement."

„Herr Kandidat, wollen Sie die Privatverhältnisse des Herrn Geheimrats gefälligst aus dem Spiele lassen. An diesen Herrn kann das Schlechte nicht heran."

„Und an Sven, wie ich den Jungen kenne, schon gar nicht! Er muß verdienen; so tut er es dort, wo am meisten abfällt. Der Herr Geheimrat macht es nicht ein bißchen anders. Ja, wenn Sie, Herr Pastor, Sven eine andre Stelle verschaffen . . .!"

„Aber, lieber Freund, wo denken Sie hin! Ich, Herr Sekretär, sehen Sie doch die Jugend! War es je Beruf eines Dieners am Worte, sich um den Mammon zu kümmern?" — „Gewiß nicht!" schrie Strinnholm eifrig und wackelte mit dem Kopfe. „Der Junge muß Prügel haben!" und seine Augen leuchteten. — „Nein!" schrie jetzt der Kandidat, „der Junge muß nicht Prügel haben, der gewiß nicht. Und was soll denn aus seiner Schwester werden?"

„Herr Kandidat, ich will Ihnen auf Ihre etwas — erregte Frage eine ernste, ruhige Antwort geben, denn Gelassenheit ist einem Diener des Herrn, auch einem, der es werden soll, auferlegt. (Der Sekretär nickte eifrig.) Also: Die Schwester muß ins Waisenhaus!" Der Kandidat, der des Pastors geübte Altarblicke und seine gedrechselten Kanzelworte nicht ausstehen konnte, hatte sich still hingesetzt und sagte dumpf: „Die kleine Ulrike ist hoch oben im Norden, in Vesterbotten wo, heimatsberechtigt; die wird hier gar nirgends aufgenommen." — „Dann wird sie eben einfach abgeschoben!" — „Dann schieben Sie nur den Jungen auch gleich mit ab!" — „Das wird nicht angehen; der Junge ist erwerbsfähig!" — „Aha!" — „Was soll das „Aha!", Herr Kandidat? Sie haben Ansichten — Ansichten!! . . . Sei's immerhin! Junger Wein gärt!" fügte Erichson mit einem Gesicht, das wohlwollend aussehen sollte, hinzu. „Doch wozu all diese Vernünfteleien. Wir wollen hier in Jesus Namen arbeiten, so muß auch in Jesus Sinne gearbeitet werden. Frau Geheimrat Geijer fand — und ich schließe mich vollkommen dem frommen Bedenken der allverehrten Dame an — ein Aergernis in der Erwerbstätigkeit Svens als Mitglied des Jünglingsvereins. Sie kennen die Worte des Heilands: „Wehe dem Menschen, durch welchen Aergernis kommt!" Sollen wir nicht also handeln? Ich weiß, was ich zu tun habe, um meinem Herrn Jesus zu dienen. Er läßt sich nichts abmarkten. Entweder — oder! Nun aber zum geschäftlichen Teil. Wie steht es mit unserm Hauserwerbungsfonds? Ihr Bericht, Herr Sekretär!"

„Herr Geheimrat Geijer hat zwanzigtausend Kronen gezeichnet."

„Geheimrat Geijer, zwanzigtausend. Der wackere Mann! Sehr gut! Bitte weiter!" sagte Pastor Erichson und nickte andächtig mit dem Kopfe . . .

(Schluß folgt.)

Oberbayrisches.

Das Schlierseerbauern-Theater hat Oberbayern in Deutschland bekannt gemacht. Aber es war das Oberbayern aus Theaterpappe, aus erfundener Sentimentalität und respektablem Geschäftssinn. Dann kam der „Simplicissimus" und strich die schöne Fabel von der Gemütlichkeit und Treuherzigkeit auf das richtige Maß, sogar unter das richtige Maß zurück. Mir ist die Seele

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 33. Magdeburg, Mittwoch den 9. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Der Sozialismus und die englischen Wahlen.

„Für den Sozialismus gibt es in England kein Feld", so sagen auch jetzt wieder unsre bürgerlichen Kritiker, und zeigen schmunzelnd auf die unbedeutende Stimmenzahl, die die Kandidaten der S. D. P. und einige unabhängige Sozialisten auf sich vereinigt haben. Sie vergessen dabei, daß man, wenn auch nicht alle, so doch mindestens die Hälfte der für die Kandidaten der Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen zu den 22 000 für rein sozialistische Kandidaten abgegebenen hinzuzählen muß, um ein Bild von der Stärke des Sozialismus in Großbritannien zu bekommen. Gewiß ist es wahr, daß wir in England noch nicht auf eignen Füßen stehen können. Schuld daran ist aber keineswegs unsre im Verhältnis zu andern Ländern geringe Zahl, sondern die gewaltigen Hindernisse, die uns die herrschenden Klassen entgegensetzen. Das ganze öffentliche Leben Englands ist derart nach dem Muster und für den Bedarf der Bourgeoisie zugeschnitten, daß es einer herkulischen Arbeit bedarf, um dem Sozialismus einen Weg zu bahnen.

Man sehe sich zuerst nur einmal das englische Wahlrecht an. Es ist nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das wir hier vorfinden, sondern ein Recht, das an den Besitz gebunden ist, das einer Person gestattet, in 10, 20 und 30 Kreisen zu wählen, so viel Stimmen abzugeben, als sie einzelne Besitztümer hat; es ist ein Wahlrecht, das keine Stichwahlen zuläßt und der Herrschaft der Minorität Vorschub leistet, das unter Umständen Hunderttausenden von Wählern die Vertretung im Parlament nimmt. Dabei ist das ganze Wahlverfahren so kostspielig, daß es für die Arbeiterschaft äußerst schwer ist, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Parlamentsmitglieder werden nicht vom Staate besoldet; es kommen daher hauptsächlich bemittelte Personen als Kandidaten in Betracht. Die Kandidaten müssen alle Wahlunkosten bezahlen, und diese Unkosten belaufen sich mindestens für jeden Kandidaten auf 8000 Mark, eine Summe, die aber meistens um das Drei- und Vierfache überschritten wird. Hierzu kommt noch, daß den Sozialisten und der Arbeiterschaft Englands überhaupt kein einziges Tageblatt zur Verfügung steht. Das wichtigste Agitationsmittel fehlt. In England ist es nicht so leicht wie in Deutschland, eine Zeitung zu gründen. Die englischen Blätter sind durchweg große kapitalistische Unternehmungen, und um ein sozialdemokratisches Organ zu schaffen, das halbwegs mit den großen konservativen und liberalen Blättern konkurrieren könnte, bedarf es eines Kapitals von mindestens 2 Millionen Mark. Man stelle sich nun einen Wahlkampf vor, in dem die Sozialisten von den Blättern beider bürgerlichen Parteien mit Lügen überschüttet werden, und in dem wir kein Mittel haben, um die Wählerschaft eines Bessern zu belehren. Ist es da ein Wunder, daß wir auf diesem vergifteten Boden nicht so schnell aufkommen können, wie uns lieb wäre? Und dann die Art des Kampfes, den wir zu führen haben. Wir haben es nicht in England mit der offenen, auf ihre brutale Gewalt pochenden Reaktion zu tun. Die englischen Liberalen sind von anderm Schlage als ihre deutschen Namensvettern, die ihre Zeit vertrödeln mit dem Streite um die Frage, wer von ihnen der größte Mann sei. Ihre Politik ist kein Kinderspiel, sondern ein Kampf um die Macht im Staate, und sie schicken in diesem Kampfe ihre tüchtigsten Leute vor, um die Arbeiterschaft zu ködern und sie für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Selbst die Konservativen sind in England nicht Konservative im kontinentalen Sinne. Auch sie verstehen sich vortrefflich auf die Volksbetörung, und zwischen der liberalen und der konservativen Demagogie hat der Sozialist, der seine Klassengenossen zur Erkenntnis ihrer Lage bringen will, einen verzweifelt schweren Stand.

Die Arbeiterpartei hat nun die erste Bresche in diese Hochburg der Bourgeoisie gelegt. Unter unsäglichen Mühen ist es gelungen, einen Teil der liberalen Arbeiter vom liberalen Heere zu trennen, wenn man auch noch nicht vermocht hat, ihn mit sozialistischen Ideen zu durchtränken. Aber schon schickt sich die liberale Partei an, diesen Verlust wieder gutzumachen, indem sie stärker denn je zuvor um die Gunst der Arbeitermassen buhlt und der Arbeiterpartei Schwierigkeiten in den Weg zu legen sucht. Daß dieses Beginnen nicht aussichtslos ist, lehren diese Parlamentswahlen. Die vornehmste Aufgabe der englischen Genossen wird in der nächsten Zukunft die sein, die Arbeiterpartei innerlich zu befestigen, damit sie den Gefahren, die ihr von liberaler Seite drohen, widerstehen kann. Ohne die Gewerkschaftler ist eine starke sozialistische Bewegung in England unmöglich, und die Gewerkschaften sind jetzt moralisch an die Arbeiterpartei gebunden, wenn sie auch nach der vor kurzem gefällten richterlichen Entscheidung keine direkten Beiträge mehr für die Partei erheben dürfen. Die S. D. P. sieht den Fehler, den sie damals machte, als sie aus der Arbeiter-Partei austrat, immer mehr ein. Wäre sie in der Arbeiterpartei geblieben, so säßen Hyndman und Quelch vielleicht jetzt im Parlament und der Fortschritt der sozialistischen Ideen innerhalb der Partei wäre jedenfalls deutlicher wahrzunehmen, als es jetzt der Fall ist. -k-

Provinz und Umgegend.

Aschersleben, 8. Februar. (Die öffentliche Frauenversammlung) war verhältnismäßig gut besucht. Der Vortrag der Frau Bach (Weißenfels) berührte ein reichhaltiges und interessantes Gebiet. Genosse Greiner sprach in der Diskussion. Seine Ausführungen bezweckten, den anwesenden Müttern nahezulegen, wie notwendig es ist, unsre Jugend rechtzeitig mit den sozialen Verhältnissen vertraut zu machen. Aufgabe aller Arbeiteretern sei es, ihre schulentwachsenen Kinder der Arbeiterjugend zuzuführen. Genosse Heinrich sprach über die Zustände in der Hausindustrie der Papierwarenfabrikation. In dumpfen, halbdunkeln Wohnräumen arbeiten oftmals 3 und 4 Personen aus der Familie. Leider seien die Familien bei dem Arbeitsverdienste des Mannes außerstande, höhere Ausgaben für Wohnungsmiete zu machen. Zum Schluß fanden Aufnahmen zum Volksverein statt. —

— (Flugblattverbreitung.) Die Funktionäre versammeln sich am Donnerstag den 10. Februar, abends 8 Uhr, bei Genossen Greiner. Allseitiges Erscheinen ist notwendig. —

Borne, 8. Februar. (Eine Volksvereins-Versammlung) fand am Sonntag statt. Genosse Wizorowski sprach über die politische Lage und erntete großen Beifall. Aufnahmen im Volksverein wurden gemacht. Als Kandidat zu der Gemeinderatswahl wurde Genosse Linde einstimmig aufgestellt. Nächsten Sonntag findet in Borne und Bisdorf eine intensive Hausagitation für den Volksverein, die Gewerkschaftsverbände, für die „Volksstimme" und die „Landpost" statt. —

Burg, 8. Februar. (Zu einer gewaltigen Kundgebung der Burger Arbeiterschaft) gegen die Staatsstreichgelüste der Junker und gegen das Monstrum der Wahlrechtsvorlage gestaltete sich die am Montag abend im „Grand Salon" abgehaltene Volksversammlung. Um 6 Uhr schon stellten sich die ersten Teilnehmer ein und gegen 7 Uhr war der Saal besetzt. Unaufhörlich aber strömten die Teilnehmer noch hinzu und um 8 Uhr faßte der Saal über 1800 Personen. Die Galerie, der anliegende Nebensaal waren dicht besetzt, auf der Bühne waren nur die Plätze für das Bureau und das Rednerpult unbesetzt, sonst standen auch um diese herum, dicht gedrängt, einige hundert Menschen. Die Versammlung wurde eingeleitet durch das von der Gesangsgruppe „Gutenberg" wirkungsvoll vorgetragene Lied „Empor zum Licht!". Genosse Ledebour begann seine Ausführungen über „Junkerfrechheit und Volkswille". An der Hand des Stenogramms schilderte Redner noch einmal ausführlich die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 29. Januar bis auf den Ausspruch des Junkers von Oldenburg-Januschau. Der Ausspruch dieses einen Junkers ist die in Worte gekleidete innere Ansicht des Junkertums überhaupt über Volksverfassung, Parlament und Militarismus. Der Militarismus ist ein Werkzeug der Junker, dessen sie sich zuerst bei einer etwaigen Verwirklichung ihrer Staatsstreichgelüste zu bedienen gedenken. Es kommt ihnen dabei ganz außerordentlich zugute, daß fast die gesamte bürgerliche Welt schon in der Uniform alle irdische Macht verkörpert sieht. Der Köpenicker legt davon Zeugnis ab. Nur in einem Staat, in dem die Beamten auf die Verfassung geschworen, der Offizier aber nur dem König Gehorsam schuldig ist, können die Junker das Volk so verhöhnen, wie sie es in letzter Zeit gewagt haben. Bei der Abstimmung, bei der es sich darum handelte, den Vizepräsidenten zu decken, hat sich gezeigt, daß sich ein neuer Byzantinerblock gebildet hat, mit dem wir künftig aller Voraussicht nach zu rechnen haben werden. Die Abstimmung sowie das ganze Auftreten der Junker zeigt deutlich, daß sich die Herren ihrer Macht sehr wohl bewußt sind und diese Position, unbekümmert um das Urteil der Oeffentlichkeit, gründlich für ihre Pläne auszunutzen bemüht sind. Redner geht dann auf die dem Volke servierte Wahlrechtsvorlage näher ein. So wie die Vorlage jetzt aussieht, ist sie für das Volk vollständig unannehmbar und bedeutet eine Verhöhnung, wie sie ärger nicht gedacht werden konnte. Wir schätzen die Vorlegen und Arbeiten der Regierung im voraus gewiß immer nicht hoch ein und versprechen uns niemals viel von ihr, diesmal dürfte sich aber auch der größte Teil von uns ganz gründlich enttäuscht sehen. Das Wagnis der Regierung, eine solche „Wahlreform" dem Volke zu präsentieren, muß mit einem Volkssturm, wie wir ihn noch nicht gesehen haben, beantwortet werden. Nur eine Bewegung aus der tiefsten Tiefe des Volkes heraus kann diese Vorlage mitsamt ihren Erzeugern fortschwemmen. Lang anhaltender Beifall folgte den humorvollen, deshalb aber nicht minder scharfen und treffenden Ausführungen des Redners. Gegner meldeten sich nicht zum Wort, eine Diskussion fand nicht statt. Ein kurzer energischer Appell des Genossen Gebhardt an die Anwesenden, beim nun kommenden Wahlrechtssturm genau so zahlreich zur Stelle zu sein und ein dreifaches brausendes Hoch auf das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht bildeten den Schluß der imposanten Versammlung. Unter den Klängen der Marseillaise, die die Versammelten sofort nach dem Schluß der Versammlung begeistert anstimmten, leerte sich allmählich in musterhafter Ordnung der Saal. —

Gardelegen, 8. Februar. (Die Junkerherrschaft.) Am 6. Februar fand hier eine äußerst stark besuchte Volksversammlung statt, die sich mit der Junkerherrschaft in Preußen und dem Fall Oldenburg beschäftigte. Der Referent, Genosse Mache (Magdeburg), verstand es in seinem 1½ stündigen Vortrag die jahrhundertelange Herrschaft des Junkertums scharf zu skizzieren. Mit dem Appell, die Armee des klassenbewußten Proletariats durch Beitritt in die sozialdemokratische Partei zu stärken, um diese volksfeindliche Kaste bald lahmzulegen, schloß Redner den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen noch einige Genossen, die sich besonders mit der vor kurzem stattgefundenen Kröcher-Versammlung beschäftigten, die bekanntlich sehr unglücklich für den Herrn Präsidenten des Junkerparlaments ausfiel. Nach dem Gesang der Wahlrechtsstrophe und einem Hoch auf die Sozialdemokratie und das Wahlrecht wurde die interessante Versammlung geschlossen. —

Genthin, 8. Februar. (Schiffbauer-Lohnbewegung.) Die Organisation der Schiffbauer zählt hier 33 Mitglieder. Jetzt soll sie die Feuerprobe bestehen, da bei drei Firmen in Genthin und Brettin Forderungen gestellt wurden. Verlangt wird, den Stundenlohn von 37 auf 42 Pfg. zu erhöhen und die Arbeitszeit im Sommer von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen; ein Verlangen, das vollauf gerechtfertigt erscheint in Anbetracht der schweren Arbeit. In Frage kommen 60 Mann, die gewillt sind, ihre Forderung durchzusetzen. Bedauerlich ist, daß es infolge der Gleichgültigkeit und Lauheit der auf der Habedankschen Werft in Altenplathow beschäftigten 40 Arbeiter

Steuermann Worringer.

Novelle von Luise Schulze-Brück.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und endlich war Worringer frei. Wie erlöst sprang er auf vom Ruderstuhl. Als er im Kahne saß, der ihn nach dem Ufer brachte, dehnte er die mächtige Brust. Nur die vielen frohen Menschen nicht mehr sehen, nicht mehr das Lachen hören. Im Gärtchen des kleinen Wirtshauses war's still und kühl. — Und der Wein, der vor ihm im großen Glase stand, war gut. Durstig stürzte er ihn hinunter. Die behäbige Wirtin brachte ihm Essen: Festbraten und Süßigkeiten. Er aß hastig alles hinunter. — Er spürte, daß er Hunger hatte, und daß er satt wurde. — Sonst nichts. —

Dann sah er plötzlich einen der Kauber Steuerleute vorbeigehen nach dem Rheine zu. — Mit dem Oelrock, reisefertig. — Er rief ihn an. —

Freilich, ein Extraschiff kam gleich von Koblenz herauf nach Bingen. — Um fünf Uhr würde es oben sein. Ach, wie es ihm einen Ruck gab. Um fünf Uhr. Da hatte er noch Zeit, nach der Kerb zu sehen, nach seiner Frau, nach dem Hessemer. — Und ohne Besinnen holte er hastig seine Sachen und fuhr mit. Auf der langen Fahrt aufwärts, während er im Stübchen des Kapitäns saß, um nur keinen Menschen zu sehen, kam ihm die Ueberlegung. Nein, es hatte gar keinen Zweck, heute um fünf Uhr den beiden nachzuspüren, am hellen Tage noch, erst beim Beginn der Luft. Sie würde mit dem Kind und den andern Frauen ganz harmlos bei den Buden sein oder auf einer Bank am Rheinufer. Und sie wußte ja, daß er jeden Augenblick zurückkommen konnte. — Aber morgen — morgen am Pfingstmontag, da würde er ihr sagen, daß er erst mit dem letzten Zuge heimkommen könne. — Und da wollte er sie belauschen, im Dunkel, außerhalb der blendenden Lichthelle bei den Buden oder am Rheinufer oder im Tanzsaal. Finden würde er sie, ungesehen selbst sehen. — Und dann ... Er wußte noch nicht, was dann geschah. Er wollte auch gar nicht daran denken, durfte nicht. Er fühlte, wie alles in ihm flammte und kochte. Und er mußte einen klaren Kopf behalten für seine zweite Fahrt. —

Als er in Bingen an Land ging, war der Trubel noch lauter. — Die Schiffe brachten Hunderte von Pfingstausflüglern, vom Bahnhof her strömten ganze Scharen, Vereine, lärmende Männer, junge Mädchen in weißen Kleidern. Von Rüdesheim herüber kamen Kähne mit Singenden, Jubelnden, die ihre Hüte auf dem Niederwald mit Eichenkränzen geschmückt hatten. — Unter am Budenplatz hatten sich all die Herrlichkeiten aufgetan, vom Karussell tönte die Musik einer großen Orgel, zuweilen durch Trompetengeschmetter verstärkt, in den Schießbuden knallte es, und am Glücksrad schrie ein Ausrufer unermüdlich mit heiserer Stimme die Nummern aus.

Steuermann Worringer ging am Ufer auf und ab zwischen den Hin- und Herwogenden. Rastlos suchten seine scharfen Augen. Aber er sah seine Frau mit dem Kinde nicht. Es war wohl noch zu früh. Sie trank noch Kaffee bei ihrer Mutter. Ob er einmal hinging?

Der Georg Hessemer schlenderte am Karussell umher wie einer, der auf etwas wartet, etwas sucht. Warum war er nicht mit den jungen Mädchen, die da zu zweien und dreien aneinandergedrängt, geputzt und vergnügt im Trubel mittrieben, immer zwei, drei junge Männer neben sich? Was hatte er zu warten, zu suchen?

Er spürte wieder, wie ihm die Zunge trocken im Munde wurde, und sah die rote Flamme vor den Augen. Und dann hörte er das grelle, laute Bimmeln der Schiffsglocke, all den Lärm übertönend, und sah ganz oben bei Rüdesheim das große, gelbe Schiff, das sich von der Landungsbrücke ablöste und auf Bingen zuhielt. Er mußte eilen, um an Bord zu kommen. — Und da, da kam seine Frau oben in der engen Straße, das Kind an der Hand. Ihre hellblaue Bluse leuchtete. Er konnte diese farbigen Fetzen nicht leiden, sie waren ihm auf den Tod zuwider. Sie sollte schwarze oder dunkle, solide Kleider tragen wie andre ehrbare Frauen, sich nicht aufputzen, nicht mit allerhand Kram behängen. Und jetzt hatte der Georg Hessemer ihn auch gesehen. — Freilich, er tat nicht so — er steckte die Hände in die Taschen und schlenderte weiter. Aber Worringer hatte den einen Blick wohl gesehen, den der andre die Straße hinaufwarf. Fort, nur fort jetzt! Was nützte es ihm, wenn er wartete oder ihr entgegenging —, sie nach Hause schickte. Er mußte ja weg! Das Schiff kam rauschend näher, schon drängten sich die Menschen an der Brücke zusammen ... Und wenn er den Hessemer stellte, der lachte ihn aus.

Noch einmal die Fahrt den Rhein hinunter mit all den Hunderten von lustigen, singenden, trinkenden Menschen. Noch einmal das Warten in Kauh in dem stillen Gärtchen und dann auf dem einsamen Bahnhof. Dann eine rasche Eisenbahnfahrt aufwärts, die doch dem Manne wie ein Schneckengang erschien. — Und dann die Ueberfahrt in überfüllten Nachen nach Bingen unter lauter überfröhlichen Kumpanen, die den letzten und allerletzten Pfingstdurst so reichlich gelöscht hatten, daß sie das Ueberfahrtsschiff verjäumten. — Und zwischen ihnen der Mann mit der sinnlosen, tobenden Wut im tiefsten Herzen.

Er kam nun zum drittenmal in den Pfingst- und Kirchweihtrubel. — Freilich, der Budenplatz lag jetzt still und dunkel, aber in den Wirtsgärten war's hell und laut. Aber Steuermann Worringer wußte einen stillen Platz, wo er den Durst löschen konnte, der ihn verzehrte. Und es war spät in der Nacht, als er endlich heimging.

Vor seinem Hause, das friedlich und dunkel lag, stand er einen Augenblick still und warf einen langen Blick nach dem Nebenhaus. Auch da war's dunkel. Die beiden Häuser waren fast unter einem Dache, das eine genau gebaut wie das andre. Zwei Brüder hatten sich da ihre Wohnstätte errichtet vor fünfzig Jahren! — Und heute!

Steuermann Worringer fühlte, daß seine Zähne zusammenschlugen in der warmen Mainacht. Er schloß die Tür auf. Ein kleines Lämpchen leuchtete matt. Die Tür zur Schlafkammer stand offen. Ach, sie war wieder oben in der Giebelstube mit dem Kinde. — Das tat sie jedesmal, wenn er länger ausblieb, seit sie einmal vor ihm geflüchtet war, als er spät aus dem Wirtshaus heimkam. — Die Türklinke bog sich fast unter seiner zufassenden Faust. — Mit einem schweren Fluche ging er in die Kammer.

(Fortsetzung folgt.)

nicht möglich war, auch dort energische Schritte zur Besserung der Lage der dort Beschäftigten zu tun. Durch zähe Agitation wird es auch möglich sein, diesen zu lehren, daß nur eine Organisation, welche alle Mitglieder umfaßt, imstande ist, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. —

Groß-Salze, 8. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Das Ortsstatut zum Schutze der Stadt gegen Verunstaltung wurde dem Magistrat wieder zurückgegeben mit dem Ersuchen, das Ortsstatut mit der in Aussicht gestellten baupolizeilichen Verordnung vorzulegen. Da in Schönebeck ein gemeinsames Amtsgericht erbaut wird, hat der Justizfiskus der Stadt das alte Gefängnis in der Marktstraße für 1200 Mark zum Kauf angeboten mit der Bedingung, daß der Turm des Gefängnisses als historisches Baudenkmal stehenbleiben muß. Das Gefängnis soll, weil es den Verkehr hindert, abgetragen werden und durch den Turm soll ein Durchgang gebaut werden. Die Vorlage wird zurückgegeben. Der Magistrat soll mit dem Justizfiskus verhandeln, um die Klausel betreffs des Turmes auszumerzen. Die Sparkassenrechnung für 1908 wird mit 1 478 000 Mark Einnahme und 1 458 000 Mark Ausgabe festgestellt. die Armenkasse mit 8847 Mark. Die Rechnung der Wasserwerkskasse wird mit 52 000 Mark Einnahme und 40 000 Mark Ausgabe und einem Bestand von 11 000 Mark festgestellt. Die Rechnung der Kämmereikasse wird in Einnahme mit 434 000 Mark und in Ausgabe mit 403 000 Mark festgestellt. An Bürgergeld wurden 1538 Mark eingenommen. Der Nachfolgerin des Abdeckers Klein werden zur Vernichtung verworfener Fleischteile 50 Mark bewilligt. Ein Geselle des Abdeckers Klein hat von abgeliefertem Vieh Wurst hergestellt, nach seiner Aussage für sich selbst. Die Dringlichkeit eines Antrags wegen der Beleuchtung des Durchbruchs wird anerkannt. Der Magistrat wird ersucht, dort bald Abhilfe zu schaffen und die Lampe auch des Morgens brennen zu lassen. —

Halberstadt, 8. Februar. (Eine öffentliche Versammlung der Fleischer) fand am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshaus statt. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Hensel (Berlin) über „Die Berufslage der Fleischer" trat eine Anzahl Fleischer dem Verband bei, so daß die Zahlstelle jetzt über 60 Mitglieder zählt. In ziemlich kurzer Zeit ist es somit durch eine rührige Agitation gelungen, eine recht beträchtliche Zahl der Fleischergesellen für die Organisation zu gewinnen. Daß in diesem Beruf eine Organisierung der Arbeiter dringend notwendig ist, beweisen die unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die nicht nur bei den Meistern, sondern auch in den Wurstfabriken einer Verbesserung bedürfen. Daß die vorwärts strebende junge Bewegung von den Fleischermeistern und Wurstfabrikanten nicht gern gesehen wird, ist unter Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse begreiflich. Von jener Seite wird alles versucht, der Organisierung Schwierigkeiten zu bereiten. Durch die Maßregelung eines Fleischers glaubte man offenbar den Organisationsgedanken bei den Fleischern vernichtet zu haben. Die Urheber der Entlassung müssen jetzt zu ihrer Betrübnis einsehen, daß sie mit solchen Mitteln nichts ausrichten können. Die Fleischergesellen in Oschersleben hatten auch ihr Erscheinen in Aussicht gestellt. Inzwischen war aber der Wurstfabrikant in Oschersleben nicht untätig gewesen, so daß nicht ein Fleischer dieses Betriebs die Versammlung besuchte. Der Werkmeister der Fabrik soll am Bahnhof in Oschersleben gestanden haben, um jedenfalls die organisationslüsternen Fleischergesellen von der Fahrt nach Halberstadt abzuhalten. Auch das wird den Zusammenschluß der Fleischer nicht verhindern. —

— (Die Annahme verweigert.) Die Versammlung der Arbeiter der Dehneschen Maschinenfabrik, über deren Verlauf in der „Volksstimme" berichtet wurde, hatte die Organisationsleitungen beauftragt, geeignete Maßnahmen in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Daraufhin wurden die Forderungen der Arbeiter per Post eingesandt. Dem Absender des Schreibens wurde dasselbe mit dem Postvermerk „Adressat verweigert die Annahme" wieder zugestellt. Die Firma sollte es wirklich unterlassen, mit dem Feuer zu spielen und durch ein derartiges Verhalten die Empörung der Arbeiter noch zu schüren. Ob sie sich das gefallen lassen werden, kann man mit Fug und Recht bezweifeln. —

Loburg, 8. Februar. (Eine Probe vom Mute der Konservativen.) Der Generalsekretär der konservativen Partei für die Provinz Sachsen, Herr Plehwe aus Halle, hat sein Debüt im Wahlkreis Jerichow 1 und 2 beendet. Sechs Reden hat er gehalten und ebensoviel Reinfälle hat er seiner Partei und sich zugezogen. In Gommern blieb er unbehelligt, in Biederitz sorgten die Genossen Beims und Gebhardt dafür, daß von seinen Ablesungen nichts übrigblieb, als ein fast einstimmiges Votum der Versammlungsteilnehmer **gegen** die Konservativen, in Niegripp wurde er vom Genossen Haupt mitsamt dem Landtagsabgeordneten v. Wulffen heimgeschickt, in Zeppernick und Kosian konnte er dann wieder ungestört sein Sprüchlein hersagen und in Loburg endlich hat er von seinen eignen Gesinnungsgenossen eine wohlverdiente Abfuhr erhalten. Von den vielleicht 60 Anwesenden mögen zehn der Partei des Herrn Plehwe angehört haben, der größte Teil der übrigen, wie der Anwesenden überhaupt, waren Sozialdemokraten. Seiner üblichen Vorlesung hängte diesmal Herr Generalsekretär Plehwe die Mahnung an, seine Parteifreunde möchten die konservative Presse lesen, sie möchten es so machen wie die Sozialdemokraten, die ihrer Presse überall Eingang verschafft hätten. Als nach dem Sermon der Genosse Haupt ums Wort bat, stand Held Plehwe auf und deklamierte, die Versammlung sei eine konservative Vereinsversammlung, Sozialdemokraten hätten in ihr eigentlich überhaupt nichts verloren, er sei dafür, daß Haupt das Wort nicht erhalte. Wenn aber Herr Plehwe glaubte, eine Diskussion verhütet zu haben, so hatte er sich geirrt. Der Gerbermeister Uhmann, zugleich Stadtverordneter in Loburg, erklärte rundheraus, daß er, solange er Gelegenheit zum Wählen gehabt, konservativ gewählt habe, damit sei es nach den letzten Taten der Konservativen aber endgültig vorbei. Er bedaure sehr, daß in dieser Versammlung nicht auch Angehörige anderer Parteien zu Worte kämen, sie sei doch keine Vereinsversammlung, sondern eine öffentliche, das habe ihm der Herr Bürgermeister selbst gesagt. — Da der anwesende Herr Bürgermeister [illegible] sich hiergegen nicht verwahrte, so steht also fest, das ergab übrigens ja auch die Anwesenheit zweier Ueberwachender, daß die Versammlung eine öffentliche gewesen ist und daß Referent und Leiter sich durch unrichtige Angaben vor einer Diskussion schützen wollten. Die öffentliche Stimmabgabe beim Dreiklassenwahlrecht versuchen sie damit zu rechtfertigen, daß dabei eine Probe gewissermaßen auf den Mut der Wähler gemacht werde, und sie selbst stellen die verwerflichsten Behauptungen auf den Kopf, nur um einen Gegner nicht anhören zu müssen. Wenn Herr Plehwe jetzt das Fazit seiner „Agitationstour" zieht, dann wird er ein erhebliches Manko vorfinden. Zum Schluß gab's sogar eine Zurechtweisung durch einen Gesinnungsgenossen. Die eigentliche Quittung dürfte allerdings noch ganz anders aussehen. —

Oschersleben, 8. Februar. (Die Wahl.) Bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenergänzungswahl der 3. Abteilung wurden insgesamt 462 Stimmen abgegeben. Für unsern Genossen Brandt wurden 209 Stimmen abgegeben, es fehlten ihm 7 Stimmen an der absoluten Majorität. Rentier Tisch erhielt 93 und Agent Heinemann 130 Stimmen. In der 2. Abteilung wurde für den bisherigen Stadtv. Bankier Heine, der sein Mandat niedergelegt hat, der [illegible] Thormeyer mit 60 Stimmen gewählt. Zwischen Brandt und Heinemann hat [illegible] Stichwahl stattzufinden. [illegible] Wir werden [illegible] das Möglichste aufbieten, um unsern Genossen Brandt in der Stichwahl durchzubringen. [illegible] Leider müssen wir feststellen, daß bei den [illegible] es die Maurer und Zimmerleute sind, die vom Wahlrecht wenig Gebrauch gemacht haben. Hoffentlich werden sie das Versäumte bei der Stichwahl nachholen. [illegible] der Bürgervereinsvorsitzende mit der Kandidatur Tisch. [illegible] die Kandidatur Heinemann und besonders die Beamten aller Grade eingetreten. [illegible] Gelegenheit, uns damit noch näher zu bekennen. Es muß nun unsere Aufgabe sein, diejenigen Arbeiter noch mobil zu machen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben, es ist dies noch immer eine große Zahl. Der Sieg muß am Stichwahltag unser sein, denn er gehört der Arbeiterschaft. —

Salzwedel, 8. Februar. (In Verlegenheit) scheint Herr Neukranz (Chemische Fabrik) durch die Arbeitseinstellung seiner Arbeiter gekommen zu sein. Am Montag morgen hat er an die ihm bekannten Arbeiter folgendes Schreiben gerichtet:

Herrn N. N.

Sie haben sich zur Arbeit bei mir gemeldet, und ich teile Ihnen mit, daß Sie jetzt für dauernd bei mir Arbeit erhalten können zu den bekannten hohen Löhnen.

Sie brauchen sich durch die ausständigen Arbeiter des sogenannten Verbandes nicht einschüchtern zu lassen, dieselben dürfen Ihnen nichts tun, und der Weg zur Fabrik ist zunächst morgens, mittags und abends durch Polizei besetzt.

Hochachtungsvoll G. Neukranz.
Kühn.

Die liebe Polizei, wenn sie nicht wäre! Ob sie aber Herrn Neukranz in diesem Falle nützt, wollen wir erst einmal abwarten. Vom Postenstehen allein wird keine Arbeit fertig. —

Schönebeck, 8. Februar. (Wahlprotest.) Dem Beschwerdeführer gegen die am 22. November stattgefundene Stadtverordnetenwahl ging vom Bezirksausschuß u. a. folgendes Schriftstück zu:

Auf den von dem Gewerkschaftsbeamten Otto Bremer zu Schönebeck unterm 21. 12. 09 erhobenen Einspruch gegen die Gültigkeit der am 22. 11. 09 stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen erwidere ich folgendes:

Der in Abschrift anliegende Einspruch des p. Bremer vom 8. 12. 09 ist von der Stadtverordneten-Versammlung durch Beschluß vom 9. 12. 09 als unbegründet zurückgewiesen worden, da die Stadtverordneten-Versammlung weder durch die Einladung zur Wahl noch durch das Verfahren bei der Wahl eine Beeinflussung der Wähler erblicken konnte.

Bis einschl. 1905 erfolgte die Einladung der Wahlberechtigten zur Stadtverordnetenwahl außer durch die Bekanntmachung in den amtlichen Zeitungen noch durch besondere Einladungsschreiben, in welchen die ausscheidenden Stadtverordneten sowie die im Amte bleibenden genannt wurden und in welchen darauf hingewiesen wurde, daß die Ausscheidenden wieder wählbar seien.

1907 erfolgte die Einladung nur durch die amtlichen Zeitungen, auch hier wurden die Ausscheidenden als wieder wählbar bezeichnet.

Zur Erleichterung des Wahlgeschäfts und zur Legitimierung der Wähler wurde bei der letzten Stadtverordnetenwahl allen Wahlberechtigten eine gedruckte Mitteilung über Tag und Stunde der Wahl zugesandt, welche wieder die Namen der Ausscheidenden und daß sie wieder wählbar seien enthielt.

Eine Beeinflussung der Wähler kann hierin nicht erblickt werden; zumal eine Empfehlung von Wahlkandidaten nicht stattgefunden hat und selbst diese nach einer Entscheidung des Oberverw.-Gerichts I vom 15. 7. 39 (Preuß. Verw.-Blatt J. 15., S. 72) als unzulässige Wahlbeeinflussung nicht angesehen werden kann.

Zu der zweiten und letzten Behauptung des p. Bremer äußert sich der Wahlvorstand in folgender Weise: Es ist richtig, daß verschiedene Wähler, bürgerliche sowohl als sozialdemokratische, vor dem Wahltisch entweder perplex waren, daß sie im Augenblick die Namen ihrer Kandidaten nicht zu nennen wußten, oder mit der Redensart: „Sie wissen ja, wen ich wähle", keinen Namen nannten. Ich bedeutete in jedem Falle, daß sie, die Wähler, Namen zu nennen haben, habe wohl auch in drei bis vier Fällen die Zettel zurückgegeben, um den Wahltisch vom Gedränge freizubekommen und das Wahlgeschäft zu erleichtern. In einem Falle — es handelte sich um einen Taubstummen — ist im Einverständnis mit dem gesamten Wahlvorstand gestattet, daß die Namen schriftlich angegeben wurden. Der Taubstumme Liebke gab durch allgemein verständliche Gestikulationen zu erkennen, daß dies die Leute seien, die er wählen wollte. Hierauf habe ich diese Namen laut verlesen, unter zustimmendem Kopfnicken des p. Liebke.
gez. Hirschfelder.

Das Oberverw.-Gericht II hat unterm 14. 11. 96 in zwei ähnlichen Fällen entschieden, daß in dem geübten Verfahren eine Beeinflussung der Wahl durch den Wahlvorstand nicht zu erblicken sei.

Ich bitte, den p. Bremer mit seinem Einspruche abweisen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Hoyer.

Auf die Entscheidung des Bezirksausschusses darf man gespannt sein. —

— (Die erste Kartellsitzung) im neuen Jahre findet am Donnerstag bei Haacke statt. —

Staßfurt, 8. Februar. (Der Volksverein) hält seine nächste Versammlung im „Fürstenhof" ab, und zwar am Donnerstag. Hoffentlich übt das neue Lokal, das so prächtig eingeweiht worden ist auch auf die Volksvereinsmitglieder eine anziehende Wirkung aus. Leider mußte man bis jetzt sagen, daß die organisierten Parteigenossen und -genossinnen den Verhandlungen ihrer Organisation nicht das Interesse entgegenbrachten, das sie verdienten. Es wäre zu wünschen, daß mit der Wendung der Dinge in bezug auf das Lokal auch eine Wendung in bezug auf den Besuch einträte. Gerade in dieser Zeit außerordentlicher politischer Erregung und Aufpeitschung ist es für jeden Parteigenossen notwendig, die Stätte der politischen Diskussion regelmäßig zu besuchen und an dem inneren Leben der Partei regen Anteil zu nehmen. —

— (Ein unbedeutendes Schadenfeuer) in der Salinenstraße alarmierte Montag nachmittag wieder einmal nicht allein die Feuerwehr, sondern auch die ganze Stadt. Als die Feuerwehr zur Brandstelle kam, fand sie nichts mehr zu tun vor und rückte wieder ab. Der viele Lärm war also wieder einmal für nichts gewesen. —

— (In den letzten Kartellsitzungen) hob der Vorsitzende hervor, daß die Gründung der Innungskrankenkassen in Leopoldshall vollständig gescheitert ist. Die Delegierten lehnten gegen zwei Stimmen den Anschluß an den Magdeburger Bezirksmaifonds ab auf Grund der Resolution Absatz 4 des Leipziger Parteitags, weil das Wirtschaftsgebiet den Delegierten zu groß erscheint. Die Inanspruchnahme der Bibliothek war sehr zufriedenstellend. Der Auskunftsbeamte, Genosse Strauhold, hob hervor, daß Eltern niemals ihre Kinder in solche Betriebe schicken sollten, wo die Lehrlingszüchterei zu groß ist. Der Geschäfts- und Kassenbericht wird bei Berg u. Schulze in Halberstadt in Druck gegeben. Die Schneider und Dachdecker haben sich dem Kartell angegliedert. Die Boykottkommission erstattete über den Sieg Bericht. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 311,95 Mark, die Ausgabe 253,65 Mark, der Reservefonds beträgt 769,91 Mark. Als erster Vorsitzender wurde Genosse Penicke, als Kassierer Genosse Weißig und als Schriftführer Genosse Ockert wiedergewählt. Als Auskunftsbeamter fungiert Penicke. Revisoren sind Bethge, Holz und Schäper. Der Herbergskommission gehören Grothe, Hacke, Ockert. Wegen Arbeitsüberbürdung legte der bisherige erste Vorsitzende, Genosse Nehler, nach 10jähriger Tätigkeit sein Amt nieder. Ihm zu Ehren erhoben sich sämtliche Delegierte von ihren Plätzen. —

Vereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Alte Neustadt. Mittwoch den 9. Februar, abends 8½ Uhr, Sitzung der Kassierer und Obmänner [illegible]. —

Freie Gast- und Schankwirte. Mittwoch nachmittag 3½ Uhr bei [illegible], Bernburger Straße [illegible]. 1088

Vorortsangs-Sängerchor. Jeden Mittwoch, abends pünktlich 8½ Uhr, Uebungsstunde in der „Bürgerhalle". Auschenhauerufer 27/28.

Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark") Mittwoch; Abt. Buckau („[illegible]") Mittwoch; Abt. Sudenburg („Zerbster Bierhalle") Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch") Freitag; Abt. Alte Neustadt („[illegible]") Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachsenhof") Freitag; Abt. Rotensee (Hermanns Lokal) Donnerstag; Abt. Reitzendorf (beim [illegible]) Dienstag. 912

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg, Abt. Altstadt. Mittwoch den 9. d. M., abends 8½ Uhr, Komiteesitzung im „Sachsenhof".

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Mittwoch den 9. d. M. abends 8½ Uhr, bei Lüchtefeld Sitzung des erweiterten Vorstandes und der Vergnügungs-Kommission. — Sonnabend den 12. Februar, abends 8½ Uhr, Generalversammlung in der „Neuen Welt".

Wolmirstedt. Arbeiter-Gesangverein. Mittwoch abend Uebungsstunde. 1093

Schönebeck. Kartellsitzung Donnerstag den 10. d. M., abends 8½ Uhr, bei Haack (Bürgerhaus). 1095

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	4. Febr.	+ 0.05	5. Febr.	+ 0.06	—	0.01
Laun	„	+ 1.21	„	+ 1.06	0.15	—
Budweis	„	— 0.04	„	— 0.05	0.01	—
Prag	„	—	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	6. Febr.	+ 1.25	7. Febr.	+ 1.30	—	0.05
Weißenfels Untp.	„	+ 0.76	„	+ 0.70	0.06	—
Trotha	„	+ 2.20	„	+ 2.20	—	—
Alsleben	„	+ 1.82	„	+ 1.92	—	0.10
Bernburg	„	+ 1.46	„	+ 1.50	—	0.04
Kalbe Oberpegel	„	+ 1.69	„	+ 1.69	—	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 1.26	„	+ 1.26	—	—
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	6. Febr.	+ 0.27	7. Febr.	+ 0.28	—	0.01
Elbe.						
Pardubitz	4. Febr.	— 0.32	5. Febr.	— 0.32	—	—
Brandeis	„	+ 0.28	„	+ 0.27	0.01	—
Melnik	„	+ 0.03	„	+ 0.06	—	0.03
Leitmeritz	„	+ 0.11	„	+ 0.12	—	0.01
Aussig	6. „	+ 0.31	7. „	+ 0.29	0.02	—
Dresden	„	— 1.07	„	— 1.12	0.05	—
Torgau	„	+ 1.04	„	+ 1.06	—	0.02
Wittenberg	„	+ 2.06	„	+ 2.06	—	—
Roßlau	„	+ 1.42	„	+ 1.40	0.02	—
Barby	„	+ 1.80	„	+ 1.77	0.03	—
Schönebeck	„	—	„	+ 1.62	—	—
Magdeburg	7. „	+ 1.44	8. „	+ 1.40	0.04	—
Tangermünde	6. „	+ 2.44	7. „	+ 2.40	0.04	—
Wittenberge	„	+ 2.34	„	+ 2.22	0.12	—
Broda-Dömitz	„	+ 1.86	„	+ 1.83	0.03	—
Lauenburg	„	+ 1.94	„	+ 1.93	0.01	—

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 7. Februar.

Aufgebote: Kaufmann Oskar Leps mit Margarete Apitz. Amtsgerichtssekretär Otto Schwerin in Jessen mit Irene Fuhrmann hier. Eisenbahn-Assistent Gust. Schroeder mit Selma Scholz. Geschäftsführer Fritz Karl Artur Nette hier mit Lina Emma Berta Elfriede Muhlert in Unna.

Geburten: Liselotte, T. des Arbeiters Friedrich Brauer. Anneliese, T. des Lokomotivheizers Gustav Voigt. Hermann, S. des Schiffers Hermann Winckler.

Todesfälle: Witwe Wilhelmine Rehl geb. Fehse, 70 J. 25 T. Witwe Auguste Schorling geb. Niethe, 65 J. 11 M. Kaufmann Ad. Helbig, 58 J. 9 M. 24 T. Emma geb. Gehrling, Ehefrau des Rektors Hermann Schaper, 47 J. 1 M. 26 T. Hausdiener Richard Schrader, 31 J. 2 M. 6 T. Rangiermeister Friedrich Blume aus Klein-Wanzleben, 47 J. 3 M. 17 T. Handlungs-Reisender Joh. Fox, 23 J. 5 M. 14 T. Kurt, S. des Kutschers Friedrich Karnbach, 4 J. 4 M. 3 T. Erich, S. des Arbeiters Fritz Mahlfeldt, 1 J. 5 T. Gertrud, unehel., 8 M. 9 T. Käthe, T. des Steinsetzers Karl Fried, 5 M. 23 T. Herbert, S. des Bäckermeisters Paul Wange, 1 M. 18 T. Totgeb. S. des Buchdruckers Gustav Schulze.

Sudenburg, 7. Februar.

Eheschließung: Torpedoobermaschinistenmaat Paul Weißenstein in Wilhelmshaven mit Anna Bormann.

Geburt: Hans, S. des Arbeiters August Schröder.

Todesfälle: Witwe Dorothee Wagenführ geb. Reinhardt, 63 J. 19 T. Bote Ferdinand Wallstab, 47 J. 4 M. 9 T.

Buckau, 7. Februar.

Aufgebote: Maschinenzeichner Otto Bürger mit Anna Voigt. Sanitäts-Sergeant Willi Strutz mit Anna Schmidt. Hausdiener Ernst Trautner mit Anna Wolfram.

Geburten: Kurt, S. des Lokomotiv-Hilfsheizers Otto Sterdt. Alexander, S. des Bohrers Anton Sobkowiak.

Todesfall: Arb. Karl Keune, 49 J. 6 M. 2 T.

Groß-Ottersleben, vom 16. bis 31. Januar.

Aufgebot: Arbeiter Christ. Leonhardt mit Marie Fischer geb. Ehrecke.

Eheschließungen: Schlosser Herm. Reichardt mit Elisabeth Albrecht in Benneckenbeck. Arbeiter Wilh. Eiserbeck in Osterweddingen mit Anna Bodendorf hier. Fabrikarbeiter Herm. Thauß mit Anna Koch in Benneckenbeck. Buchhalter Adolf Linke in Klein-Wanzleben mit Martha Grunert hier.

Geburten: Herbert, S. des Schachtmeisters Herm. Kaufmann. Friedrich, S. unehelich. Martha, T. des Blechschmieds Wilh. Zehnpfund. Erna, T. des Zimmermanns Friedrich Böhmer, Benneckenbeck. Erich, S. des Steinsetzers Wilhelm Herrmann. Richard, S. unehelich. Ernst, S. unehelich, Benneckenbeck. Paul, S. unehelich. Albert, S. des Schlossers Andr. Sehmsdorf. Wilhelm, S. des Schuhmachers Ludwig Kiewel, Lemsdorf. Otto, S. des Arbeiters Wilhelm Rohland. Frida, T. unehelich. Frida, T. des Modelltischlers Richard Beyrich, Lemsdorf. Karl, S. unehelich, Lemsdorf. Heinz, S. des Schlossers Hermann März. Lotti, T. unehelich. Erich, S. des Tischlers Andr. Niemann. Annemarie, T. des Kassierers Friedrich Brünig, Lemsdorf. Martha, T. des Maurers Gustav Herbst, Benneckenbeck. Gertrud, T. unehelich, Benneckenbeck. Alice, T. unehelich. Karl, S. des Arbeiters Friedrich Wilke. Otto, S. unehelich.

Todesfälle: Arbeiter August Wohlfahrt, 61 J. Arbeiter Wilhelm Spieth, 64 J. Frida, T. des Drehers Gustav Hey, Lemsdorf, 2 J. 4 M. 3 T. Erna, T. des Maurers Heinrich Hoff, Benneckenbeck, 3 M. 6 T. Erich, S. des Kernmachers Alb. Kley, 3 J. 4 M. 13 T. Lieschen, T. des Steinsetzers Franz Schick, 1 M. 10 T. Oskar, S. des Kernmachers Otto Haberhausse, 1 J. 11 M. 21 T. Frida, T. unehelich Benneckenbeck, 5 M. 15 T. Paul, S. des verstorb. Magazinarbeiters Paul Zerm, Lemsdorf, 2 J. 5 M. 27 T. Arbeiter August Fürstenberg, Benneckenbeck, 50 J. Walter, S. des Arbeiters Paul Reißig, Lemsdorf, 14 Std. Totgeb. T. des Arbeiters Paul Stoppa.

Aschersleben.

Aufgebote: Arbeiter Otto Staub mit Anna Jahns. Bergarbeiter Otto Ficke mit Margarete Kümmel.

Geburten: S. des Arbeiters Joseph Larisch. S. des Bureauassistenten Paul Ecke.

Todesfälle: Geschirrführer Wilhelm Schröder, 64 J. 8 M. 5 T. Elli, T. des Bergarbeiters Paul Wetzel, 2 M. 2 T.

Schönebeck.

Eheschließung: Bäckermeister Anton Bischoff in Tornau mit Berta Richter hier.

Geburt: Karl Heinz, S. des Versich.-Inspekt. Friedr. Gertler.

Todesfälle: Elisabeth, T. des verst. Salinenarbeiters Johann Bochentin, 4 J. Elfie, T. des Fuhrmanns Franz Hesse, 2 J.

Staßfurt.

Eheschließungen: Chauffeur Karl Rauch mit Julianna Klos. Bergarbeiter Walter Schulze mit Luise Güttler. Bergmann Willi Wedler in Wathlingen mit Minna Hansen hier. Maurer Karl Wald in Schackstedt mit Helene Jahr hier.

Geburten: T. des Markscheiderzeichners Friedrich Reuter. S. des Arbeiters Louis Ziegler. Totgeb. T.

stück nebst den 16 Namen der ausgesperrten Sticker wurde dem Gemeindevorstand zur Aufbewahrung übergeben, mit dem Ersuchen, die Einhaltung des Beschlusses zu überwachen. Die Sticker legten gegen diese absonderliche Auftragserteilung der Unternehmer Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft in Auerbach ein. Die Amtshauptmannschaft erteilte hierauf den Bescheid, daß sie den Gemeindevorstand angewiesen habe, das Schriftstück unverzüglich zurückzugeben; gegen die Einreichung einer Abschrift von der Abmachung der Kontrolle über die erwirkte Geldstrafe, die der Gemeindekasse zufalle, habe sie aber nichts einzuwenden. Damit wird die Verhängung der schwarzen Liste über 16 rechtschaffene Arbeiter geradezu behördlich sanktioniert. Wenn schon Aufsichtsbehörden sich so leichten Herzens über bestehende Gesetzesgarantien hinwegsetzen, dann ist es kein Wunder mehr, daß für Unternehmer, Gendarm und Dorfbüttel das Koalitionsrecht der Arbeiter Luft ist.

Die neuen englischen Arbeitsbörsen. Am 1. Februar wurden die ersten 80 Arbeitsnachweise eröffnet. Insgesamt sind etwa 250 solcher „Arbeitsbörsen" vorgesehen, die sämtlich besondere Warte- und Engagementsräume enthalten; auch sollen alle durch besondere Telephonleitungen verbunden werden. Dem interlokalen Nachweis wird ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Nachweisleiter haben deshalb sogar die Ermächtigung, den mittellosen Arbeitsuchenden das Fahrgeld nach außerhalb vorzustrecken. In allen Orten, wo kein öffentlicher Nachweis besteht, wird die Verbindung mit dem nächsten Bureau durch die Postanstalten aufrechterhalten. Es ist sicherlich zu erwarten, daß der großzügige Plan des Ausbaues des öffentlichen Nachweises, für den die englische Regierung, natürlich nur durch den Druck und Einfluß der Arbeiterpartei auch reichliche Mittel bereitgestellt hat, wesentlich dazu beitragen wird, neben einer immerhin beträchtlichen Linderung der Arbeitslosigkeit insbesondere eine genaue Uebersicht und dadurch das Studium des Arbeitsmarktes zu ermöglichen. Diese Arbeitsbörsen werden daher auch wohl nicht mit Unrecht als die Vorläufer der staatlichen Arbeitslosenunterstützung angesehen. —

Kr. **11. Verbandstag der Maurer Deutschlands.** Am 7. Februar trat im „Volkshaus" in Leipzig der Verbandstag der Maurer zusammen. Er ist von 267 Delegierten, Vorstandsmitgliedern und Gaubeamten besucht. Der Zimmererverband hat die Genossen Schrader und Laue, der Verband der Isolierer und Steinholzleger die Genossen Lange und Prenke als Vertreter gesandt. Auch die Bruderorganisationen Frankreichs, Italiens, Oesterreichs, der Schweiz, Belgiens und Hollands sind vertreten.

Verbandsvorsitzender Bömelburg erstattete den Vorstandsbericht. Im Jahre 1909 sind Statistiken aufgenommen worden, um den Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Das Ergebnis ergab ein erschreckendes Bild von der Wirkung der Krise. Von den Mitgliedern des Verbandes waren im

Januar 1909 . .	62,67	Prozent
Februar 1909 . .	62,46	„
März 1909 . . .	21,43	„

arbeitslos. Auch in den Sommermonaten betrug die Arbeitslosigkeit in den Großstädten immer noch zirka 20 Prozent. Sie stieg dann schon im November auf 23,11 Prozent und im Dezember auf 29,08 Prozent. Für die begeisterten Anhänger einer Arbeitslosenunterstützung sind diese Zahlen nicht verlockend. Es würde sich hier um ganz ungeheure Summen handeln. Bei 60 Prozent der Arbeitslosen hatte die Arbeitslosigkeit ihre Ursache in dem herrschenden Arbeitsmangel. Die Krise hat natürlich auch auf den Mitgliederstand eingewirkt. In den Jahren 1904 bis 1906 betrug der Mitgliederzuwachs je 27 000, im Jahre 1907 aber bloß 9000, so daß damit der höchste Stand von 192 000 Mitgliedern erreicht wurde. 1908 ging es aber wieder abwärts. Im Jahre 1909 ist es dann allgemein aufwärts gegangen, und so kann jetzt gesagt werden, daß der Verband die Krise gut überstanden hat. Noch 1908 hatte er einen Kassenüberschuß von einer Million Mark, der allerdings 1909 wegen der gewaltigen Kämpfe auf 450 000 Mark zurückging. Lohnbewegungen wurden 1909 429 geführt, die 4750 Unternehmer und 524 434 Gesellen betrafen. Davon wurden erledigt: 180 Fälle durch Verhandlungen, 25 Fälle durch stillschweigende Bewilligung, 60 Fälle durch Zurückziehung der Forderungen, 164 Fälle durch Arbeitseinstellung. Von diesen Lohnbewegungen hatten 162 vollen Erfolg, 166 teilweisen Erfolg, 101 keinen Erfolg. Lohnerhöhung wurde für 39 987 Personen, Arbeitszeitverkürzung für 4451 Personen erzielt. 214 Tarifverträge wurden abgeschlossen. Die Lohnbewegungen sind zurückgegangen, aber wenn wir alle Hemmnisse berücksichtigen, können wir sagen, daß das Jahr 1909 nicht nur gewaltige, sondern auch erfolgreiche Lohnbewegungen gebracht hat. Die Krise war so stark wie kaum eine zuvor, und wenn es gelang, im Baugewerbe Lohnreduzierungen zu verhindern, so ist das ein großer Erfolg der Organisation. Den Bericht der Redaktion des „Grundsteins" gibt Winnig (Hamburg). Die sozialpolitischen Artikel müßten etwas zurücktreten, ein Mangel, der aber durch die gute Verbreitung der Parteipresse wieder abgestellt wird. Wir verurteilen den Schritt, durch den sich Calwer außerhalb der Partei stellte, haben uns aber trotzdem nach mehrfachen Erörterungen nicht entschließen können, auf den Abdruck der wirtschaftlichen Berichte zu verzichten. Es besteht in diesen Fragen ein großes Bedürfnis nach Aufklärung; die Calwerschen Artikel aus dem „Korrespondenzblatt" sind ein gutes Mittel dazu.

Darauf wird in die Debatte über den gesamten Vorstandsbericht eingetreten.

Heilmann (Altenburg) tritt für die Arbeitslosenunterstützung ein.

Fink (Koswig) hält die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unmöglich. Das würde eine Verdopplung der Beiträge erfordern und dadurch müßte der Verband zum Ruin geführt werden, oder der Klassenkampfcharakter würde verloren gehen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Heise (Bernau): Wir sind Sozialdemokraten und verlangen, daß sich unsre Mitarbeiter mit der gesamten Arbeiterbewegung solidarisch erklären.

Däumig (Berlin) tritt für die Arbeitslosenunterstützung ein, wodurch besonders auch aus den kommunalen Unterstützungen nach dem Genter System Nutzen gezogen werden könnte. (Beif.)

Bauersfeld (Leipzig): Die Leipziger seien nicht aus Mangel an Opferfreudigkeit gegen die Erhöhung der Beiträge.

Junold (Leipzig) rügt einen Artikel im „Grundstein", in dem die Maifeier, anstatt propagiert zu werden, beeinträchtigt worden sei. Es wäre, meint der Redner, bedauerlich, wenn es in der deutschen Sozialdemokratie nicht genug Leute geben sollte, um bürgerliche Mitarbeit zu vermeiden. Begreiflich ist ja der Standpunkt der Redaktion, da der Redakteur selbst Mitarbeiter von Organen ist, die außerhalb der Kontrolle der Partei stehen. Die wirtschaftlichen Artikel der „Leipziger Volkszeitung" sind den Calwerschen durchaus ebenbürtig, ein Beweis, daß es Leute in der Partei gibt, die das Notwendige leisten können.

Lehmann (Dresden): Nach den jetzt veröffentlichten Zahlen kann man überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung fordern. —

Kr. **11. Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.** Im kleinen Saale des Volkshauses begann in Leipzig am 7. Februar der elfte Verbandstag des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Anwesend sind 85 Delegierte, 15 Gauleiter, 4 Vertreter des Vorstandes und je einer des Ausschusses und der Redaktion des „Bauhilfsarbeiters". Die österreichische Bruderorganisation hat Klanda (Wien) als Vertreter entsandt. Verbandsvorsitzender Behrendt (Hamburg) führte in seiner Eröffnungsrede aus: Fünf Jahre sind verflossen, seit wir zum letztenmal in Leipzig tagten. Diese fünf Jahre sind an der Organisation und an den Personen nicht spurlos vorübergegangen. Auf dem Verbandstag in Leipzig hatten wir 39 000 Mitglieder, beim nächsten Verbandstag konnten wir 84 000 zählen. Es wurde uns von dem Vertreter der Maurer gesagt, wenn die Notwendigkeit einer Verschmelzung vorliegt, dann bieten wir die Hand. Es wurde aber bezweifelt, daß diese Notwendigkeit vorhanden sei. Heute wissen wir aber, daß diese Notwendigkeit des Zusammenschlusses schon damals vorlag. Und es wäre nur gut gewesen, wenn der Zusammenschluß schon vor Jahren stattgefunden hätte. (Zustimmung.) Wir mußten im vergangenen Jahre alles tun, um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unsrer Kollegen hintenanzuhalten. Die Arbeitgeberorganisation hat sich in den letzten Jahren gestärkt. Sie will nun den Entscheidungskampf über das Herr-im-Hause-Sein herbeiführen. Das ist der zweite Grund, daß wir den Verbandstag jetzt schon einberiefen. Wir werden in den nächsten Tagen darüber zu beraten haben, welche Wege wir einschlagen müssen, daß den Arbeitgebern ihr Plan nicht gelingt. In seinen mündlichen Ausführungen besprach Behrendt eine Reihe mehr interner Angelegenheiten. Er schilderte dabei auch den Fall Roche. Roche war früher Hilfsarbeiter im Hauptbureau, wurde dort entlassen und gab als Antwort darauf die Broschüre „Der rote Sumpf" heraus, in der er nicht nur gegen den Bauhilfsarbeiterverband, sondern auch gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen loszog. Wegen der gegen den Bauhilfsarbeiterverband bzw. dessen leitende Personen erhobenen Verleumdungen hat der Vorstand Klage erhoben. Roche verstand es bisher, die Verhandlung hinauszuziehen.

Den Kassenbericht gab Brandmohr (Hamburg), den Bericht der Redaktion Röske. Die Zeitung habe er im Interesse und im Geiste der modernen Arbeiterbewegung redigiert. Berichterstatter des Ausschusses ist Heidemann (Berlin). In der Berichtsperiode gingen beim Ausschuß neun Beschwerden wegen verweigerter Unterstützung, drei wegen Ausschlusses aus der Organisation und eine andrer Art ein.

Hoffmann (Bunzlau) klagt darüber, daß Verbände, mit denen die Bauarbeiter einen Kartellvertrag abgeschlossen haben, diesen nicht immer einhielten.

Zeisig (Hamburg) bespricht die Affäre Roche. Einen Teil von dem, was Roche in seiner Broschüre gebracht habe, unterschreibe er. (Pfuirufe.) Jawohl, einzelne Handlungen, die Roche erwähnte, sind vorgekommen.

Ahrens (Köln) polemisiert gegen Zeisig. Dieser habe doch schon früher als Hilfsarbeiter beim Hauptvorstand Gelegenheit gehabt, seine Vorwürfe dem Vorstand zu unterbreiten. Mit der Haltung des Verbandsorgans im letzten Jahre ist Redner nicht einverstanden.

Stampe (Bremen): Es ist am besten, wenn wir über die Affäre Roche nicht sprechen, damit geben wir Roche die größte Ohrfeige. Leider gibt es in den einzelnen Filialen noch mehr Roches, die die Organisation ungeheuer schädigen.

Krüger (Leipzig) verteidigt das Verhalten der Leipziger in den Affären Roche und Peters. Die Angriffe Zeisigs gegen den Hauptvorstand müßten von diesem aufgeklärt werden.

Eine ganze Reihe weiterer Redner beschäftigte sich noch mit den Affären Roche und Peters. Die ganze Debatte litt dadurch, wurde doch auf den Geschäftsbericht selbst sehr wenig eingegangen oder meist nur unwesentliche Sachen vorgetragen. —

Kleine Chronik.

Gnadengesuch einer zum Tode Verurteilten.

Die vom Schwurgericht in Güstrow wegen Ermordung der Opernsängerin Barthold zum Tode verurteilte Berliner Modistin Auguste Zobel hat, nachdem die Revision vom Reichsgericht verworfen worden, vor einigen Tagen ein von ihrem Verteidiger abgefaßtes Gnadengesuch an den Großherzog von Mecklenburg gerichtet. Eine Entscheidung hierauf ist noch nicht ergangen. —

Ein Justizirrtum.

Ein seltener Fall beschäftigte die Dortmunder Strafkammer. Der Arbeiter Otto Müller hatte ein Fahrrad gestohlen, er wurde erwischt und das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten vom Erscheinen entbunden. Wenn aber ein Angeklagter vom Erscheinen entbunden ist, dann darf gegen ihn nicht höher als auf sechs Wochen Gefängnis erkannt werden. Das Schöffengericht verurteilte den Müller aber zu sechs Monaten Gefängnis. Infolgedessen trat der seltene Fall ein, daß die Amtsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten Berufung einlegen mußte. Die Strafkammer mußte das schöffengerichtliche Urteil aufheben. Sie erkannte gegen den Angeklagten auf sechs Wochen Gefängnis. —

Eine grausame Tat.

Im November v. J. überfielen bei Essen zwei 14jährige Jungen einen 9jährigen, entkleideten ihn teilweise und brachten ihm mit einer verrosteten Gabel etwa 40 Stiche bei. Dann fesselten sie ihn an einen Baum, warfen ihm seine Jacke über den Kopf und überließen ihn seinem Schicksal. Am nächsten Tage wurde er halberstickt aufgefunden. Die Strafkammer verurteilte jetzt die beiden Burschen zu 8 Monaten bzw. 3 Wochen Gefängnis. —

Die Offenbacher Kindertragödie,

bei der, wie erinnerlich, sechs Schulkinder und ein jugendlicher Arbeiter, der sie retten wollte, ertranken, ist von einem Nachspiel begleitet gewesen. Die Eltern der Ertrunkenen beabsichtigten, gegen den Fiskus Klage auf Schadenersatz zu erheben und suchten bereits fünf Wochen nach dem Unglücksfall das Armenrecht am Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt nach. Das Gericht hat jetzt, wie aus Offenbach gemeldet wird, das Gesuch mit der Motivierung abgelehnt, daß die Klage aussichtslos sei. —

Vergebliche Aufopferung einer Mutter.

Auf dem Bahnhof Hennersdorf (Schlesien) wollte eine Frau ihre 8jährige Tochter, die in Gefahr war, von einer Rangiermaschine überfahren zu werden, retten. Sie zog dabei ihr 1jähriges Kind mit, und alle drei wurden von der Maschine erfaßt. Die Mutter und die älteste Tochter wurden getötet, dem 1jährigen Kinde wurde ein Bein abgefahren. —

Das Schicksal des Ballons „Luna".

Von dem bekanntlich seit mehreren Wochen vermißten Ballon „Luna" des Sächsischen Vereins für Luftschiffahrt sind in den letzten Tagen in Finnland einige Spuren entdeckt worden. In der Nähe von Jakobsstad in Finnland haben Ortseingesessene wiederholt einen Ballon im Meere umhertreiben sehen; es ist ihnen indessen nicht gelungen, des Ballons habhaft zu werden. Man nimmt allgemein an, daß es sich um den sächsischen Ballon „Luna" handelte. Der Ballon ist vermutlich in der Richtung nach der schwedischen Küste hinübergetrieben worden. Das schwedische Auswärtige Amt hat infolgedessen die Küstenbevölkerung aufgefordert, auf den Ballon aufzupassen. Inzwischen ist auch eine Expedition ausgerüstet worden, um nach dem Verbleib des Ballons zu forschen. Wie seinerzeit gemeldet, glaubte ein Bauer in Kroedsherred in Norwegen schon gegen Ende Dezember, den Ballon etwa 50 Kilometer von seinem Gehöft entfernt im Hochgebirge gesehen zu haben. Der zuständige Ortsvorsteher ließ, entsprechend einer an ihn ergangenen Aufforderung des norwegischen Ministeriums, eine Expedition, bestehend aus drei Mann auf Schneeschuhen, abgehen, um Nachforschungen anzustellen. Die Untersuchungen der Expedition an Ort und Stelle sind indessen ergebnislos geblieben. Die Möglichkeit bleibt immerhin offen, daß, wenn wirklich ein Ballon in jener Gegend des norwegischen Hochgebirges niedergegangen sein sollte, er von dem später reichlich gefallenen Schnee völlig begraben worden ist und erst bei der Schneeschmelze im Frühjahr sichtbar werden kann.

Der Chemnitzer „Allgem. Ztg." zufolge ist in Dresden bei einer hochstehenden Persönlichkeit ein Telegramm eingegangen, daß die Hülle des seit Wochen vermißten Ballons „Luna" geborgen sein soll, und zwar soll die Hülle im nördlichen Teile Finnlands ohne Korb aufgefunden worden sein. Ueber das Schicksal des Führers, des Leutnants Richter vom 5. sächs. Infanterie-Regiment Nr. 177, liegt keine Nachricht vor. —

Erfolge Grades.

Im aviatischen Meeting von Heliopolis (Aegypten) errang Grade am Montag mit einem Fluge von 20 Kilometern den täglichen Distanzpreis, außerdem gewann er mit 11 Minuten 6 Sekunden den täglichen Schnelligkeitspreis über eine Strecke von 10 Kilometern. —

Sechs Personen durch Gase vergiftet.

In Pilsen in Westböhmen wurden eine Forstmeisterswitwe, deren Tochter und vier Kostgänger durch ausströmendes Gas vergiftet. Der Zustand aller sechs Personen ist gefährlich. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 7. Februar 1910.

Unterschlagung. Der schon öfter vorbestrafte Schneidermeister Heinrich Matthies von hier, geboren 1859, hatte im Jahre 1908 von dem Mechaniker Müller Kleidungsstücke, Werkzeuge und Wirtschaftssachen zur Aufbewahrung übernommen, die er dann teils verkaufte und teils verschenkte. Das Schöffengericht erkannte am 23. November 1909 wegen Unterschlagung auf 2 Wochen Gefängnis. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Diebstahl. Die Arbeiter Gustav Böhlmann zu Leopoldshall, geboren 1873, und Richard Lohdau zu Staßfurt, geboren 1881, beide vorbestraft, waren in der Nacht zum 4. Dezember 1909 damit beschäftigt, zu Staßfurt auf dem Grundstück Fürstenstraße 16 die Düngergrube zu leeren und bemerkten, daß in der an den Hof grenzenden Niederlage des Kaufmanns Reichmann ein Fenster offen stand. Lohdau stieg hinein und reichte dem Genossen drei Schaukelpferde, fünf Stühle, einen Kinderwagen, einen Blumentisch und drei Rucksäcke im Werte von zusammen 50,90 Mark zu. Dann schafften sie die Sachen gemeinschaftlich weg und versteckten sie in einem Garten, wo sie bis auf die Rucksäcke aufgefunden wurden. Die Angeklagten erhielten wegen schweren Rückfalldiebstahls je 1 Jahr Gefängnis, worauf 2 Monate Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden. —

Vergehen gegen das Fürsorgegesetz. Die verehelichte Anna V., die verehelichte Emma P. und die verehelichte Berta A. zu Groß-Ottersleben wurden wegen gemeinschaftlichen Vergehens gegen das Fürsorgegesetz angeklagt. Die Kammer verurteilte Frau V. zu 25 Mark, Frau P. zu 15 Mark Geldstrafe, sprach dagegen Frau A. frei. —

Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Straßenbahntransports wurde der Kutscher Wilhelm Jode von hier, geboren 1861, unter Aufhebung des freisprechenden schöffengerichtlichen Urteils vom 14. Dezember 1909 zu 5 Mark Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängnis verurteilt. —

Diebstahl. Der Arbeiter Otto Schmidt zu Schönebeck, geboren 1886, vorbestraft, stahl am 6. Juni 1909 von einem am Saalhorn zu Barby liegenden Kahne eine Uhr, eine Hose und ein Paar Stiefel. Der Angeklagte wurde wegen Rückfalldiebstahls zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. —

---

des oberbayrischen Bauern, ja des wirklichen, nicht etwa eingewanderten oberbayrischen Menschen in vielen kleinen Erlebnissen klar geworden.

*

Auf der Post in München, am Schalter für telegraphische Postanweisungen: Ich stehe als dritter in der Reihe still und bescheiden an dem durch ein Drahtgitter vom Zuschauerraum getrennten Abteil. Nach einiger Zeit sieht mich der Beamte durchs Gitter prüfend an:

Habens auch eine telegraphische Postanweisung?

Ich (sehr bescheiden): Jawohl.

Nach einiger Zeit schaut der Beamte wieder heraus (etwas gereizt): Ja schauens, da müssens halt warten, das gibt viel Schreiberei, diese telegraphischen Postanweisungen, das muß ich einschreiben, umschreiben, das Telegramm aufsetzen . . .

Ich (sehr höflich und ruhig): Entschuldigen Sie, ich kann warten, ich hab ja kein Wort gesagt.

Er (mit einem gestrengen Blick in aufgeregtem Ton): Dös hätt grad noch g'fehlt!

*

In einem Wirtshaus in der Gegend des Wendelsteins:

Ein Pfarrer, der jeden Nachmittag mit seinem Kaplan und einem Forstgehilfen Tarock spielt, fragt mich, was ich da Schönes lese.

Es waren Kalthoffs Zarathustra-Predigten.

Ob er sie nicht mitnehmen wolle, fragte ich ihn.

Ha warum nit?

Am andern Tage brachte er es wieder.

Ich: Haben Sie's gelesen?

Er: G'lesen hab ich's, verstanden hab ich's nit, aber 's wird scho recht sei.

*

Am Bahnhof in Schliersee: Ich frage einen Bauern, wie weit es bis Bayrisch-Zell sei.

Er: Na, eine starke Stund' werdens schon brauchen.

Es waren drei Stunden.

Nach drei Tagen frag ich ihn wieder und hielt ihm's vor.

Er (leutselig): Wissens, so g'nau nehmen mir's halt nit.

*

Bei einer Hochzeit in einem Wirtshaus fragte ich einen alten weißhaarigen Förster: Sind das die Brautjungfern?

Er sah mich verächtlich an und brummte:

Jungfern, wenn i so was hör! Wie aus der Schlacht unverwundet zurückgekehrte Krieger!

A. F.

Vermischte Nachrichten.

* **Wie man Diamanten prüft.** Die gewöhnliche Prüfung des Diamanten erfolgt, wie „Der Stein der Weisen" berichtet, mittels der feinen, harten Goldschmiedfeile. Die Oberfläche eines echten Steines wird durch diese Feile nicht angegriffen, während jede Imitation geritzt wird. Vielfach findet man die Ansicht verbreitet, daß ein Stein, welcher Glas ritzt, auch ein Diamant sein müsse; diese Ansicht ist falsch. Man verwechselt hierbei die Begriffe „Ritzen" und „Schneiden". Ein Diamant schneidet nämlich bei leichtem Druck die äußere Schicht des Glases in einer Weise, daß nach dem Schneiden bei einem in geeigneter Richtung ausgeführten leichten Schlage die Glasscheibe an der Schnittstelle bricht. Andre Steine, wie auch künstlich hergestellte Körper können das Glas auch, zuweilen sogar tief, ritzen, aber die Glasscheibe läßt sich an der geritzten Stelle nicht brechen. Ferner sind die Facetten eines geschliffenen Diamanten nicht so regelmäßig ausgebildet, wie diejenigen einer Imitation. Beim Schleifen und Polieren des echten Diamanten sucht man selbstverständlich, da dieser nach dem Gewicht verkauft wird, vom rohen Stein so viel wie möglich zu erhalten. Die Imitation zeigt dagegen stets vollkommen ausgebildete Flächen. Eine wohlfeile Prüfung ist die „Wassertropfen-Probe". Bringt man auf die Fläche eines Brillanten einen sehr kleinen Wassertropfen und versucht diesen mittels einer Nadel- oder Federspitze über die Fläche des Steines hinwegzubewegen, so wird der Wassertropfen seine kugelförmige Gestalt beibehalten, vorausgesetzt, daß der Stein vorher sauber gereinigt und getrocknet war. Bei einer Imitation (Straß) wird sich der Wassertropfen dagegen auf der ganzen Fläche ausbreiten. Wird ein echter Diamant in ein Glas Wasser geworfen, so wird er im Wasser deutlich zu erkennen sein; er sieht nämlich weiß aus; bei einer Imitation wird sich die Farbe des unechten Steines mit der des Wassers verschmelzen und infolgedessen wird er fast unsichtbar sein. Setzt man auf ein Stück weißes Papier einen schwarzen Punkt und betrachtet ihn durch einen Diamanten hindurch mittels Vergrößerungsglases, so wird man den Punkt klar und deutlich sehen. Hält man aber eine Imitation zwischen Vergrößerungsglas und Papier, so wird der Punkt auf Grund der ungleichen Brechung der Lichtstrahlen gebrochen erscheinen. Flußsäure (Kieselfluorwasserstoff), die Glas, Porzellan usw. zerfrißt, wird jede Imitation zersetzen; auf den echten Diamanten übt diese Säure keine Wirkung aus. Man nehme ein Stück Stoff mit roten und weißen Zeichen, führe den zu untersuchenden Stein langsam

über den Stoff hin und beobachte genau das Resultat. Ist der Stein eine Imitation, so werden die Farben leicht zu unterscheiden sein; beim echten Dimanten ist kein Farbenunterschied wahrnehmbar. Ein Diamant, auf Holz oder Metall gerieben, wird, nachdem man ihn vorher den Strahlen elektrischen Bogenlichts ausgesetzt hat, im Dunkeln phosphoreszieren, was bei einer Imitation nicht der Fall ist. Wird der zu untersuchende Stein mit einer Paste oder einem Brei aus Borax bedeckt, dann in einer Spiritusflamme gut erhitzt und hierauf plötzlich in kaltes Wasser geworfen, so wird eine Imitation sofort in Stücke zerspringen, während ein Diamant durch diese Feuerprobe nicht beschädigt wird. —

* **Das Kalisalz oder „Salz is Salz".** Vor Jahren reiste ein Ingenieur eines deutschen Kaliwerks zu Weihnachten nach Wien. Um Freunden eine kleine Freude zu bereiten, nahm er eine Anzahl der schön gefärbten Kalisalzkristalle mit, in einem Glase, das er im Schlafwagen auf das Tischchen legte. Grenzstation, der Zollbeamte tritt ein und sieht das Glas: „Was habens denn da?" — „Kalisalz". — Nun muß man wissen, daß in Oesterreich Nahrungssalz staatliches Monopol ist und daher strenger Verzollung unterliegt. Der Beamte fährt also fort:

„Salz — ja, aber das müssens ja verzollen!"

„Erlauben Sie, das ist kein Salz, sondern Kalisalz!"

„Salz is Salz! Das müssens verzollen, Sie müssen herauskommen."

Sehr ärgerlich kleidet sich der Ingenieur an und geht mit seinem Kalisalz zur Revision, wo ein andrer Beamter die Frage erhebt:

„Was habens denn da?"

„Kalisalz."

„Salz — das müssens verzollen."

„Das ist kein Salz, sondern Kalisalz!"

„Salz is Salz, und Salz muß verzollt werden."

„Zum Donnerwetter, das ist ja kein Salz, sondern Kalisalz, und ich werde es nicht verzollen, denn das ist zollfrei."

„Also kommens zum Herrn Vorstand herein."

Der Herr Vorstand ist zwar angekleidet, aber schlaftrunken und daher sehr ärgerlich:

„Na, was gibt's denn?"

„Ich habe hier Kalisalz und . . ."

„Das müssens verzollen!"

„Aber das ist ja Kaaalisalz und . . ."

„Salz is Salz, und wanns es net verzoll'n woll'n, nacher behalten mir's halt da."

„Herr . . ., also gut. Behalten Sie es da, und morgen gehe ich zur Finanzdirektion und erzähle ihr, was für gescheite Leute sie hier hat!"

Der Herr Vorstand überlegt. Sollte vielleicht doch ein Unterschied zwischen Salz und Kalisalz sein? Plötzlich wird er rot im Gesicht und schreit:

„Da nehmens Ihr Kalisalz und schauens, daß aufzi kommen!" Und zu dem Beamten:

„Bringts mir net immer solche Leit da herein!" —

* **Der philosophische Schutzmann.** Aus Neuyork wird geschrieben: Ein englischer Dichter hat einmal — in freier Umdichtung — gesungen:

Wer kämpfet und schnell rennet fort,
Mag kämpfen später an anderm Ort,
Doch wer im Kampf geblieben, Freund,
Wird niemals wieder stehn vorm Feind.

Die in diesen Verschen enthaltene Philosophie scheint sich der Polizist Emil Kolar in Chikago zu eigen gemacht zu haben, denn als er in dem gegen ihn wegen „Feigheit im Dienste" anhängig gemachten Disziplinarverfahren befragt wurde, warum er vor dem Mörder eines Pfandleihers davongelaufen sei, meinte er: „Ich ziehe es vor, ein lebendiger Feigling statt ein toter Held zu sein. Ich kann mich unmöglich für 75 Dollar per Monat totschießen lassen. Ich möchte lieber, daß man von mir sagt „Da geht er" als „Da liegt er"." Natürlich hat Herr Kolar die Chikagoer Polizei mit einem hörbaren Ruck verlassen müssen. —

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgesandt Besprechung vorbehalten.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration, Berlin W, Potsdamer Straße 121 h), die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 3. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Leo Arons: Die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung. — Karl Severing: Die gesetzliche Reglung der Tarifverträge. — Gerhard Hildebrand: Weiße Siedlung in Tropenländern. — Dr. Artur Schulz: Freihandel in der Landwirtschaft. — Edmund Fischer: Der Gemeindesozialismus. — Dr. Anselm Ruest: Richard Dehmel. — Professor Dr. Franz Staudinger: Zur Geschichte der Weltsprachebewegung. — Staatssozialismus, von W. Schröder. — Naturwissenschaften, von Dr. B. Borchardt. — Rechtswissenschaft, von O. Lang. — Bildende Kunst, von L. Stern. — Technik, von Dr. H. Lux. — Als künstlerische Beigabe enthält das Heft ein Porträt von Richard Dehmel, gezeichnet von Hans Wildermann. Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfennig. Pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporteuren sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 h (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen jederzeit kostenfrei zur Verfügung. —

Die Kälte der Frauen. Von Dr. med. Heinz Zikel, Chefarzt des Mommsensanatoriums in Charlottenburg sowie Dozent an der Fr. Hochschule zu Berlin. Medizinischer Verlag Schweizer u. Ko., Berlin NW 87. Preis 1,80 Mark. —

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). 6. Heft des 7. Jahrgangs. Abonnements vierteljährlich Mk. 4,50. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W 62, Kleiststraße 21. —

Natur. Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Heft 10. Verlag Th. Thomas, Leipzig, Talstraße 13. —

Soeben erschien Nummer 4 des **Postillons.** Preis 10 Pfennig. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen. —

Soeben erschien unter dem Titel „Fasching" Nr. 45 des **Simplicissimus.** Preis 30 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag in München. —

Die Schaubühne, Wochenschrift für die gesamten Interessen des Theaters, herausgegeben von Siegfried Jacobsohn. Fünfte Nummer des sechsten Jahrgangs. Erscheint wöchentlich im Umfang von 32 Seiten und kostet 40 Pfg. die Nummer, 3,50 Mk. vierteljährlich, 12 Mk. jährlich. Probenummern gratis. Verlag Erich Reiß, Berlin-Westend, Kaiserdamm 26. —

Das Leipziger Arbeitersekretariat und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1909. Sechster Jahresbericht. Verlag des Gewerkschaftskartells Leipzig. —

Das goldene Zeitalter der Klaviersonate. Von Robert Nesieht. (Verlag Fritz Elsner, Köln, am Neumarkt, 1909, 48 S., 1,50 Mk.) Allgemeinverständliche kurze Anleitung zur Erlangung der Fähigkeit, die Poesie und Seelensprache der klassischen Musik zu verstehen, um sich dadurch den wahren Genuß an der edelsten aller Künste, der Tonkunst zu verschaffen. —

Der Stein der Weisen. 4. Heft des 23. Jahrgangs. A. Hartlebens Verlag, Wien. —

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 29. Januar.

Mitgliederbestand am 5. Februar		Krankenbestand am 5. Februar	
männliche	5583 (5529)	männliche	221 (213)
weibliche	1961 (1957)	weibliche, ausschließl. d. Wöchn.	57 (59)
zusammen	7544 (7486)	zusammen	278 (272)
männl.	74,0 % (73,8 %)	männl. des Mitgl.-Bestandes	3,8 % (3,8 %)
weibl.	26,0 % (26,2 %)	weibl. des Mitgl.-Bestandes	3,0 % (3,0 %)
		zus.	3,7 % (3,6 %)

Wöchnerinnen 15 (15) Mitglieder. — Sterbefälle 1 (—) Mitglieder. Gezahltes Krankengeld vom 31. Jan. bis 5. Febr. Mk. 2702,11 (2535,55). Davon am 5. Februar Mk. 2419,38 (2207,50).

Gebraucht! Neu! Neu! Gebraucht! Laden- Kontor- Restaurant- Wohnungs- Einrichtungen in bekannt größter Auswahl bei konkurrenzlosen Preisen finden Sie nur bei Heinrich Giesecke Weritstraße 5 Fernsprecher Nr. 1202. 3402

Neuheiten in Möbelbezügen Uebergardinen Teppichen Auch einen Posten Teppiche mit kleinen Farbenfehlern, extra billig. 1000 Zimmer-Tapeten auffallend billig. 3403 Linoleum Räumungspreise. Linoleum-Schienen 18 Pfg. Carl Haring Nachf. Inh. J. Hußlein 9 Königshof 9 Mitglied d. Rabatt-Sparvereins.

Achtung, garant. Rein Aluminium! Kochgeschirr und Fleischerei-Artikel. 3394 Auf vielseitigen Wunsch wird der Verkauf von Mittwoch den 9. Februar auf einige Tage nochmals im Laden Jakobstraße 40 fortgesetzt. — Es ist jedermann jetzt nochmals Gelegenheit gegeben, sich in den Besitz eines guten Stückes Kochgeschirrs zu setzen. Die Beliebtheit des Kochgeschirrs beweist der große Umsatz. Nur Massenverkauf! — Devise: Großer Umsatz, bescheidener Nutzen! — Neue Auswahl! Billig! Reise nach Magdeburg lohnt! — Ohne Zwischenhandel! Bei Vorzeigen dieser Annonce 5% Rabatt auf alle Preise! Billig!

Zentralverband der Maurer Deutschlands Zweigverein Magdeburg. Dienstag den 15. Februar, abends 5½ Uhr im „Luisenpark", Spielgartenstraße Nr. 1c Generalversammlung Tages-Ordnung: 1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht der Kartelldelegierten und Beschlußfassung über die Erhöhung der Kartellbeiträge. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Kollegen! Die Tagesordnung ist von großer Wichtigkeit für alle Mitglieder. Wir richten an euch die Mahnung, in Kollegenkreisen für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Die kurze Zeit zu opfern und an den Beratungen und Beschlüssen teilzunehmen, ist Pflicht jedes einzelnen. Zeigt, daß ihr noch Interesse an der Organisation habt, und erscheint in großer Anzahl am Dienstag im „Luisenpark". 3396 Mit Gruß Der Vorstand.

Ringfreies Bier empfiehlt Pilsener Brauhaus in Berlin 3034 Niederlage: Neuhaldensleber Straße 1. Fernruf 2954.

Mehr. gute saub. Betten sofort preisw. z. verk. Vorderhaus Fürstenufer 20, 4 Tr. links, Nähe Hasselbachplatz.

Magdeb. Orchester — Dir.: Br. Schrader — 4 Grünearmstraße 4 empfiehlt sich den geehrten Vereinen und Saalbesitzern zu allen vorkommenden 3366 Musikaufführungen wie: Konzerten, Bällen usw.

Waschen Sie schon mit Kluges 3332 Seifensalmiak?

Kauft nur 3342 Kremmlings Nährzwieback!

Soeben erschienen: Aus meinem Leben Von August Bebel — Erster Teil — Preis brosch. 1.50 Mk., geb. 2.00 Mk. Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3

Pflaumenmus das Pfund zu 15, 20 u. 25 Pf. Fabrik Leipziger Str. 14.

Mehrere 6-Meter-Kleiderstoffreste, Reste, schwarz, f. Braut- od. Konfirmationszwecke, sof. b. z. verk. Fürstenufer 20, 4 Tr. l. N. Hasselbachpl.

Singer-Nähmaschine, tadellos nähend, f. 12 Mk. z. verkaufen Göke, Goldschmiedebrücke 5, v. 1 r.

3 bis 4 Lehrlinge stellt unter günst. Bedingungen ein Gustav Gericke Blech- u. Kesselschmiede Magdeburg, Insleber Straße

Junge Mädchen können Weißnähen und Zuschneiden gründl. erlern. b. Grope, Breiteweg 28.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12. Mittwoch: Weißkohl mit Rindfleisch. Donnerstag: Linsen mit Rippenspeck.

Stephanshallen Dir. Rich. Froberz — Abends 8 Uhr — Varieté-Vorstellung Streng dezentes Programm für Familien-Publikum

Stadt-Theater. Mittwoch den 9. Februar 1910 Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr. 3. Abend (gelbe Karten). Der dunkle Punkt. Donnerstag den 10. Februar Miß Dudelsack. Freitag den 11. Februar Einmal. Gastspiel des kgl. preuß. Kammersängers Rudolf Moest. Figaros Hochzeit.

Zentral-Theater. Unwiderruflich Letzte 7 Tage!! Otto Reutter Allabendlich beispielloser Erfolg! Willie Walden als Gast, gen. „Die deutsche Guilbert" und weitere 9 Schlager 9

Unentgeltliche Lehrstellen-Vermittlung Lehrlinge gesucht für: Bäcker (auswärts), Blechschmied, Buchbinder, Former, Friseur und Barbier (hier und auswärts), Gärtner, Kunst- und Bauglaserei, Goldschmied, Graveur, Holzbildhauer, Holzblasinstrumente, Kellner (auswärts), Klempnerei und Installation, Konditoreien, Verkäufer, Maler (hier und auswärts), Molkerei, Sattler, Stellmacher (hier und auswärts), Bauschlosser, Schmiede, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Schweizer, Tapezierer, Tischler (hier und auswärts), Wagenlackierer. Lehrstellen gesucht für: Schriftsetzer, Fleischer, Kellner in Hotel, Koch in Hotel, Schlosser mit Kost und Logis beim Meister, Tischler, Gärtnerhelfer. Städtischer Arbeitsnachweis Magdeburg Peterstrasse 1 Telephon 2054. Geöffnet vormittags 8—12 Uhr u. nachmittags 3—7 Uhr.

Vorzugsbillett!!! Vorzeiger der Annonce zahlen im Kaiser-Theater Montag Mittwoch Sonnabend — Kinder — 5 Pfg. Erwachsene 15 Pfg. ferner Sonntag vormittag 11—½2 Uhr. 3315 Programmwechsel Dienstag und Freitag.

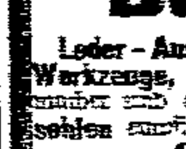
Wilhelm-Theater Mittwoch den 9. Februar Größter Erfolg dieser Saison! Die geschiedene Frau. Donnerstag den 10. Februar Das Fürstenkind. Freitag den 11. Februar Benefiz für Walter Herrling. Wiener Blut.

Ermentrauts Restaurant Nachtweide 49a 3405 bringt sein neu renoviertes freundliches Vereinslokal, passend für Musikvereine, Skatklubs, Gesangvereine, Werkstattbesprechungen usw., in freundliche Erinnerung. Aufmerksame Bedienung.

Nur wenige Tage! Hagenbeck's größte Raubtier-Dressurschau der Erde. Magdeburg, Zirkusgebäude. Telephon 690. Zu jeder Vorstellung: The Leamy's die Lieblinge König Eduards 4 Damen in ihren einzig dasteh. wunderbaren Luft-Szenerien. Miß Nally Leamy ist die einzigste Dame der Welt, die von der Zirkuskuppel den Todessprung wagt. Neu! Neu! Der Wasserrutsch der Eisbären aus der höchsten Höhe des Zirkus in ein eigens dazu erbautes Wasserbassin. Ferner Massenvorführungen von Raubtiergruppen sowie die übrigen erstklassigen Attraktionen. Nur in den Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder unter 12 Jahren auf allen Plätzen halbe Preise. — Vorverkauf nur für Abendvorstellungen bei C. Jacobs, Ulrichstraße. 601

Gartenparzelle abzugeben. Zu erfragen Wagnerstr. 29, H. II.

Eine Vorderwohnung beisteh. aus 2 St., K. u. K. für 240 Mk. u. eine kleine Wohn. f. 150 Mk. zum 1. April zu vermieten Wagnerstr. 8.


Mittwoch 3358 Frische Wurst A. Weber Nachf. R. Dedlow, Schäfferstr. 9.

Burg! Leder-Ausschnitte, Schäfte, Werkzeuge, Artikel für Schuhmacher und alle Arten Einlegesohlen empfiehlt Gustav Götze.

Alhambra — 2 Alte Ulrichstraße 2 — Magdeburgs schönster Volkskinematograph! Heute Mittwoch Elite-Vorstellung! Jede Piece ist neu für Magdeburg und eine Pracht-Novität! Von 3 bis 7 Uhr Kinder-Vorstellung mit besonders arrangiertem Programm! Eintritt: Kinder 10 Pfennig. Die angenehmste Unterhaltung verlebt man stets im Alhambra-Theater! 3382

Freireligiöse Gemeinde. Am Freitag den 11. Februar, abends 8½ Uhr, i. Gemeindehause, Marstallstraße 1 Gemeindeversammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilung über die Besetzung der Aemter im Vorstand. 2. Beratung und Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß für das Jahr 1910. 3. Wahl eines zweiten Hausbeisitzers. 4. Verschiedenes. 3397 Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde. Ein 3393 Instrumental- u. Vokalkonzert zur Unterstützung hilfsbedürftiger Konfirmanden findet am Montag den 14. Febr., abends 8½ Uhr, im Gemeindehaus, Marstallstr. 1, statt. Es ladet ein Der Vorstand.

Sudenburg Kinematograph.-Theater „Union". — Montags und Donnerstags stets neue Bilder erstkl. Progr., interess. Dramen, humoristische Sachen, Kunstfilm. Ergeb. ladet ein A. Müller. 1080

Eldorado Gr. Junkerstr. 12 Täglich abends 7 Uhr: Varieté-Vorstellungen Sensationelles Februar-Programm Thesa Sylvera einzig in ihrer Maske Betty und Paul Hellmann Gesangs-Duettisten Hanni Schwan Exzentrik-Soubrette Trude u. Willy Ledwinka Spiel-Duettisten Lissa Nöthling Soubrette Martin Frank Rezitator der Neuzeit.

Vom 19. Februar an wohne Wolfenbüttl. Str. 13, p. r. Frau Stedt, Hebamme

Walhalla-Theater Allabendlich stürmischer Erfolg des glänzenden Februar-Programms Vorzugskarten gelten.

Fürstenhof-Theater Dir. Müller-Lipart Eing. Prälatenstr.

Mädchen aus dem Volke Drama in 2 Bild. B. Löwenbraut von Paris u. weit. neue Nrn. Vorzugsk. gelten, dann Eintritt nur 20 Pf. (Vorzugskarten gratis in der Buchhdlg. Volksst.)

Arbeiterklasse sei dadurch eine vollständige geworden. Dagegen müsse sich das Volk aufbäumen. Die Demonstrationen müssen eindrucksvoller werden. Soll hier etwas erreicht werden, müssen auch Opfer gebracht werden.

Genosse Koch spricht seine Freude über das Gehörte aus. Ein Volk, das mit diesem Wahlrecht zum Landtag zufrieden ist läßt sich auch das Reichstagswahlrecht entreißen. Redner wünscht ebenfalls, daß über das Kampfmittel des Demonstrationsstreiks lebhaft diskutiert wird, und schlägt vor, daß schon in nächster Zukunft ein halbtägiger Demonstrationsstreik eintrete.

Genosse Dr. Thesing meint, daß die Regierung mit der neuen Wahlrechtsvorlage ihrer Verachtung gegenüber dem preußischen Volke Ausdruck gegeben hat. Die Situation sei jetzt so, daß die äußersten Mittel zur Anwendung kommen müssen. Da der vorgeschlagene Demonstrationsstreik zweifellos ungeheure Opfer koste, müsse auf Mittel gesonnen werden, die zunächst ohne große Opfer dasselbe erreichen. Der rote Sonntag habe unbestreitbar einen großen Eindruck auf das Bürgertum gemacht. Die Arbeiterschaft könne durch ständigen Besuch der Hauptstraßen eine völlige Veränderung des Straßenbildes der Stadt herbeiführen, ohne daß die Polizei es hindern könne. Redner wünscht, daß auch diese Vorschläge diskutiert werden.

In ähnlichem Sinne äußern sich noch die Genossen Böhme, Fresino und Gorgas. Letzterer fordert auf, die Wahlrechtsversammlung der Demokratischen Vereinigung am Donnerstag abend zahlreich zu besuchen.

Damit ist die Diskussion über diesen Punkt erschöpft.

Unter Vereinsangelegenheiten werden in die Kommission zur Vorbereitung der Maifeier die Genossen Hähnsen, Wernicke und Königstedt vom Kartell und Klühs und Giesecke vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins gewählt. Um Zeit zu gewinnen für notwendige größere Veranstaltungen schlägt Genosse Klühs noch vor, die Bezirksversammlungen einzuschränken und zunächst nur jedes Vierteljahr eine solche stattfinden zu lassen. Der Vorschlag wird gegen einige Stimmen angenommen. Hierauf tritt um 11½ Uhr Schluß der Versammlung ein. —

Vom städtischen Schulwesen.

Nach den Haushaltplänen für das städtische Schulwesen, die im Entwurf den Stadtverordneten zugegangen sind, ist der Zuschuß, den die Stadt zu leisten hat, ein sehr erheblicher. Danach beträgt die gesamte Einnahme 1 295 700 Mark, die gesamte Ausgabe jedoch 4 680 400 Mark. Die Mehrausgabe beträgt somit 3 384 700 Mark. Für das Jahr 1910 beträgt die Mehrausgabe gegen das Vorjahr, 117 370,22 Mark.

Interessant ist, wie sich dieser Zuschuß auf die einzelnen Schüler verteilt. Der Zuschuß der Kämmereikasse beträgt für einen Schüler resp. einer Schülerin an den höhern Knabenschulen 161,97 Mark, an den höhern Mädchenschulen 76,68 Mark, an der Vorbereitungsschule 16,43 Mark, an den Bürgerschulen 77,37 Mark und an den Volksschulen 78,94 Mark. Hierzu kommen noch die Kosten für den Turnunterricht mit durchschnittlich 3,54 Mark für jeden Schüler oder jede Schülerin. —

— **Steuerzahlung durch die Post.** Bei der Einzahlung von Steuern auf das Postscheckkonto der hiesigen Steuerkasse (Berlin Nr. 2278) wie bei Einsendung durch Postanweisung wird häufig versäumt, auf dem Abschnitt der Zahlkarte und der Postanweisung die Steuer-Nummer und die Zahlstelle anzugeben. Diese Angaben sind aber für die richtige Buchung der Beträge unbedingt erforderlich, denn ohne sie ist das Steuerkonto nicht ohne weiteres zu ermitteln. Es entstehen dadurch für die Kasse Schwierigkeiten durch zeitraubende Nachforschungen nach dem richtigen Konto, und auch für den Einsender erwachsen Weiterungen durch Anfragen, ungerechtfertigte Mahnungen u. a. Also: bei Einsendung der Steuern nicht die Steuernummer und Zahlstelle vergessen, die bloße Wohnungsangabe genügt nicht! —

— **Steuerzahlung.** Wegen der sehr zahlreichen Eingänge von Steuern im Wege des Giro- und Scheckverkehrs in den letzten Tagen vor Ablauf der Zahlungsfrist ist die städtische Steuerkasse vom 10. bis 12. Februar für den Bar-Verkehr nur von 8 bis 12 (statt 1) Uhr geöffnet. Am letzten Tage der Zahlungsfrist (14. Februar) können Einzahlungen wieder bis 1 Uhr erfolgen. —

— **Emil Walkotte** ist in Magdeburg ein gern gesehener Gast. Deshalb hat der Bildungsausschuß wieder vier Vortragsabende vorgesehen, die am 15., 16., 17. und 18. Februar nacheinander für Buckau in der „Thalia", für Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle", für Alte Neustadt in der „Krone" und für Neue Neustadt im „Weißen Hirsch" stattfinden. Herr Walkotte wird Gedichte von Goethe, Hebbel, Möller, Liliencron, Fontane, Holz usw. rezitieren und Frau Betsy Schot ernste und heitere Lieder von Löwe und Wolf zum Vortrag bringen. Die Begleitung am Flügel hat Herr Edmund Kitzel übernommen. Für geschmackvolle Zusammenstellung des Programms und seine künstlerische Ausführung leisten die Namen der Mitwirkenden Gewähr. Der Eintrittspreis ist so niedrig als irgend möglich bemessen. Für 30 Pfg. kann jede Arbeiterin und jeder Arbeiter sich einen genußreichen Abend verschaffen.

— **Aenderung der Betriebsweise im hiesigen Ortsfernsprechnetz.** Beim hiesigen Fernsprechamt wird im Laufe des Frühjahrs ein neues Umschaltesystem in Betrieb genommen werden. Sprech- und Weckströme für die Fernsprechteilnehmer werden alsdann aus einer zentralen Batterie des Fernsprechamts geliefert. Der Induktor der Fernsprechapparate fällt weg; der Anruf des Amtes wird lediglich durch Abheben des Fernhörers vom Haken erfolgen. Aus diesem Anlaß werden die bei den Sprechstellen jetzt vorhandenen Apparate durch die dem neuen System angepaßten nach und nach ersetzt werden. Da die Auswechslung bei der großen Zahl von Sprechstellen einige Zeit in Anspruch nehmen wird, ist es zur Vermeidung von Betriebsunterbrechungen unerläßlich, an den vorhandenen Apparaten geringfügige Aenderungen vorzunehmen, damit sie auch nach der Inbetriebnahme des neuen Systems zunächst noch verwendet werden können. Der Tag der Inbetriebnahme des neuen Umschaltesystems wird jedem Teilnehmer rechtzeitig besonders mitgeteilt werden. Die bevorstehenden Betriebsveränderungen der Vermittelungsanstalt bedingen auch in den technischen Einrichtungen der Privatnebenanschlüsse einige kleinere Aenderungen; diese müssen durch die Inhaber ausgeführt werden. Die in Betracht kommenden Inhaber von Privatnebenstellen werden durch das hiesige Fernsprechamt ebenfalls noch besonders benachrichtigt werden, bis zu welchem Zeitpunkt die Aenderungen vorgenommen werden sollen. —

— **Ein Feinschmecker.** Ein weiterer schwerer Diebstahl ist in der Zeit vom 6. Februar, nachmittags 10 Uhr, bis 7. Februar, vormittags 8 Uhr, in einem im Keller befindlichen Lager eines Kolonial- und Materialwarengeschäfts am Breiten Weg ausgeführt worden. Die Kellertür ist vom Diebe geöffnet worden. Gestohlen wurden mehrere Büchsen Büchsenfleisch, Rauchfleisch, Brühwürstchen, abgekochter Schinken, 5 Büchsen Fleischpasteten und 25 bis 30 Stück Limburger Käse. Ausgeschlossen ist nicht, daß auch noch andre Konserven gestohlen worden sind. Auch in diesem Falle sind der Kriminalpolizei geeignete Mitteilungen erwünscht. —

— **In der Droschke gestorben.** Am Montag nachmittag nahm sich am Bahnhof ein anscheinend mit der Bahn gekommener Herr eine Droschke, um sich nach einem im Innern der Stadt gelegenen Hause fahren zu lassen. Als der Kutscher ankam, wurde er zu seinem Schrecken gewahr, daß der Fahrgast inzwischen verstorben war. Die Papiere lauten auf einen Herrn Puczinsky. Die Leiche wurde vorläufig nach der Leichenhalle der Krankenanstalt Altstadt gebracht. —

— **Der Streik in der Zuckerraffinerie Magdeburg-Sudenburg** ist erfolgreich beendet. Die mit der Betriebsleitung gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß der von den Bodenarbeitern geforderte Akkordsatz bewilligt und auch für die in Lohn beschäftigten Decker eine Erhöhung des Stundenlohns erreicht wurde. Die Arbeit wurde deshalb am Dienstag geschlossen wieder aufgenommen. —

— **Vorsicht bei Annahme von Akkordarbeit.** Wie notwendig es ist, vorsichtig zu sein bei Annahme von Akkordarbeit bewies wieder eine Verhandlung vor dem hiesigen Gewerbegericht. Eine Kolonne Maurer hatte von der Firma Sack u. Ko., Inhaber Schwieger, Putzarbeiten übernommen, die Rute zu 3,20 Mark. Als die Maurer einige Tage gearbeitet hatten, wurden sie gewahr, daß sie mit dem Preise nicht zurechtkamen. Sie traten an den Arbeitgeber mit dem Wunsche heran, den Preis zu erhöhen. Der Unternehmer meinte aber, wenn oben die Arbeit schlechter ist, so wird es in den unteren Etagen besser, und die Sache gleicht sich aus. Die Kolonne putzte weiter; es dauerte aber nicht lange, so bekamen sie noch einen Mann zugeteilt, mit der Begründung, sonst dauere das Putzen zu lange. Weiter wurde noch eine andre Kolonne in die unteren Etagen hineingestellt. Mit dem Ausgleichen war es also nichts. Als nun am Sonnabend die Putzer ihren Lohn in Empfang nehmen wollten, wurde ihnen angedeutet, daß schon zuviel ausgezahlt sei; sie bekamen daher für 6 Tage Arbeit nicht einen Pfennig! Die Klage der Arbeiter wurde trotzdem kostenpflichtig abgewiesen. Die zweite Kolonne hatte ebenfalls in der letzten Woche keinen Lohn erhalten. Am Sonnabend den 29. Januar wurde ihr mitgeteilt, Geld gäbe es nicht, sie hätte schon 10,91 Mark zuviel erhalten. Im Termin erklärte Herr Schwieger, daß das ein Irrtum gewesen sei, die Kolonne hätte noch 20,05 Mark zu bekommen. Die Kläger verlangten für die letzte Woche einen Stundenlohn von 60 Pfennig, weil ihrer Meinung nach der Akkord dadurch hinfällig geworden sei, daß der Unternehmer an ihre angefangene Arbeit andre Putzer gestellt habe. Einen Vergleich einzugehen waren die Putzer bereit; sie ermäßigten ihre Forderung auf 55 Pfennig pro Stunde. Das Gericht entschied, daß an jeden der Beteiligten die Summe von 7,88 Mark zu zahlen und die Kosten je zur Hälfte von den Parteien zu tragen sei. Hierzu sei bemerkt, daß die erste Kolonne unbedingt dagegen Einspruch erheben mußte, daß noch ein Mann ihnen zugeteilt wurde und eine zweite Kolonne die untern Etagen putzen mußte. Die zweite Kolonne war mit Recht der Meinung, daß das Akkordverhältnis gelöst sei und Zeitlohn in Frage komme. Hier waren übrigens auch die Putzer angehalten, bei 6 Grad unter Null zu arbeiten; die Baupolizei verbietet aber schon die Mauerarbeit bei 4 Grad Kälte. Es kann deshalb nur immer wieder den Arbeitern gesagt werden, daß sie klare Verträge abschließen müssen. Gerade im Bauberuf ist es Usus, daß alles versucht wird, den Akkordarbeitern die Restsumme herabzumindern. —

— **Fortführung der Anpflanzungen auf dem Herrenkrug.** Um Entlassungen von Gartenarbeitern zur Winterzeit vorzubeugen, hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung bereits mehrere Vorlagen, welche die Schaffung von Arbeitsgelegenheit bezweckten, unterbreitet. Da diese Arbeiten der Vollendung entgegengehen, ist der Magistrat genötigt, die Zustimmung zur Ausführung weiterer Arbeiten nachzusuchen, welche an sich zweckmäßig später zu machen sein würden. Zu diesen Arbeiten gehört die Fortführung der Anpflanzungen auf den Herrenkrugwiesen. Es handelt sich diesmal hauptsächlich um Anpflanzungen an den im letzten Sommer fertiggestellten Chausseestrecken und um einzelne Gruppen entlängs des Biederitzer Busches. Insgesamt sollen rund 7000 Quadratmeter Fläche bepflanzt werden. Von den auf 10 000 Mark berechneten Kosten entfällt der überwiegende Teil auf Arbeitslöhne. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich mit der Entnahme von 10 000 Mark aus Sparkassenüberschüssen einverstanden zu erklären. —

— **Ein weichherziger Fuhrherr.** Eine interessante Verhandlung fand am Freitag vor dem Schöffengericht in Buckau statt. Angeklagt war der Kutscher P. wegen Sachbeschädigung, weil er während seiner Dienstzeit einem dem Fuhrherrn Fiering junior in Fermersleben gehörenden Pferd ein Auge ausgeschlagen hat. Die Aufnahme des Tatbestandes ergab, daß das verletzte Pferd futterneidisch und bissig war und daß der Angeklagte, um sich gegen die Bösartigkeit des Pferdes zu schützen, als es wieder nach ihm biß, durch einen recht unglücklichen Schlag den Kopf des Pferdes und dabei das Auge traf. Die Anklage wegen Sachbeschädigung wurde vom Gericht fallen gelassen, da dies eine vorsätzliche Handlung voraussetze. Der Amtsanwalt beantragte nunmehr wegen Aergernis erregender Tierquälerei 4 Wochen Haft. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt O. Landsberg, wies an Hand des Tatbestandes nach, daß auch eine Aergernis erregende Tierquälerei nicht in Frage käme, da der Angeklagte, als er diesen unglücklichen Schlag ausführte, sich in Notwehr befunden habe, er beantragte daher Freisprechung. Nach Schluß der Rede des Verteidigers erlaubte sich der als Zeuge anwesende Fuhrherr Fiering junior folgende Aeußerung: „Herr Rechtsanwalt, Sie wollen einen solchen Roheitsakt noch mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zudecken?" Mutet es nicht sonderbar an, einen solchen Ausspruch aus dem Mund eines Magdeburger Fuhrherrn zu hören? Dem Angeklagten stieg ob solcher Aeußerung das Blut zu Kopf. Erregt sprang er auf und erklärte vor Gericht: „Mich will Herr Fiering der Roheit bezichtigen!? Ist es nicht ein Roheitsakt sondergleichen, daß, als im vergangenen Jahr ein Hund aus der Küche etwas genascht hatte, Herr Fiering selber diesem Hunde dafür mehrere Zähne ausschlug? Dasselbe Pferd, das mich gebissen hat, erhielt auch von Herrn Fiering Schläge, als es vor mehreren Jahren einem Kutscher durch einen Biß den Rock entzweigerissen hatte!" Eisiges Schweigen im Gerichtssaal. Auch Herr Fiering schwieg. So ungefähr sieht die Weichherzigkeit eines Magdeburger Fuhrherrn aus! Wir fragen: Sind Leben und Gesundheit eines Kutschers nicht ebensoviel wert wie die des Pferdes eines Fuhrherrn? Das Gericht sprach den Angeklagten denn auch vollständig frei. —

— **Unfälle.** Dem Former Emil Schulz aus Gr.-Ottersleben flog am Montag im Krupp-Grusonwerk bei der Arbeit ein Formkasten gegen den linken Unterschenkel, wodurch eine ungefähr 10 Zentimeter lange Wunde entstand. Der Verletzte wurde mittels Sanitätswagens der Krankenanstalt Sudenburg zugeführt. — Dort wurde auch der Müller Reinhold Neumann, Halberstädter Straße 79 wohnhaft, aufgenommen, der sich in der Farbenfabrik von Trautmann beim Auslegen eines Mahlgangs eine schwere Verletzung der rechten Hand zuzog. —

— **Von der Straße.** Die Ehefrau Schachta, Wagestraße 2 wohnhaft, bekam am Montag nachmittag auf dem Breiten Weg einen Krampfanfall und zog sich beim Umfallen eine Kinnverletzung zu. Passanten requirierten einen Sanitätswagen und dieser brachte die Frau nach der Krankenanstalt Altstadt. —

— **Bauunfall.** Der Bauarbeiter Ernst Annecke, wohnhaft Moltkestraße 5, ist am Montag nachmittag in der Kühleweinstraße von einem dreistöckigen Gebäude herabgestürzt und wurde schwerverletzt nach dem Altstädter Krankenhaus gebracht. —

— **Ein schwerer Diebstahl** ist am vergangenen Sonntag in der Zeit von 5¾ bis 11 Uhr nachmittags in einer Wohnung der Arndtstraße, während die Wohnungsinhaber ausgegangen waren, ausgeführt worden. Der Dieb hat die Eingangstür und in der Wohnung einen verschlossenen Sekretär geöffnet, ersiere nach Ausführung des Diebstahls auch wieder verschlossen. Aus letzterem Umstande ist zu schließen, daß er Fachkenntnis hat. Gestohlen sind etwa 300 Mark. Der mutmaßliche Täter ist ein großer Mann, der mit schwarzem Schlapphut und Pelerine bekleidet gewesen ist. Ein ähnlicher Mann ist auch am 5. d. M. in der Leipzigerstraße beobachtet worden, wo, wie berichtet, gleichfalls ein ähnlicher Diebstahl ausgeführt worden ist. Die Kriminalpolizei ersucht, ihr Mitteilungen über gemachte Wahrnehmungen zukommen zu lassen. —

— **Bestohlene Frühstücksträgerin.** Einer Frau ist am 7. d. M., vormittags gegen 11¾ Uhr, aus dem Flur des neuen Rathauses eine Tragekiepe mit sieben leeren Frühstücksbeuteln gestohlen worden. An der Kiepe befindet sich die Bezeichnung „Schiele". —

— **Ein Gardinenbrand** im Hause Hennigestraße 14/15 veranlaßte am Dienstag nachmittag 1¼ Uhr das Ausrücken des Neustädter Löschzugs. Die Gefahr war beim Eintreffen der Feuerwehr bereits beseitigt. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 9. d. M. unter Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee stattfindende Konzert des städtischen Orchesters im „Fürstenhof" wird nochmals hingewiesen. Solistisch wirkt Herr Richard Heber — Violine — aus Berlin (früher in Magdeburg) mit. —

* Stadttheater. Herr Direktor Rudolf Frenzel wird in der am Mittwoch stattfindenden Aufführung „Der dunkle Punkt" zum letztenmal gastieren. Für die dann folgende Wiederholung am 14. Februar dürfte Herr Baum von seiner Erkrankung soweit hergestellt sein, um seine künstlerische Tätigkeit wieder aufnehmen zu können. Unser Operettenschlager „Miß Dudelsack" kann nur noch zweimal zur Aufführung gebracht werden; die Rücksicht auf die übrigen Repertoireverpflichtungen erlaubt es leider nicht, das noch immer sehr zugkräftige Werk noch öfter zu geben. Die Donnerstag-Aufführung von „Miß Dudelsack" wird also die vorletzte sein. Den Billettbestellungen nach wird das letzte Gastspiel des kgl. Kammersängers Rudolf Moest am Freitag, „Figaros Hochzeit", fast ausverkauft sein. Wer den Vielgefeierten noch einmal hören will, wird darum seine Billettbestellung ohne Verzug anbringen müssen. Zu der Uraufführung des neuen Lustspiels von Artur Lippschütz „Der G.-m.-b.-H.-Tenor" am Sonnabend haben bereits mehrere Referenten Berliner Blätter sich angemeldet. Auch auswärtige Direktoren dürften der Uraufführung beiwohnen. Artur Lippschütz gehört mit zu den viel gegebenen Lustspieldichtern. Hier ist er durch sein Lustspiel „Leutnantsmutter" ja sehr gut bekannt, das von Publikum und Presse sehr beifällig aufgenommen worden ist. —

* Wilhelm-Theater. „Die geschiedene Frau" übt nach wie vor eine sehr große Anziehungskraft aus. Vom „Fürstenkind" ist morgen bereits auch schon die 21. Aufführung. Am Freitag ist zum erstenmal in dieser Saison, und zwar wie bereits angekündigt zum Benefiz für Herrn Walter Herrling die beliebte Straußsche Operette „Wiener Blut". Auch für diesen Tag sind schon wieder viel Billette verkauft. —

* Zentraltheater. Das Gastspiel Otto Reutters steht im Zeichen ausverkaufter Häuser! Wer Otto Reutter noch nicht gesehen hat, wird sich beeilen müssen, denn dieser größte aller Humoristen verbleibt nur noch sieben Tage hier, da eine Prolongation seines Gastspiels vollständig ausgeschlossen ist. —

* Alhambra. Das neue Programm zeugt von ständig fortschreitender Arbeit der Direktion. Die Projizierung ist erstklassig. Die Bilder sind von Klarheit, Schärfe und Ruhe. Wie aus dem Inserat ersichtlich, sind die Bilder neu und in jeder Beziehung streng dezent.

* Zum Besten hilfsbedürftiger Konfirmanden veranstaltet der Damen- und Männer-Gesangverein der Freireligiösen Gemeinde unter Mitwirkung der Kilianschen Kapelle im Gemeindehaus ein Instrumental- und Vokalkonzert am Montag den 14. Februar. Der guten Sache wegen ist es erwünscht, daß sich Mitglieder und Gönner an der Veranstaltung recht zahlreich beteiligen. —

Letzte Nachrichten.

Zur Lage in Griechenland.

Hd. Konstantinopel, 8. Februar. Die Botschafter der Schutzmächte überreichten gestern der Pforte eine Note, in welcher mitgeteilt wird, daß die Mächte die Entsendung von Deputierten aus Kreta zur griechischen Nationalversammlung nicht zulassen und nötigenfalls diesen ihren Willen durch energische Maßregeln durchsetzen. Bei der definitiven Lösung der Kretafrage werden die Rechte der Türkei gewahrt werden. —

Sozialdemokraten im liberalen Ministerium.

* Brüssel, 8. Februar. Auf dem hier abgehaltenen außerordentlichen Kongreß der belgischen Sozialisten wurde die Prinzipienfrage entschieden, ob die Sozialisten in ein liberales Ministerium, welches die diesjährigen Wahlen voraussichtlich an das Ruder bringen wird, eintreten oder bei der Opposition beharren sollen. Es wurde schließlich der Antrag des Genossen Vandervelde, positive Mitarbeit durch Vertretung im Kabinett zu leisten, mit 202 Stimmen gegen 74 Stimmen, die für die ablehnende Resolution de Brouckeres abgegeben wurden, angenommen. —

Neue Hochwassergefahr.

Wb. Köln, 8. Februar. Bei Metz ist die Mosel seit gestern abend um 56 Zentimeter gestiegen. In Trier ist die Mosel seit Sonntag um 1,80 Meter gestiegen; die Schiffahrt ist eingestellt. Auch die Saar und Prüm führen Hochwasser; auf beiden Flüssen ist gestern der Fährbetrieb eingestellt worden. In Köln ist der Rhein seit gestern um 31 Zentimeter gestiegen. —

Hd. Paris, 8. Februar. Angesichts der anhaltenden Regengüsse wird für heute oder morgen ein weiteres starkes Steigen der Seine erwartet, da die Flüsse Loire und Yonne im Steigen begriffen sind. Man erwartet ein Steigen von zirka 70 Zentimetern. Der Bautenminister Millerand besichtigte gestern nachmittag die Warenmagazine in Perch und stellte den angerichteten Schaden fest. Zahlreiche Fässer Wein wurden weggeschwemmt, andre durcheinander geschleudert, viele platzten auseinander und der Wein lief aus. Für verschiedene Firmen, welche dort Waren hatten, beläuft sich der Schaden auf je 2—300 000 Frank. In der Gegend von Besançon ist die Lage wieder eine kritische geworden. Der Doubs ist bereits wieder um 20 Zentimeter gestiegen. —

Wb. Paris, 8. Februar. Aus verschiedenen Gegenden von Frankreich wird neuerdings Hochwasser infolge von Schneeschmelze gemeldet. In Nancy ist die Meurthe innerhalb weniger Stunden um 1,80 Meter über den Normalpunkt gestiegen. Auch der Doubs ist übergetreten. In Montbéliard und Audicourt sind mehrere tiefgelegene Straßen bereits überschwemmt. —

Wb. Danzig, 8. Februar. Oberbürgermeister Ehlers, Mitglied des Herrenhauses, ist in der vergangenen Nacht an Herzlähmung gestorben. —

Hd. Paris, 8. Februar. Der Parteitag der Sozialisten, der in Nimes tagte, verhandelte gestern über die Stellung der Kammerfraktion zum Arbeiter-Altersversicherungsgesetz. Es kam zu einer lebhaften Diskussion zwischen Jaurès und Hervé. Im weitern Verlauf der Debatte stellte sich heraus, daß die Mehrheit des Parteitags mit Jaurès für die Annahme des Gesetzes war. —

* **Warschau, 8. Februar. In Czenstochau gaben gestern abend auf der Stawowastraße sieben Unbekannte Pistolenschüsse auf den Warschauer politischen Polizeispitzel Felix Strawinski ab und verletzten ihn tödlich.** —

* Petersburg, 8. Februar. Aus Elisawetpol wird ein großer Bombenfund in Schuscha gemeldet. 73 scharf geladene Bomben, viele Patronen und Sprengstoffe sowie eine Korrespondenz in armenischer Sprache wurden gefunden. —

Wettervorhersage.

Mittwoch, 8. Februar: Veränderlich, kälter, vereinzelte Schnee- oder Graupelschauer. —

Donnerstag Freitag Sonnabend

3

Ausnahmetage

für

Seifen!

Man beachte morgen unsre Annonce!

Waren-Verein

G. m. b. H.

Kolonialwaren-Grosshandlung.

Verkaufsstellen: 3276

Altstadt:
Kaiserstrasse 46a, Ecke Moltkestrasse
Kaiserstr. 101, gegenüb. der Wilhelmstr.
Schroterstrasse 1, Ecke Franziskanerst.
Berliner Strasse 27
Blumenthalstr. 1
Johannisberg 15a
Peterstrasse 14 neb. Eckh. Jakobstr.
Kleine Storchstrasse 6

Gr. Steinernetischstr. 10b, Ecke Grünearmstr.
Altes Fischerufer 44, Ecke Fasslochsberg.
Altes Fischerufer 3

Nordfront:
Gutenbergstrasse 13
Pfälzerstrasse 15

Friedrichstadt:
Cracauer Strasse 8

Buckau:
Schönebecker Strasse 96
Cognistrasse 11
Neue Strasse 7

Sudenburger Strasse 4
Dorotheenstrasse 2

Sudenburg:
Leipziger Strasse 65
Kurfürstenstrasse 27
Fichtestrasse 40
Wolfenbüttler Strasse 19
Hesekielstrasse 2, Ecke St.-Michael-Strasse
Braunschweiger Str. 1
Halberstädter Straße 72
Halmstadter Straße 57

Alte Neustadt:
Agnetenstrasse 20

Moldenstrasse 36
Rothensee Strasse 1

Neue Neustadt:
Luisenstrasse 22
Morgenstrasse 18
Hundisburger Strasse 1, Ecke Lübecker Str.
Umfassungstrasse 15

Wilhelmstadt:
Lützowstrasse 12
Ebendorfer Strasse 4
Immermannstrasse 33
Annastrasse, im Eckh. Gr. Diesdorf. Str. 217.

Schultornister empfiehlt **Buchhandlung Volksstimme**

Bei den jetzigen hohen Butterpreisen eine Ersparnis von zirka 70 Pfennig pro Pfund

erzielt die praktische Hausfrau bei Verwendung meiner
3332 = konkurrenzlosen Elite-Margarine-Marken =

Westfalenkrone Pfund 90 Pfennig mit 5% Rabatt u. Sammelbons gleich netto zirka 80 Pfg.

Pflanzenbutter-Margarine

Völkerruhm Pfund 95 Pfennig mit 5% Rabatt und Sammelbons gleich netto zirka 85 Pfennig

Beiden Marken haftet auch nicht der geringste Beigeschmack an, zeichnen sich vielmehr durch einen reinen, intensiven Buttergeschmack gegen andre, vielfach zu höheren Preisen in den Handel kommende Sorten vorteilhaft aus, so dass den verehrlichen Hausfrauen, welche bisher ein Vorurteil gegen jeden Butterersatz hatten, ein Versuch meiner obigen Elite-Marken nur zu empfehlen ist.

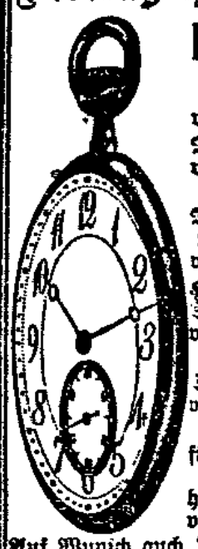
Alleinige Niederlage für Magdeburg und Bezirk bei:

A. H. Völker Butterhandlungen
Fernsprecher 1406.

Jakobstraße 5, Jakobstraße 21, Jakobstraße 26, Grünearmstraße 9/10, Breiteweg 252
Wilhelmstadt, Butterhandlung Alpenrose, Annastr. 22 Sudenburg bei Arthur Claus, Halberst. Str. 98.

Unsre beliebte
Elfenbein-Seife
ist nur echt mit
„Elefant". 2861
Ueberall zu haben.
Günther & Haussner
Chemnitz.

Dreiengelstraße 4



Echt Schweizer Ankeruhren
von ℳ 3.75 an
Damenuhren
von ℳ 4.75 an
Silberne Damenuhren
mit Goldrand
von ℳ 6.75 an
Herrenuhren
Silber, gest. 800
von ℳ 6.50 an
Goldene Damenuhren
v. ℳ 13.00 an
Ketten
für Damen und Herren, sehr hübsche Muster, von ℳ 2.50 an.
Auf Wunsch auch Ratenzahlung.
3 Jahre Garantie.
Dreiengelstraße 4.

Reparaturen prompt und billig. 2889

Nähmaschinen-Reparaturen!!

Reparaturen an Nähmaschinen aller Systeme, auch Spezialmaschinen, werden sofort und fachgemäß in unsrer Werkstatt ausgeführt. **Ersatzteile** und **Nadeln** zu unsern Maschinen sowie **Garne, Seide** und **Maschinenöl** halten stets zu mäßigen Preisen auf Lager.
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges., Magdeburg, Breiteweg 174, Jakobstraße 41. 3381

„Lange Jahre litt ich an einem hartnäckigen 1004

Hautausschlag

Viel, sehr viel habe ich erfolglos versucht. Ich probierte **Zucker's Patent-Medizinal-Seife.** Plötzlich besserte es sich von Tag zu Tag. Nahm nur zum Waschen **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** und hatte großartigen **Erfolg.** „M. S. in B." à St. 50 Pf. (15%ig) und 1.50 M. (35%ig. stärkste Form). Dazugehörende **Zuckoob-Creme** 75 Pf. u. 2 M., fern. **Zuckoob-Seife (mild)** 50 Pf. u. 1.50 M. In der **Löwen-, Engel-** u. **Viktoria-Apotheke,** bei **G. Hubert,** Jakobstr. 16, **Hennenberg & Co.,** Wilhelmstr. 19, **Hans Eger,** Breiteweg 188, **J. F. Baum,** Breiteweg 19, **A. Löschbart,** Breiteweg 265, **Kaesebier & Ulrich,** Gr. Münzstr. 19, **Gebr. Polack Nchf.,** Breiteweg 267, sowie in sämtl. **Apoth., Drog.** u. **Parf.** erhältl. Nichts and. aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Leih-Haus

Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881) 3331
Höchst-Beleihung
jeder Wertsache.
Strengste Verschwiegenh.

Spottbillig sofort zu verkaufen:
1 Schreibtisch 30 M., ein prachtv. Speisezimmer-Büfett 60 M., eine Salon-Garnitur 65 M., 1 Ausziehtisch 20 M., 1 Trumeau 26 M., 1 Plüschsofa 35 M., 1 Motorrad, 1 Musik-Polyphon, 1 Uhr, Lampe, Teppich, 2 Portieren. **Heiligegeiststraße 7, 1. Etage.** 3286

Echt gold. Ringe 4.00 6.50 8.00 u. höher eleg. halb. Ketten, m. Fass. 2.50 4.00 6.50 8.00 u. h., mod. Broschen w. billigst. Auf Wunsch a. Ratenzahlung. **Dreiengelstr. 4,** p.

Die feinsten
Herren-Anzüge 10—15 Mark
Boxcalf-Stiefel für Damen u. Herren
— das Feinste was es gibt solange der Vorrat reicht
6 Mark pro Paar 3298
Francke, Kl. Junkerstraße 10.

Die allerfeinsten **marinierten Heringe** mit ff. Sahnensauce sowie **feinste Land- u. Hausschlachte-Wurstwaren** empfiehlt **A. Busse, Venedische Straße 4.** 3299

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose Breiteweg 264 (Scharnhorstplatz).
Aeltestes seit 1865 bestehendes Geschäft dieser Branche. 3323
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen.

Konsumverein für Magdeburg
und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Mittwoch in allen Lagern

frische Seefische

das Pfund 20 Pfennig

Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich **Mittwochs** und **Sonnabends** auf dem **Fleischmarkt** mit

Fleisch- u. Wurstwaren

anwesend bin und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 3400

Hochachtungsvoll

Willi Keppler, Fleischermeister
(früher Kleine Klosterstraße Nr. 3).

Prämiiert mit der
Silbernen Medaille 1907
Grammoph., Phonograph., Musikwerke, Uhren, Goldwaren usw.
in Riesenauswahl.
1000 Platten u. Walzen am Lager.
Teilzahlung gestattet. Jede alte Platte wird bereitw. umgetauscht.
Herm. Möller
3341 **Sprechmaschinen- und Uhren-Zentrale**
Magdb.-Buckau, Schönebecker Str. 107a.
Reparatur-Werkstatt für alle Musikinstrumente. — Gegr. 1874.

Billigste Bezugsquelle für Händler und Private in **Strümpfen** und **Längen,** eignes Fabrikat, aus besten Woll- u. Baumwollgarnen. Alle Sorten **Strickgarne.** Aufstricken getragener Strümpfe. Verkauf erstkl. Strickmaschinen auch auf Teilzahl. **Otto Müller, Magdeburg, nur Lüneburger Str. 19.**

Erd- und Feuerbestattung
3235

Fernsprecher 2754 — Fernsprecher 2754
R. Spröde, Leiterstrasse Nr. 16.

Calbe a. S.

Eilt! Nur 7 Tage! Eilt!
Anfang Mittwoch den 9. Februar 1910

Gr. Schuhwaren-Veräußerung

in **Golls Gesellschaftshaus,** Tuchmacherstr. 58
Kommen! Sehen! Staunen!
3399 Hochachtend
Ferdinand Singler aus Lüdenscheid

Sudenburg

Halberstädter Straße 40

Kieler Fisch-Börse

3398 empfiehlt von frischer Sendung:
ff. Schellfisch, ff. Kabeljau, ff. Seeaal, ff. Seelachs, ff. Knurrhahn, ff. Goldbarsch, ff. Rotzungen.
Spezialität: Lebende Flußfische.
Außerdem sämtl. Fisch- u. Delikateßwaren z. d. billigsten Tagespreisen

---

Sehr empfohlen:

Sternbüchlein

Eine erste Einführung in die Astronomie unter — Berücksichtigung des Halleyschen Kometen —
Mit
12 Monatskarten und vielen Abbildungen
Nur 75 Pfg.
Ausgabe für das Jahr 1910
Buchhandl. Volksstimme, Gr. Münzstr. 3